DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTVERWALTUNG

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – HEIDELBERG 1
TELEFON 0 62 21 - 16 24 67

87 8. JAHRGANG Dezember '91 5,00 DM

AUS DEM INHALT:

AUTO TEILEN – ABER WIE ? TEIL III

In den letzten beiden CONTRASTE-Ausgaben stellten wir das bundesweite Car-Sharing Genossenschaftsmodell des Verkehrsclub der Bundesrepublik Deutschland (VCD) zur Diskussion. Die Genossenschaft ist inzwischen gegründet, die Meinungen dazu sind weiterhin gespalten. Ein kritischer Beitrag von Carsten Petersen (Stattauto Berlin), der nicht die Rechtsform, sondern die Organisationsform der Car-Sharing Genossenschaft in Frage stellt, und eine Stellungnahme des ConsumentenBundes (Köln), der »Car-Sharing« generell für ein fragwürdiges Konzept hält, stehen dem Bericht zur Frankfurter Gründung gegenüber.
Seite 6.

FLÜCHTLINGSKARAWANE

Am 15. November machte sich von Dresden aus eine Flüchtlingskarawane auf den Weg nach Straßburg ins Europa-Parlament. Die 56 deutschen und ausländischen TeilnehmerInnen machten mit dem gemeinsamen Aufruf »Für ein Anderes Europa – ein Europa ohne Grenzen und Haß« auch an einer Demonstration im Nürnberger Weihnachtsrummel und an einer Veranstaltung mit Podiumsdiskussion im Autonomen Zentrum Heidelberg Halt. Eine Reportage von der Reise von Karin Fiedler sowie ein Redebeitrag in Nürnberg und Resolution der Flüchtlingskarawane ist zu finden auf
Seite 10 und 11.

Ein breites Bündnis autonomer Gruppen, Organisationen, Christen und Parteien rief auf und gut dreihundert Menschen kamen Anfang November nach Dresden. Gemeinsames Anliegen war, sich auszutauschen, miteinander ins Gespräch zu kommen, Kontakte zu knüpfen, um in Zukunft besser und vor allem gemeinsam gegen Faschismus und Rassismus handeln zu können, ohne seine eigene Identität aufzugeben. Der Bericht aus dem Berliner »telegraph« ist nachzulesen auf Seite 11.

GENOSSENSCHAFTEN IN SPANIEN

Wenn Vorstellungen zur Alternativen Ökonomie aus heimischen Gefilden mit real existierenden Genossenschaften in Katalonien und im Baskenland verglichen werden, ist erstmal umdenken angesagt. Trotz ungewöhnlichen äußeren Umständen haben die besuchten Produktivgenossenschaften einige Errungenschaften vorzuweisen: sichere Arbeitsplätze in der Region, ein leistungsstarker Verbund, Solidarität und Kooperation sind einige Stichworte. Thomas Hardwig berichtet von der Spanienreise auf Seite 12.

ALTERNATIVE GELDANLAGEN

Wohin mit dem lieben Geld, wenn nicht daheim im Sparstrumpf lassen, fragt sich wohl jede/jeder ökologisch und sozial denkende SparerIn. Nachdem letztes Mal der genossenschaftlich-demokratischen Organisation von alternativen Geldanlagen das Wort geredet wurde, soll dieser Beitrag helfen, bestehendes Informationsdefizit abzubauen und eine Marktübersicht über Geldanlagen mit ethischer Zielsetzung zu gewinnen. Mehr zu Kreditinstituten, Vermögensverwaltungen und Investmentfonds auf Seite 14.

BUNTE SEITEN

Die für diese Nummer vorgesehene Beilage der »BUNTEN SEITEN«, das halbjährlich erscheinende Verzeichnis mit über 4.000 Adressen aus dem alternativen deutschsprachigen Raum muß leider verschoben werden. neben Arbeitsüberlastung auf der CONTRASTE-Redaktion ist die fehlende Finanzierung zu beklagen. Daher können und sollen sich noch jede Menge InserentInnen bis zum 23. Dezember unter
☎ (0 62 21) 16 24 67 melden

...SICH DIE PFÖTCHEN GEBEN UND DIE KRALLEN SCHÄRFEN?

Quo vadis tazze ?

Welchen Kurs fährt die taz-Genossenschaft in Gründung? Das mag sich derzeit so mancheR zwischen Husum und Hintertupfingen fragen. Eine der wichtigsten Alternativzeitungen verkauft sich an ihre LeserInnen, um das Ende ihrer basisdemokratischen Plenarstruktur und eine teilweise Demontage ihrer Selbstverwaltung mit Leistungslohn und Chefstrukturen finanzieren zu können. Wo führt das hin?

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Kurt Regenauer aus Dresden ● Das Bangen ums Überleben der alternativen Tageszeitung ist nichts Neues. So vermeldet beispielsweise das CONTRASTE-Register 13 ausführliche Artikel zur Diskussion um die taz allein in den vergangenen fünf Jahren und auch zuvor hatten öffentliche Diskussionen und Kampagnen das Ringen um eine tägliche linke und radikale Zeitung – so das ursprüngliche taz-Konzept – immer wieder in die Nähe des Scheitern gerückt...

Neu indessen die taz-Debatte der neunziger Jahre: Sie ist ein Medienereignis ersten Ranges. Da sorgt sich die Öffentlichkeit der einst so bezeichneten »Bürgerpresse« um die Fortexistenz eines einstigen Modells der Gegenöffentlichkeit:

- Väterliche Mahnungen der konservativen FAZ bilden den Auftakt, ehe die erstaunte LeserInnenschaft von der taz selbst über deren *eigene Krise* erfährt. Seither ist eine förmliche Lawine von Presseartikeln, aber auch engagierten LeserInnenstellungnahmen losgetreten worden. Die vorläufig letzten beiden der legendären taz-Plena tagen. Ergebnis der taz-Reform im Bild der »Bürgerpresse«:
- Als Auffanggesellschaft siecher Alternativen denunziert der *SPIEGEL von vorneherein den Versuch der tazzlerInnen*, mit ihren LeserInnen gemeinsam eine Genossenschaft zu bilden und prophezeit düster das endgültige Aus in einem *halben Jahr*.
- Den Vogel schießt jedoch vorerst die SZ ab. Meldungen über Zurückhaltung bei AnzeigenkundInnen, die verunsichert fragen, ob denn die taz das nächste halbe Jahr überlebt und Unkenrufe der erstmals von einer Zweidrittelmehrheit abgelehnten Positionen der Alten Riege um K. Hartung und MTM, die Genossenschaftslösung sei sowieso nur eine »alternative Wagenburg, eine Flucht ins Ghetto«, stehen im Mittelpunkt. Da darf die verhinderte Chefredaktion die Schreibe der ganzen Resttaz abqualifizieren als »die Botschaft aus dem Ghetto«, der keine öffentlichen Interventionschancen beigemessen werden.

Dabei ist doch der Streit um die Möglichkeit von linker Öffentlichkeit seit eh und jeh mit ähnlichen Argumenten geführt worden. Auch die Argumente gegen eine Genossenschaft sind sattsam bekannt. Nicht minderer prominenter Vorreiter der taz-Genossenschaftslösung war schließlich 1985 der sozialdemokratische VORWÄRTS mit seinem Sanierungskonzept (vgl. CONTRASTE Nr. 14: »Vorwärts – Abschied von einer nie geborenen Genossenschaft«). Verhinderer war der damalige Bundesschatzmeister der SPD H.-U. Klose.

Und auch das Ausverkaufskonzept und der Ruf nach Fremdkapital haben historische Vorläufer ...als Pleiten. Erinnert werden kann an das Schicksal der Frankfurter Metropolenzeitung Pflasterstrand (CONTRASTE Nr. 45: »Vom Widerstand zum Pflasterstrand« und Nr. 74 »Der Pflasterstrand – Design bestimmt das Bewußtsein«).

Spannender ist die Frage, was uns da wohl künftig erwarten wird »Biß morgen«. Und was substantiell Neues zu erwarten ist von einer Belegschaft, die sich »mehr Knete« wünscht und mit Michael Sontheimer jemanden als Chefrdakteur vor die *Nase setzen läßt*, der schon am taz-Urschleim mitgerührt hat, dann aber zur Zeit desertierte...

Vielleicht auch eine Art Trost für »Saure Gurken zurückschmeißende« Ehemalige: Früher war die Alternativpresse das ausgelagerte Volontariat der »Bürgerpresse«. Heute hingegen *hat sich dies ins Gegenteil verkehrt* und die etablierte Presse ist die ausgelagerte Karriereleiter der taz.

Wichtiger wird jedoch wohl die Zukunft einer »Berliner Zeitung mit überregionalem Anspruch« und was da wohl noch an Inhalten und Themen aus den Regionen, aber auch aus der Metropole zu erwarten ist. Die taz war nie Zeitung der Bewegung, aber sehr wohl immer wieder Spiegelbild der Bewegung. Die taz der 90'er Jahre ist die »Zeitung mit Köpfchen«, wo sich der Kopf in Berlin fortschreitend etabliert und der Rumpf und seine Glieder in den Regionen (als taz-Initiativen früher einmal verantwortlich für Basisberichterstattung) reamateurisiert werden.

Eines hat aber auch die aktuelle Diskussion um die taz nur zu deutlich gemacht. Die Genossenschaftslösung mit Lohndifferenzierung und Chefredakteur kann auch gesehenwerden als letzte Auffanglinie im Sinne einer Zeitung, die ihren LeserInnen immer noch Gegenöffentlichkeit im Sinne der sozialen Wirklichkeit verspricht und sie für dieses Versprechen im Wirtschaftsfundament als »GenossInnen« aufnimmt. Die LeserInnenstellungnahmen während der taz-Diskussion haben diese Lösung nahegelegt.

»Pfötchen geben oder Krallen zeigen?« fragte CONTRASTE noch 1988 mit Blick auf die taz in Sorge um die Zukunft des Projekts Gegenöffentlichkeit. Jetzt ist es an der Zeit, sich die Pfötchen zu geben und die Krallen zu schärfen. ●

Werdet Mitglied der taz e.G. in Gründung!

Auf den Seiten 3 bis 5: »Der schwierige Abschied vom alternativen taz-Sozialismus« ein Beitrag von Klaus Wolschner (taz Bremen) und ein Gespräch mit Christian Ströbele, Mitinitiator des Genossenschaftsmodells.

P 8008 E

171

001 4

Andreas Wischner
Frankenstr. 15
1000 Berlin 30

69.2621

ALTERNATIVE COMPUTERNETZE

Dial locally, act globally!

Der Schritt in die neunziger Jahre war auch für die alternative Projektelandschaft ein endgültiger Schritt ins Computerzeitalter. Kaum noch eine Initiative, deren Arbeit oder Aktivität nicht mittelbar (etwa über eine Person) oder unmittelbar (über eigene Rechner) inzwischen ohne EDV undenkbar wäre. Und auch die elektronische Vernetzung hält Schritt: Seit über einem Jahr existiert mit dem unscheinbaren Kürzel »CL« ein täglicher, bzw. nächtlicher Informationsaustausch zwischen mittlerweilen über 100 Netzwerken im neuen und alten Bundesgebiet, in Österreich und der Schweiz, die sich als ComLink zusammengeschlossen haben. Ergebnis ist auch ein dezentral verfaßtes Netzwerk der Netzwerke, welches eine neue Qualität des Nachrichtenaustausches bietet.

Kurt Regenauer aus Nürnberg ● Du klemmst einfach Deinen Computer an ein Modem (jedes Gerät mit serieller Schnittstelle, etwa für Maus, ist geeignet) und wählst mit dem geeigneten Programm (etwa im Windows 3.0 Standardpaket enthalten) Dein örtliches Netzwerk über Telefon an. Dann kannst Du Dich als GAST in mehreren hundert sogenannten »Brettern« tummeln, die allesamt chronologisch geordnete Meldungen, Informationen oder Meinungen enthalten. Oder Du bist sogar als »UserIn« beim Netzwerk, der sogenannten Mailbox, registriert und hast damit weiteren Zugriff auf persönliche oder nichtöffentliche Nachrichten in noch mehr elektronischen Briefkästen und die Möglichkeit, selber Sendungen zu verschicken oder Meldungen in den öffentlichen Bereich von ComLink zu verbreiten.

Themen (und damit »Brett« bei CL) sind so wichtige Sachen wie Antifaschismus, Bildung, Datenschutz, Energie, Frauen, Frieden, Gesundheit, Kultur, Medien, Recht, Soziales, Umwelt, Verkehr, Wirtschaft und ständig Neues von Alternativradios, »medien und »Pressediensten, von Parteien, Greenpeace oder Amnesty International.

»Wir nutzen die Neuen Medien politisch und ökologisch; deshalb organisieren wir uns mit dem Ziel, die Vermarktung und Monopolisierung von Information als Ware aufzubrechen. Da ist viel zu tun – von der politischen Forderung (und Durchsetzung) nach entsprechenden rechtlichen Bestimmungen zum Schutz des Einzelnen bis hin zur Verfügung über eigene Datennetze. Dial locally – act globally: Wir stricken an einem dezentralen, wachsenden Netz.«, so das Selbstverständnis der Münchner TrägerInnen-Initiative im Dachverband Com.Link.

Wer sich auf die Reise begibt und »einlogged«, wie der Computerkauderwelsch das eigentliche Einklinken bezeichnet, sieht sich einer stets wachsenden Informationslawine gegenüber. In dieser läßt sich mindestens eine halbe Stunde herrlich herumwildern. Danach ist genug gespeichert, um den Informationssalat aufzubereiten und auszuwerten.

Das Medium wird in zunehmenden Maße auch von CONTRASTE-AutorInnen benutzt. Das Redaktionsplenum plant die Einführung eines elektronischen Informationssystems, mit Hilfe von CL (»CON-Intern«). Daß dann mögliche Computerkonferenzen, aber nie und nimmer die wirkliche Diskussion zwischen den Redaktionen ersetzt werden können, wurde ebenfalls nur zu deutlich. Es gibt ihn eben doch noch, den absoluten Anti-Standpunkt: Einer Redaktion wird auch künftig kein Modem ins Haus kommen...

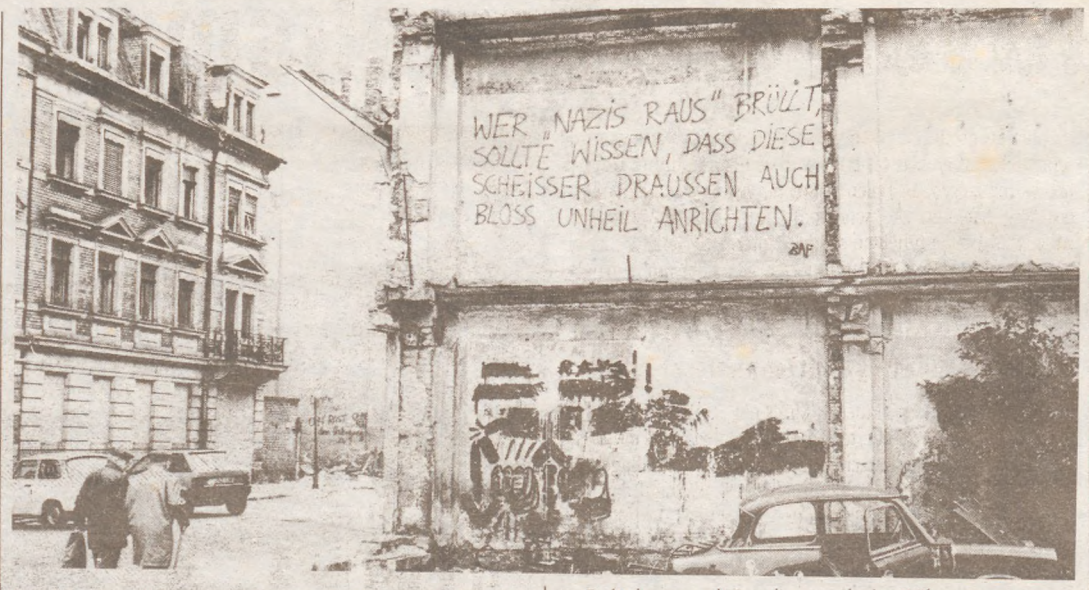
Das neue Medium wird künftig lediglich Hilfsmittel und Ergänzung: Wir wollen keine Zwei-Klassen-Diskussion (von Redaktionen mit oder ohne Anbindung ans Netz) und sehen in der Mail-Boxerei auch lediglich eine zweitklassige Kommunikation. ●

Mehr zum Thema auf den Seiten 7 bis 9 und in Fortsetzung in unserer nächsten Ausgabe.

JUGENDCLUB ESPE, DRESDEN-GORBITZ

Berührungsangst hilft nicht

Bundesjugendministerin Angela Merkel hat jüngst KABI vorgestellt: Konzertierte Aktion Bundesjugendplan Innovationen. »Mit diesem ersten Informationsdienst stellen wir einige Beispiele vor, wie dem Aggressionspotential und der Gewaltbereitschaft Jugendlichen vor Ort konzeptionell und praktisch begegnet wird«, heißt es im Vorwort. Als erstes Vorzeigeobjekt hat sich die Frauenfrau Merkel den Jugendclub ESPE in Dresden-Gorbitz ausgewählt. Trotzdem ist das Konzept des Clubs durchaus umstritten.



Ulli Berger, Redaktion Dresden ● »Unser Jugendclub liegt mitten im Dreck!« hatte Sabine Kurth, Leiterin des Clubs Espe,in einem Gespräch vor einem Jahr gesagt. Das hat sich nicht geändert. Aber während die Leiterin des Clubs damals noch an die betulichen Angebote von »Zirkelarbeit« aus den Zeiten des verblichenen Arbeiter- und Bauernstaates anknüpfen wollte, ist heute eine Entwicklung eingetreten, die im vergangenen halben Jahr dem Club eine gewisse Berühmtheit geschaffen hat. Die Ausländerfeindlichkeit von Teilen der dort ansässigen Jugendlichen – und ihre Anwesenheit in der Espe.

Der Jugendclub Espe wurde im Jahr 1983 mit dem Entstehen des großen und häßlichen Dresdner Neubaugebietes Gorbitz gegründet. Von den 43.000 Menschen, die hier wohnen, sind 12.000 Kinder und Jugendliche. In dieser Betonwüste bietet der Club mit einer Kapazität von 80 bis 100 Jugendlichen eine der sehr wenigen Möglichkeiten für Ansätze einer selbstorganisierten Freizeitbeschäftigung. Er befindet sich seit Januar 1991 in Trägerschaft des Jugendamtes der Stadt Dresden und ist mit drei (!) Planstellen ausgestattet.

Als immer mehr Jugendliche im Skinhead-Look die Wohnwüste bevölkerten, sah sich der Club dazu veranlaßt, auch und gerade auf diese Gruppen einzugehen. In einer Selbstdarstellung des Clubs heißt es: Der Jugendclub »Espe« (...) steht seit dem 1. April 1991 seinen jugendlichen Gästen an sechs Tagen in der Woche im wahrsten Sinne des Wortes »offen«. Unser derzeitiges Programm haben wir ganz den Bedürfnissen der Jugendlichen unseres Territoriums angepaßt. Durch methodisches Vorgehen ist es uns möglich geworden, ihr Vertrauen zu gewinnen und so auch die Jugendlichen noch besser zu begreifen und nicht in isolierte Zielgruppen aufzuteilen.

Unser Programm wird durch die Mitarbeit der Jugendlichen weitestgehend selbst gestellt, verändert, erweitert oder ergänzt. Das Hauptaugenmerk liegt in der Schaffung von Möglichkeiten, die es den Jugendlichen gestattet, ihre Freizeit nach ihren Wünschen im Club zu verwirklichen.

Hier können sie sich treffen, klönen, diskutieren, spielen, sich sportlich und hauswirtschaftlich betätigen. Die jungen Leute sollen sich bei uns ausquatschen oder Rat holen können. Wir wollen in der Lage sein, Anstoß zu geben zur eigenverantwortlichen Aktivität. Gemeinsam wollen wir mit ihren arbeiten, Rat vermitteln und einfach für sie da sein – das ist unser Ziel.

Bedenkt man, daß es kurz nach der Währungsunion passierte, daß eine Discoveranstaltung lediglich vom Team und dem Discjockey besucht wurde und vergleicht diese »Schnarchzeit« mit den jetzigen hohen Besucherzahlen, wird klar, daß das Konzept, ein sicherer Raum für die Jugendlichen des Stadtteils zu werden, voll aufgegangen ist.

Nach der Ermordung des Mosambikaners Gomondal im Frühjahr benutzte eine relativ moderate Gruppe »moderner« Jungnazis die Espe als Plattform für zwei Pressekonferenzen. Die »Kameradschaft Gorbitz« geriet in einen Medienrummel, der für manche ihrer Protagonisten willkommen war. Andere zogen es lieber vor, auszuweichen. Die europäische Medienwelt gab sich die Klinke der Espe in die Hand, besonders holländische und skandinavische Journalisten wollten wissen, was sich in new bzw. bad old Germany an Geschichte zu wiederholen droht. Und natürlich ließen die Auswirkungen der Sensationsreporter nicht auf sich warten: Spiegel-TV hat einigen Neonazis Geld gegeben, damit die vor den Kameras mal vormachten, wie man in Dresden rumänische oder jugoslawische Hütchenspieler vertreibt. Das Team der Espe sprach zeitweilig von einer »Vertreibung der rechtsradikalen Jugendlichen« durch den Medienrummel. Tatsächlich verlegte besonders die gewalttätige Szene ihre Treffen in Wohnungen oder den »Grünen Heinrich«, eine einschlägig bekannte Kneipe. Andererseits hielten sich viele Jugendliche, die nicht zur Neonazi-Szene gehörten, durch die Berichterstattung verunsichert, dem Jugendclub fern.

Seit der Sommerpause treffen sich zumindest am Wochenende wieder bekannte Anführer der vielfältigen rechten Organisationen aus West- und Ostdeutschland in der Espe. Die ist inzwischen in der Neonazi-Szene zu einem derartigen Ruf gelangt, daß es offenbar dem Prestige zuträglich ist, hier aufzutauchen.

An diesem Punkt beginnt die Zitterpartie um die Espe. Denn bei der Schilderung des Teams, daß »bisher nicht beobachtet worden ist, daß vom Gorbitzer Jugendclub etwa Schlacht- oder Jagdpläne auf Ausländer ausgeheckt wurden«, muß es sich um eine Fehleinschätzung handeln. Von der Espe aus kam es zu Gewalt und Aggressivität: Hier gab es ein Treffen, bevor Schlägertrupps in die Stadt zogen. Der Gewalt des riesigen Wohngebietes kann sich die Espe nicht entziehen, sie ist auch ein Teil davon.

Wer sozialpolitischen Einfluß nehmen will, muß sich damit auseinandersetzen, daß er in deren Nähe gerät. Und wer in deren Nähe sich nicht kontinuierlich Rechenschaft ablegt, auch über die eigene mögliche Verwicklung, ist schon – wohlwollend formuliert – am Beginn einer schleichenden Betriebsblindheit. Will man die Augen offenhalten, muß in jedem Nazi/Fascho/Skin zweierlei gesehen werden: Opfer und Täter in einer Person – jeder ist ein armes Würstchen mit Resten eines guten Herzens, jeder ist die einer schwangeren Frau in den Bauch tretende Bestie (in Dresden gesehen).

Die Gefahr einer Komplizenschaft liegt in jedem sozialen Berufsfeld. Bei der Arbeit im brutalen Terrormilieu ist diese Arbeit hochbrisant. Betroffen davon ist aber nicht nur das Team, sondern auch das ganze Umfeld der Espe. Als Beobachter der Kommunikation zwischen Espe-Team und Fascho-Szene sollte niemand teilnahmslos zusehen. Genau das aber kann für weite Teile der sozialarbeiterischen Szene und der soziokulturellen Szene festgestellt werden. Die Espe steht in ihrer Auseinandersetzung so gut wie allein da. Natürlich gibt es auch positive Ansätze, aber die sind vereinzelt: Von der Medienwerkstatt wurde ein Video-Schnupperkurs in dem Jugendclub gemacht. Aber das war's dann auch schon. Von den neu eingestellten Straßensozialarbeitern des Jugendamtes ist in Dresden-Gorbitz nicht viel zu spüren – was erklärbar ist: Es gibt viele Problemgebiete, etliche Neonazi-Gruppen, die offenen Konzepte sind neu, die Sozialarbeiter müssen sich erst einarbeiten, es ist schwer, Räume als Stützpunkte zu bekommen...

Auch die soziokulturelle Szene beginnt sich langsam für das Konzept »offen für alles – nur nicht für Waffen und Geld« zu interessieren. Die Espe ist aus der Nische eines beliebigen Jugendclubs in einer unbekannten Dresdner Trabantenstadt in die Öffentlichkeit geraten. Die unterschiedlichen Interpretationen zwischen »Einvernahme durch Rechtsradikale« bis zur Beurteilung »engagierte Sozialarbeit« dürfen nicht weiter isoliert nebeneinanderstehen. Hier ist die Diskussion zwischen möglichst vielen Teilnehmern gefordert. Dabei ist verständlich, daß viele, gerade aus der linken Kulturszene, »keinen Bock auf den Dialog mit Faschisten« haben, aber der Dialog mit dem Team muß gesucht werden. Einmischen sollten sich andere Jugendclubs, Jugendsozialarbeiter, Lehrer, Kultureinrichtungen: Überall, wo Öffentlichkeit hergestellt wird, müßte das Thema »Neonazis« zum eigenen Thema gemacht werden. Besser ist es natürlich, wenn das Team den Kontakt zum Umfeld sucht, um sich immer wieder beide Blickwinkel (Opfer/Täter) offen halten zu können.

Und wie geht es weiter? »Von oben« werden wahrscheinlich viele warme Worte und hoffentlich viel kaltes Geld kommen. Zu hoffen ist aber auch, daß »von unten« viel konkrete Praxis und hilfreiche Theorie als Unterstützung kommt. ●

Anzeige

Schwarzer Faden

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit
Nr.4/91
(laufende Nr.40) enthält:

☆★☆

Festung Europa und die (grüne) Kunst AusländerInnen zu quotieren
von Michael Wilk

★

Bleiberecht für alle Roma
von ROM e.V. Köln

★

»Pogrome beginnen im Kopf...«
von Wolfgang Haug

★

Vom Protektionismus zur Freihandelszone
von Herby Sachs

★

Desinformation und der Golfkrieg
von Noam Chomsky

★

SU: Zentralismus oder Nationalismus
von Wolfgang Haug

★

Über das Ende einer schon lange gestorbenen Revolution
von Fritz Brupbacher (1946)

★

HDTV: Wir amüsieren uns zu Tode
von IKÖ-Institut Dortmund

★

Außerdem:Situation der russischen Anarchisten, Interview mit Vadim Damier, Gruß an Kurt Bommer, Malatesta und die Schweizer Justiz, Rezensionenu.a.

Einzelnummer 6.-
Sondernummer Feminismus 6.-
Sondernummer Nr.0-12: 10.-
SF-ABO: 20.-

Red. Schwarzer Faden, PF 1159, 7043 Grafenau-1
Tel. 07033 – 44273
Fax. 07033 – 45264

MEDIENSCHAU

DIE BRÜCKE Nr. 63

Heft 63 bringt Beiträge zur Kontroverse »quotierte Einwanderung« contra »offene Grenzen«:

- Asyl – Freizügigkeit – Entwicklung. Perspektiven und Probleme einer einer fluchtbekämpfenden und schutzgewährenden Politik (Thomas Scheffer)
- Dokumentation mit einem Kommentar der Redaktion des von DIE GRÜNEN/Bündnis 90 vorgelegten Papiers »Politik für eine offene Politik«
- Plädoyer für ein Einwanderungsgesetz (Ozan Ceyhun)
- Flüchtlings- und Migrationspolitik im »Neuen Europa«: Zwischen Verwertung und Sozialrevolte. Auszüge aus einem Beitrag von Dirk Hauer (BUKO-Seminar »Rassismus« vom 27. bis 29.9.1991)
- Kritik an Ozan Ceyhuns Konzept eines Einwanderungsgesetzes (Ulla Jelpke/PDS)

Darüber hinaus wird das Thema »Rassismus im ethnoeuropäischen Kollektivbewußtsein« am Beispiel der »Inschutznahme« von Migranten und Flüchtlingen (Necati Mert) aufgegriffen. Wie Rassismus entsteht und wie er auch wieder erlegt werden kann – Erfahrungen aus der Praxis geben Ralf-Erik Posselt, Shirin Pargas, Elisabeth Gerlach. Unter der Rubrik »Interkulturelles« reflektiert Helmut Essinger über das Thema »Reisen und Tourismus«; Onar Bilge Kula spürt dem Türkenimage im Abendland »Das Türkenbild in dem Kreuzzugsbericht des Robertus Mochanus« nach. Darüber hinaus enthält die Ausgabe eine Zusammenstellung aktueller Medienkommntare zum Thema »Völkerwanderung«, eine umfassende Medien-Kultur-Schau und lokale Nachrichten aus Frankfurt, Köln, Berlin ●

Bezug: DIE BRÜCKE · Riottestr. 16 · 6600 Saarbrücken
Einzelheft DM 7,–; Jahresabo (6 Ausgaben) DM 40,–

WAS FEHLTE ?

Bei der Buchrezension »Kindergruppenkinder...« von Roman Schweidlenka in Nr. 87 (November), auf Seite 18 bedauerlicherweise der Herausgeber, Titel und Verlag: M. Fischer-Kowalski, R. Fitzka-Puchberger u.a. (Hg.): Kindergruppenkinder, Selbstorganisierte Alternativen zum Kindergarten. Verlag für Gesellschaftskritik, Wien 1991, ÖS 198, 29,– DM

REZENSION

Irrenkommune

Die Geschichte der Psychatrie ist eine Geschichte der Ausgrenzung. Vom Narrenschif des Mittelalters bis zu den Arbeitshäusern des absolutistischen Systems und den »Irrenanstalten« dieses Jahrhunderts reicht die Verwahrung der Menschen. Seit den Siebzigern ist frischer Wind in die Diskussion über den Umgang mit den Außenseitern in unserer Gesellschaft gekommen. Verrückt oder normal, wer konnte schon beantworten, ob die Behandelnden wirklich weniger der medizinischen Fürsorge bedurften als die Kranken?

Therapeutische (Wohn-)Gemeinschaften oder offene Tageskliniken waren bald staatlich geförderte Gegenmodelle zu der geschlossenen Klinik in allen Ländern Europas. Worin unterscheidet sich nun das Projekt, das das vorliegende »Irrenkommune« betitelte Arbeitsheft 8 aus der Reihe der Studiengruppe für soziale Selbsthilfe vorstellt?

Weder eine beaufsichtigte Gemeinschaft noch eine offene Klinik ist das Ziel, sondern eine Landkommune, die auf eigenen Füßen, unabhängig von den öffentlichen Trägern, existieren kann. Im Berliner Beratungs- und Kommunikationszentrum »KommRum«, ein psychosozialer Treffpunkt in Friedenau, ist die Idee zu diesem Projekt entstanden. Hier begegnen sich schon seit vielen Jahren Menschen mit und ohne Psychatrieerfahrung. Das Projekt »Land in Sicht« will einen Schritt weiter gehen und Lebenszusammenhänge schaffen, die die Trennung in »Normal« oder »Verückt« vermeiden. Eine Unterteilung in Pfleger und Patienten soll in der Gruppe nicht entstehen. Eine Gemeinschaft könnte leisten, was die »Bewahranstalt« Klinik nicht vermag. Selbstachtung und Selbstbewußtsein und Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten zu fördern.

Dipl. Psych. Hans Luger, Mitarbeiter im »KommRum«, wünscht sich für den Anfang eine Aufteilung der Gruppe in ein Drittel Psychatriebetroffene, ein Drittel Menschen mit Berufserfahrung in der Psychatrie und ein Drittel andere Beteiligte am Landprojekt.

Die zweite Phase des Projektes hat inzwischen begonnen. Ein geeigneter Hof ist in der Nähe von Prenzlau gefunden. Der Wendtshof gehört zu einer unter Treuhandverwaltung stehenden ehemaligen LPG. Die Gebäude sind in recht unterschiedlichem Zustand. Seit Jahresbeginn laufen Kaufverhandlungen. Eine günstige Voraussetzung ist das Interesse der Dorfgemeinschaft an dem Projekt. Maßgeblich für diese positive Beurteilung ist nicht nur die aufgeschlossene Einstellung der Bürgermeisterin, mit dem Wendtshof neue Erwerbsmöglichkeiten und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Das Dorf ist von Arbeitslosigkeit betroffen seit der Auflösung der LPG und der damit verbundenen Abwanderung jüngerer Facharbeiter.

Die Initiatoren des Projektes haben diese Probleme im Konzept aufgegriffen. Sie wollen versuchen mit dem Wendtshof auch die brachliegende Infrastruktur der Gegend zu verbessern. ABM-Stellen für Maurer und Facharbeiter sollen gleichzeitig dem Dorf neue Arbeitsplätze bringen. Nach der Instandsetzung der Gebäude soll der Hof vielfältig genutzt werden: ein Tagungshaus mit Seminarräumen, die Einbeziehung ökologischen Gartenbaus und die Gewinnung alternativer Energien sind geplant.

Trotz der guten Voraussetzungen bleiben viele Fragen. Der Träger »Landprojekte e.V.« hat mit dem Projekt begonnen ohne die Finanzierung völlig klären zu können. Auch die Zuerkennung der gewünschten ABM-Stellen ist noch nicht entschieden.

Wie schwierig es wird, dieses Modell in die Realität umzusetzen, zeigt sich an den angesprochenen Problemen. Auf jede Einzelheit einzugehen würde den Rahmen des vorliegenden Arbeitsheftes sprengen. K. Krafts Anliegen sind die Wünsche und Ideen der zukünftigen Projektmitarbeiter und die Möglichkeiten, die ein solches Projekt bietet. Auch wenn die vorliegende Publikation den letzten Stand des »Landprojektes« nicht wiedergibt, bietet sie die Möglichkeit sich über die Entwicklung von Gegenmodellen oder Projekten wie das beschriebene zu informieren. ●

Martine Däuwel

Wer mehr Informationen über den derzeitigen Stand des Projektes möchte, wende sich bitte an Hans Luger, c/o KommRum, Schnackenburgstr. 4, D-1000 Berlin 41.

Katharina Kraft: Irrenkommune
Gemeinschaftsprojekt als alternative Rehabilitation.
Studiengruppe für soziale Selbsthilfe Arbeitshefte 8, Berlin1990, 47 Seiten, DM 10,–
Bezugsadresse: Studiengruppe für soziale Selbsthilfe, Kurfürstenstr. 83, D-1000 Berlin 30, ☎ (0 30) 261 35 11 oder 216 87 50.

TAZ WIRD GENOSSENSCHAFT

Der schwierige Abschied vom alternativen taz-Sozialismus

»Endlich kann man sich wieder ohne schlechtes Gewissen mit 'Genosse' anreden«, scherzten einige auf den Fluren der taz, als das juristische Modell für die taz der nächsten 13 Jahre ins Gerede kam. »Ich jedenfalls werde kein Genosse, auf keinen Fall«, gaben andere verbittert zurück. »Wir können ja 'Genossenschafter' sagen anstatt 'Genosse'«, kam prompt der Vermittlungsvorschlag.

Die Genossenschaft, juristische Form für halbwegs egalitäre Strukturen im geldregierten »Bürgerlichen Gesetzbuch« (BGB), scheint dem Zeitgeist der 90er nicht mehr zu entsprechen. Die ersten Unternehmensberater-Trupps, die in die zerfallende DDR fuhren, sagten den dort zahlreichen »PGHs«, Produktionsgenossenschaften Handwerk, im echten Kapitalismus gelte diese Form nicht und sie sollten schleunigst ordentliche GmbHs werden. Längst ist aber eine zweite Welle von Beratern unterwegs, zu ihnen zählt unter anderem der Berliner TU-Professor und Steuerrechts-Experte Alexander von Wunsch, die die Vorzüge des Genossenschaftsrechts auch innerhalb des Kapitalismus erklären. Der »e.G.« fehlt eigentlich nichts, westlichen Unternehmerkreisen allerdings die juristische Kenntnis dieser Unternehmensform und insofern auch die Gewohnheit, mit ihr umzugehen. »Genossenschaften haben keinen guten Ruf«, faßt sich die Vorurteilsstruktur zusammen.

GmbH oder Genossenschaft war so die große Frage in der herbstlichen taz-Debatte. Wer eine »große Zukunft oder keine« für die taz durch einen »großen Investor« wollte, setzte auf die GmbH, wer sich eher um das Projekt taz unter einem Investor Sorgen machte, schlug sich auf die Seite der Genossenschaft. Daß am Ende die Genossenschaft mit 2/3 der Stimmen im taz-Mitarbeiterverein obsiegte, ist bekannt. Über die Hintergründe soll hier einiges hinzugefügt werden.

Denn die Alternative »GmbH« oder »Genossenschaft« war zumindest im Falle der taz keine. Als ordentlich reputierliche GmbH war die taz seit ihrer alternativen Gründung 1979 verfaßt. Nur die Frage, wem die Gesellschafter-Anteile an der taz-Verlags-GmbH gehören, war unkonventionell gelöst. Letztlich verfügte nämlich der taz-Verein der Mitarbeiter (»Verein der Freunde der alternativen Tageszeitung e.V.«) über die Zeitung und ihre Verlags-GmbH. Dieser Verein wird sein »Eigentum« auf die neu zu gründende taz-Genossenschaft übertragen – die GmbH bleibt, wie sie seit 13 Jahren war.

Der Streit in der taz ging also um andere Dinge, die weniger plakativ sind. Ende des realen Sozialismus, Ende der Utopie, daß eine vom Realsozialismus abgesetzte, ganz andere Gesellschaft, aber eben eine zwischen dem Kapitalismus und dem Realsozialismus, irgendwie auf dem Dritten Weg befindliche Gesellschaft ... Eben irgendwie. Seit der ersten luxemburgistischen und anarchosyndikalistischen Kritik an der Russischen Revolution, seit 7 Jahrzehnten quält sich die gesellschaftspolitische Debatte um dieses irgendwie Andere, viele haben sie für sich früher beendet, 1989 fiel aber mit der Mauer der Gegenpol zum Kapitalismus, ohne zweiten gibt es auch keinen Dritten Weg mehr.

Auch wenn die taz nie eine »sozialistische« Zeitung war und sein wollte, irgendwie (!) links war sie doch und ihre LeserInnen waren zu großen Teilen an solche Debatten um einen Dritten Weg beteiligt. Die scherzhaft aufgegriffene Verunsicherung, was das denn heißen solle, daß man sich jetzt wieder als »Genosse« anreden kann, kommt dem Kern des Problems also viel näher als die abstrakte Rechtsdebatte »GmbH« oder »Genossenschaft«.

Auf Strohfeuer folgt Katzenjammer

Während der Fall der Mauer anfangs ein Strohfeuer der Hoffnungen auf eine »erneuerte« DDR entfachte, auch innerhalb der taz, kam bald der Katzenjammer. Anfängliche Auflagen-Erfolge mit der »DDR-taz« fielen im Sommer 1991 auf das Maß zurück, in dem westdeutsche Blätter im Osten LeserInnen und Käufer finden. Die taz blüht fürs erste nur auf der westberliner Insel, die Mauer steht in den Köpfen noch. Wo steht die taz? Die innenpolitische Redaktion jedenfalls verwaiste in dem Jahr 1991 zusehends, die Frage, wohin die Reise gehen kann, wird die Zeitung und ihre LeserInnen sicherlich einige Jahre beschäftigen.

In dieser Lage einen »großen Investor« herbeizuwünschen, ist ein risikoreiches Unterfangen. Die taz kam nicht in die Lage, dieses Risiko ausloten zu müssen, weil es ihn nicht gab, weil alle Versuche, einen Investor mit Geld und gutem Willen – das braucht man, solange eine Investition in die taz keine 10 Prozent Rendite garantiert – aufzutreiben, im Vorfeld der Sondierungen stecken blieben.

Es blieb also die Alternative »Genossenschaft«, das bedeutet der lange, dornige Weg ohne den großen Erlöser. In dieser Genossenschaft, so ist die Konstruktion, sind die sozialversicherungpflichtigen Mitarbeiter der taz automatisch »Genossen«, sie haben auch besondere Einflußrechte auf den Vorstand der Genossenschaft, der die Anteile an den taz-GmbHs regiert. Beteiligen können sich an der Genossenschaft aber auch alle anderen FreundInnen der taz, die mit 1.000 bis zu 50.000 Mark einsteigen wollen und sich dadurch 4 Prozent Zins und eine Stimme auf der Generalversammlung sichern wollen. Über den Aufsichtsrat hat die Generalversammlung einen klar definierten Einfluß auf die Bestellung der Geschäftsführung der taz, keinen Einfluß soll sie haben auf die Bestellung der Redaktionsleitung und damit auf die redaktionelle Unabhängigkeit der Zeitung.

Alle gleich unter dem Genossenschafts-Dach

»Genossenschaft« ist damit für die taz eine Rechtsform, die es erlaubt, unterschiedliche Rechte für verschiedene Gruppen »Miteigentümer« zu definieren. Um eine ungewollte einseitige Abhängigkeit zu vermeiden, sind die möglichen Einlagen auf 50.000 Mark begrenzt – wenn sich jemand mit mehr Geld beteiligen will und mutmaßlich auch mehr Einfluß nehmen will, kann die Genossenschaft ihm GmbH-Anteile verkaufen und ihren Alleinbesitz an der taz-GmbH damit aufgeben. Ansonsten sind unter dem Dach der Genossenschaft aber alle gleich, ob sie tausend oder 50.000 Mark geben – bis auf die »Mitarbeiter-Genossen«. Die hatten bisher über den taz-Verein die alleinige Verfügung über die taz, mit dem Schritt in die Genossenschaft geben sie einen Anteil ihrer Rechte ab. Dieser Schritt folgt der Erkenntnis, daß die hundertprozentige Vermischung von Eigentümer-Rechten und Belegschafts-Rechten bei einem derart großen und komplizierten Betrieb wie dem taz-Konzern nicht optimal ist.

In der taz der 90er Jahre wird es einen Betriebsrat geben, der die Belegschafts-Interessen klar vertreten kann, allerdings mit begrenzten Kompetenzen. Die Unternehmensführung des taz-Konzerns ist durch ein gestuftes Wahlverfahren gegen den direkten Durchgriff von einzelnen Belegschaftsinteressen geschützt, zudem haben die geldgebenden Genossen ein gehöriges Wort mitzureden.

Alles in allem also auch ein kleiner Abschied vom »Sozialismus«, der meinte, den Gegensatz von Mitarbeiterinteressen und Unternehmensinteressen aufheben zu können. ●

Klaus Wolschner, taz Redakteur und Mitglied des Auflösungs-Vorstandes des taz-Vereins, Gründungsmitglied der »taz – die tageszeitung –

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

INTERVIEW MIT CHRISTIAN STRÖBELE, MITINITIATOR DES GENOSSENSCHAFTS-MODELLS

»Die Kämpfe, die geführt wurden, waren eigentliche Kämpfe um Inhalte der Zeitung«

CONTRASTE: **Auf dem letzten Plenum der taz-MitarbeiterInnen, am 16. November, wurde beschlossen, das Eigentum der taz in eine Genossenschaft zu überführen, und Du hast gemeinsam mit Johnny Eisenberg diesen Vorschlag ausgearbeitet. Wie ist es dazu gekommen? War das für Dich das kleinere Übel, um die GmbH und damit den Ausverkauf der taz zu verhindern? Oder siehst Du darin wirklich die optimale Lösung für dieses Projekt?**

Christian Ströbele: Also, ich bin Anhänger des Modells der taz wie sie bisher gewesen ist: Ein Verein, kombiniert mit einer oder mehreren GmbH's, und ich habe in den letzten 15 Jahren auch viele Projekte beraten, die dann eine ähnliche juristische Konstruktion gewählt haben. Ich denke auch immer noch, daß das nach den heutigen rechtlichen Möglichkeiten für solche Alternativ-Projekte, wie es die taz gewesen ist, das Richtige ist. Bei der taz hat sich in den vergangenen 13 Jahren nicht nur intern etwas an Problemen aufgehäuft, daß es offensichtlich durch so eine reine Selbstverwaltung in Form eines Plenums nicht mehr zu bewältigen war, sondern die taz muß jetzt auch in dem großen Streit um den Medienmarkt bestehen. Sie bekommt nach wie vor viel zu wenig Anzeigen und ist deshalb auf zusätzliche Geldinvestitionen angewiesen, um in allen möglichen Bereichen – z.B. im redaktionellen Bereich oder in der Werbung – investieren zu können. Das vorangegangene taz-Plenum hat im Gegensatz zu dem, was die Mehrheit der Redaktion wollte, beschlossen, Kleinanleger zu suchen, um damit zu verhindern, daß ein großer Geldgeber auch großen Einfluß ausübt. Das war der Auftrag des Vereinsplenums vom 2. Oktober. Wir haben uns dann umgesehen, wie man das juristisch machen könnte. Uns war klar, daß das allein über KomanditistInnen oder stille TeilhaberInnen so nicht mehr möglich ist. Und nach vielem hin und her sind wir dann zu dieser Genossenschaft gekommen, und gar nicht mal von selber, sondern weil einer von den in der Bundesrepublik bestehenden Genossenschaftsverbänden die taz angesprochen hatte.

Auf Grund der Diskussionen, die in der taz gelaufen waren?

Ja, aufgrund der Diskussionen Anfang Oktober und der Presseveröffentlichungen. Das ist insofern von Bedeutung, weil wir in der Gründungsphase Ende der 70iger Jahre überlegt hatten, eine Genossenschaft aus der taz zu machen. Denn dieses Modell, Verein und GmbH ist ja so vom Gesetz nicht vorgesehen. Man mußte den Verein juristisch biegen, man mußte die GmbH juristisch biegen, damit das richtig zusammen paßt. Das mit der Genossenschaft haben wir damals nicht weiter erwogen, weil es keinen Genossenschaftsverband gab, der uns aufgenommen hätte. Damals war die taz nichts als ein linkes Projekt, von dem jeder glaubte, das könne nie klappen. Die Aufnahme in einen Genossenschaftsverband, der ja auch die wirtschaftlichen Interna überprüft, ist Voraussetzung für die Genossenschaft.

Und jetzt war dieses schwierigste Hindernis beseitigt, weil die ja von selber kamen, und sagten, wollt ihr nicht? Wir haben dann überlegt, daß das die Form ist, um auf der einen Seite weiterhin den taz-Mitarbeitenden das entscheidende Bestimmungsrecht zu sichern und auf der anderen Seite viele Geldgeber zu finden, die mit Einlagen der taz zwar helfen, aber damit nicht das Sagen haben. Die mitdiskutieren können, sich informieren können, aber nur ein eingeschränktes Mitbestimmungsrecht haben.

Wie habt ihr denn das geregelt? Normalerweise ist es doch so, daß in einer Genossenschaft alle Mitglieder – unabhängig von ihren Anteilen – eine Stimme haben. Wie verhindert Ihr, daß ich als Leserin das gleiche Stimmrecht habe wie die MitarbeiterInnen?

Das ist auch eine etwas komplizierte Konstruktion: Jeder taz-Mitarbeiter, jede taz-Mitarbeiterin wird nach einem Jahr Mitarbeit Genosse oder Genossin in dieser Genossenschaft. Aber es wird, so hoffen wir, 5.000, 10.000 GenossInnen geben, die dann drin sind, weil sie Geld bezahlt haben und weil sie sich dafür interessieren, und die haben alle jeweils eine Stimme. Das ist in der Satzung festgelegt, auch wenn einer 50.000 Mark gegeben hat, der andere nur 1.000, dann haben beide nur eine Stimme. Die Stimmen kann man nicht bündeln. Man kann auch nicht durch Vertretungsvollmachten sagen, so, ich habe jetzt 500 Stimmen – das haben wir ausdrücklich alles ausgeschlossen. Und den Mitarbeitenden haben wir per Satzung das Recht vorbehalten, den Vorstand maßgeblich zu bestimmen. Drei Mitglieder von fünf im Vorstand, werden von einem Gremium bestimmt, das außerhalb der Genossenschaft besteht, nämlich der Versammlung der Mitarbeitenden. Diese Versammlung bestimmt 3 der 5 Vorstandssitze, hat damit das entscheidende Recht, kann diese mit 2/3 Mehrheit auch wieder abwählen und ist auch bei anderen wichtigen Entscheidungen, etwa Satzungsänderungen, Verkauf von Anteilen und Ähnlichem zu fragen und hat so eine Art Veto-Recht.

Das haben wir in einem juristisch ausgeklügelten Balanceakt hingekriegt,

damit die Mitarbeitenden dort nach wie vor das Sagen haben.

Ist das einmalig, oder gibt es so etwas schon?

So gibt es das nach meiner Kenntnis noch nicht. Das ist vielleicht beispielhaft auch für andere, und wir haben ein bißchen den Eindruck bei diesem Genossenschaftsverband, daß Interesse besteht, in dem inzwischen gesellschaftsfähigen Alternativbereich größere Unternehmen bei sich aufzunehmen, um den Genossenschaftsverbänden ein moderneres Image zu geben.

Haben die MitarbeiterInnen denn auch inhaltliche Mitsprachemöglichkeiten wie zum Beispiel beim Redaktionsstatut?

Es gibt ein Redaktionsstatut, welches besagt, daß der Inhalt der Zeitung allein von der Redaktion bestimmt werden kann. Die übrigen MitarbeiterInnen, die ja bisher theoretisch die Möglichkeit hatten, über das Plenum auch Redakteure abzusetzen, oder auch einen Artikel in die Zeitung zu bringen – was nur fast nie gemacht worden ist in den letzten Jahren, die haben jetzt nur noch die Möglichkeit über die Wahl des Vorstandes ganz mittelbar auf die Redaktion einzuwirken. Die Redaktionsleitung wird eingesetzt vom Vorstand, also dem gewählten Gremium der Mitarbeitenden, natürlich nie gegen die Redaktion. Es ist festgelegt, daß die Redaktionsleitung nur mit Zustimmung der Redaktion eingesetzt werden darf.

Und alle MitarbeiterInnen werden nach einem Jahr GenossInnen?

Sie werden GenossInnen, werden als Mitglied aufgenommen und sind dann gleichzeitig Teil der Mitgliederversammlungen und bekommen auch einen Mindestanteil von 1.000 DM.

Jetzt ist allen Mitarbeitern gekündigt worden, sie werden aber behandelt, als wäre die Kündigung nie ausgesprochen worden.

Diese Massenkündigung ist mehr als ein Signal des Neuanfangs zu verstehen

Diese Massen-Kündigung ist aus juristischer Sicht fraglich. Sie wurde von dem ergänzten Vorstand beschlossen, und ist mehr als ein Signal des Neuanfangs zu verstehen. Also alle raus, beim Reingehen wird jetzt geschaut, wer macht mit bei diesem neuen Projekt. Bei denen rechnen jetzt natürlich die Jahre, die sie dort verbracht haben, mit. Alle Vereinsmitglieder, also auch die, die mal bei der taz gearbeitet haben, die haben einen Anspruch darauf, auch GenossInnen zu werden.

Es soll ja auch ein Betriebsrat gegründet werden. Wie funktioniert das? Die Mitarbeitenden sind ja zugleich Angestellte und Eigentümer, Arbeitnehmer und Arbeitgeber in einer Person. Kann es trotzdem einen Betriebsrat geben?

Fortsetzung auf Seite 4

FORTSETZUNG VON SEITE 3

Das ist von Anfang an das Problem gewesen bei der taz, daß die Versammlung der Mitarbeitenden – das ist ja in einem anderen Betrieb die Betriebsversammlung – gleichzeitig der Unternehmer war. Es kam immer wieder zu ungeheuren Problemen, weil keine Stelle da war, an der dieser Gegensatz der Interessen – der ja bei der taz auch da ist, also was will der einzelne Arbeitnehmer für sich rausholen, und was ist unternehmerisch erforderlich – richtig ausgetragen werden konnte. Es mußte in dieser Mitgliederversammlung beides berücksichtigt werden. Es ist so, daß den Mitarbeitenden jetzt der Betrieb juristisch gesehen nicht mehr allein gehört, aber daß sie trotzdem die wesentlichen Funktionen des Unternehmers haben. Diesen Widerspruch kann man nicht auflösen. Da jetzt alles sehr viel vermittelter läuft, wird ein Betriebsrat eingerichtet werden. Der Betriebsrat wird sich dann um die Probleme der Einzelnen – sei es wegen Kündigung, aber auch bei Arbeitsplatzproblemen – kümmern müssen.

Bisher war war ja die taz ein selbstverwalteter Betrieb. Das ist doch ein Unterschied zur Situation jetzt – oder wie siehst Du das?

Ein selbstverwalteter Betrieb ist etwas Theoretisches. Man sagt, es sind alle gleichzeitig Unternehmer. Der Betrieb gehört den MitarbeiterInnen und was ihr jetzt beschließt, beschließt ihr als Unternehmer und gleichzeitig als Betroffene. Nur man muß natürlich sehen, daß wenn in einem selbstverwalteten Betrieb nicht mehr 5 oder 10 Leute sind, sondern 200 – wie jetzt bei der taz – dann nimmt man das eigentlich gar nicht mehr so richtig wahr, daß man Unternehmer ist. Das ist so ähnlich, wie in der ehemaligen DDR, im Realsozialismus, daß einem das alles theoretisch gehört, aber der Einzelne eigentlich nichts davon hat und auch nichts zu sagen hat. Ganz so wickeln, die da sehr viel bestimmen kann, ohne daß der einzelne Genosse, die einzelne Genossin das kontrollieren kann. Es ist immer die Gefahr dabei, daß die, die das Sagen haben, der Vorstand und der Aufsichtsrat, abheben und sich verselbständigen.

Wir hoffen mit dieser Konstruktion, die wir nun gefunden haben, dem entgegen zu steuern. Es gibt ja noch die MitarbeiterInnenversammlung; also die, die eigentlich von den Entscheidungen der Gremien unmittelbar betroffen sind, haben in einem kleinen Kreis – es werden ca. 150 Leute sein – ein erhebliches Einflußrecht und Einflußmöglichkeiten über die Wahl des Vorstandes. Aber sie können nicht – und das ist gar keine Frage und das ist auch nicht beabsichtigt – in die tägliche Geschäftsführung hineinreden. Das ist ausgeschlossen. Sie können bei den Wahlen – jedes Jahr wird ein Vorstandmitglied neu gewählt – ein bißchen die Weichen stellen. Bei der Frage des Verkaufs von Anteilen der taz können sie sagen Ja oder Nein. Aber bei den ganzen täglichen Entscheidungen können sie nicht mehr intervenieren, selbst wenn sie wollen.

Das ist so gewollt, weil es im Produktionsalltag zu chaotisch war?

Das ist gewollt. Es hat in der taz gar nicht mal zu sehr chaotischen Beschlüssen geführt. Ich bin einer von denen, die immer wieder gesagt haben, die Beschlüsse der taz-Vollversammlung, die immer so sehr kritisiert worden sind, waren generell sehr vernünftig und haben sich als richtig erwiesen. Fast alle – wenn man das mal mit Beschlüssen einer Aktionärsversammlung oder alleiniger Eigentümer wie Springer zum Beispiel vergleicht – da waren unsere unternehmerischen Beschlüsse gar nicht mal so daneben. Darüber könnte man mal eine Doktorarbeit schreiben.

Selbstblockaden, die einfach mit den Menschen zusammenhängen, die natürlich dann auch danach entscheiden, was für sie in ihrem jeweiligen Arbeitsbereich bequemer ist.

Es hat ja auch was für sich, so unter sozialen Gesichtspunkten zu sagen, man nimmt einige Leute mit, die nicht so effektiv und leistungsfähig arbeiten.

Das ist richtig, nur kommt man dann schon wieder an die Grenze, daß die Personalkosten trotz einer Auflage von 60.000-70.000 nicht erwirtschaftet werden. Da ist der Personalapparat so groß geworden, daß er nicht mehr finanziert werden kann, selbst bei einer vergleichsweise hohen Auflage. Früher haben wir ja immer gesagt, ab 20.000 ist die taz saniert. Jetzt hat sie fast 70.000 verkaufte Auflage jeden Tag und alle reden davon, daß sie eigentlich pleite sein müßte. Das ist vergleichbar mit den real sozialistischen Ländern, wo sich ja jetzt sehr schnell herausgestellt hat, daß die einfach zu viel Personal hatten für das, was sie produzierten. Man kann natürlich sagen, das war auch sozial. In gewisser Weise war es auch sozial. Man wird aber sicher darüber streiten können, ob es letztlich sozial ist, Leute mitzuschleppen und andere dann dafür sehr viel mehr arbeiten zu lassen, auch den anderen die Arbeit sehr viel ineffektiver zu machen und damit Unzufriedenheit zu schaffen.

Also, Du meinst nicht, daß das jetzt so eine langsame Hinwendung zum Kapitalismus ist, wie er sich weltweit überall ausbreitet, jetzt auch in den kleinen alternativen Nischen hier.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

an die Heilige Kuh Einheitslohn ran wollte; das war wirklich eine schlimme Gleichmacherei, die hinten und vorne nicht stimmte. Und die dann natürlich zu ungeheurem Unmut geführt hat.

Ich hab das schon aus der taz anders mitbekommen, wo eher die Rede davon war, es ginge ja nicht, einem Redakteur ein angemessenes Pförtnergehalt zu zahlen. Wo also mehr auf Qualifikation abgestellt wurde.

Natürlich gibt es die unterschiedlichsten Modelle, aber das was im Augenblick zur Diskussion steht, ist eine Differenzierung nach solchen Kriterien, und nicht zu sagen, der Redakteur muß, weil er eben intellektuell mehr wert ist, mehr kriegen als der Setzer oder die Setzerin. Es gibt auch Leute, die das wollen, und es ist auch einigen Chefredakteuren – die da eingeführt worden sind, aber immer wenig Möglichkeiten hatten, sich durchzusetzen – für einen bestimmten Auftrag, wenn sie das für ein halbes Jahr gemacht haben, mehr gezahlt worden.

Es war ja auch ein Argument, daß Leute von anderen Zeitungen abgeworben werden, wo sie mehr verdienen. Obwohl wahrscheinlich auch eine sanierte taz keine Stern- oder Spiegel-Gehälter zahlen könnte.

So ist es. Daß man durch die Gehälter, die in der taz gezahlt werden, solchen Blättern die Leute vorenthalten könnte, das wird es lange nicht geben. Aber dieser Unmut über die jetzige Praxis des Einheitslohns ist ja eine andere Sache. Es geht ja häufig bei den Leuten gar nicht darum, daß sie jetzt acht- oder zehntausend Mark verdienen wollen, sondern daß sie diese Ungerechtigkeit empfinden und darüber wütend und frustriert geworden sind. Und ich denke, das muß man angehen, das halte ich für wichtig. Es kann natürlich sein, daß sich das jetzt immer weiter differenziert und verselbständigt.

Es ist der Eindruck entstanden, daß durch die Strukturdebatte eine längst fällige inhaltliche Debatte weiter weggeschoben worden ist. Weil die entscheidende Frage ja nicht nur ist, wie bekommen wir das Geld, sondern auch, was machen wir für ein Produkt, was wollen wir eigentlich damit. Die taz hat ja immer weniger eine klare Linie.

Das sehe ich genauso. In jedem dieser Plena war mindestens am Anfang eine längere Debatte darüber, ob man nicht eigentlich die Inhalte diskutieren müsse. Diese Meinung teile ich, ich denke auch, die Kämpfe die geführt wurden, waren eigentliche Kämpfe um Inhalte der Zeitung. Es hat sich aber in der 13-jährigen taz-Geschichte auch gezeigt, daß es immer sehr schwierig war, über Inhalte zu streiten, oder eine Entscheidung zu fällen. Wie soll das auch aussehen? Dann beschließt die Mehrheit, die taz soll mehr sozialistisch oder mehr alternativ sein, das ist Quatsch. In der Vergangenheit sind diese Probleme mehr an einzelnen Personen diskutiert worden. Soll dieser Redakteur weiter da bleiben, oder soll dieser Redakteur lieber an einer anderen Stelle arbeiten? Es ist wohl nur einmal eine Kündigung ausgesprochen worden in diesem Jahrzehnt. Da ist über diese Person gesprochen worden, aber eigentlich meinte man die politische, journalistische Linie, die dahinter stand. Diesesmal ist das an der Frage eines Großinvestors besprochen worden, dahinter steht natürlich schon eine politische Auffassung, wie es mit der taz inhaltlich weiter gehen soll. Aber das ist jetzt mit dieser Entscheidung zur Genossenschaft sicher nicht gelöst. Dadurch sind vielleicht viele neue Möglichkeiten eröffnet worden, daß eine Reihe von Leuten im letzten halben Jahr in der taz aufgehört haben. Es ist jetzt die Frage, wer da neu kommt und in welche Richtung sich das entwickelt. Man muß jetzt sehen, ob sich da eine Diskussion entwickelt, wohin es eigentlich gehen soll. Die Unzufriedenheit mit der taz, mit den Inhalten und mit der politischen Grundlinie, die teile ich mit allen linken Kritikern in vielfacher Hinsicht. Ich versuche nur immer den Leuten, die das kritisieren – das sind Leute von der SPD bis hin zum autonomen Spektrum – zu sagen, daß die Inhalte, die in der taz zum Ausdruck kommen, auch das widerspiegeln, was in der oder in den Szenen im Augenblick läuft. Insofern ist die taz wirklich nur ein Spiegel von der Orientierungslosigkeit, dem Infragestellen aller alter Sicherheiten und was sonst so in diesem Bereich der Gesellschaft los ist, oder nicht mehr los ist. Die taz kann nicht sehr viel besser sein, als die Szenen im Augenblick sind.

ist es nicht, es gab ja immer noch die Mitgliederversammlung. Aber das Eigentumsrecht wird ein sehr abstraktes Recht, und man muß halt immer wieder versuchen, den Leuten klar zu machen, daß hier die Mitglieder gleichzeitig beides sind. Ich denke, bei so großen Unternehmen müssen Alternativbetriebe auch neue Formen, wie man solche Widersprüche auflöst und wie man damit umgeht, finden. Die Alternativbetriebe sind ja in der Regel sehr viel kleiner als die taz. Und wenn es in diese Dimensionen geht, dann geht es nicht mehr so einfach, zu sagen, wir setzen uns alle zusammen und beschließen, was für den Betrieb das Richtige ist. Auch

die Probleme sind für den Einzelnen gar nicht mehr so überschaubar,

wie in einer Fahrradwerkstatt oder einer Bäckerei.

Meinst Du, daß von daher so ein Genossenschaftsmodell auch für andere Betriebe ein Beispiel sein könnte, wenn sie größer werden, oder würdest Du in einem anderen Fall als der taz schon noch dazu raten, die Selbstverwaltung aufrechtzuerhalten?

Ich war ja mal im Bundestag und da habe ich den KollegInnen von den anderen Parteien vorgeschlagen, ob man nicht für die Alternativbetriebe Rechtsformen per Gesetz schaffen könnte, denn da gibt es eine ganze Reihe von Problemen, die nur gesetzlich geregelt werden können. Das ist damals nicht gemacht worden. Aber ich bin immer noch der Meinung, um wirklich den Geist vom Alternativbetrieb in eine juristische Form umzusetzen, muß es andere Formen geben, da ist auch die Genossenschaft nicht das Ideale, aus einer ganzen Reihe von Gründen. Ich denke, der Versuch, mit einer Genossenschaft die Probleme in den Griff zu bekommen, ist auf jeden Fall etwas, das ausprobiert werden muß. Man wird sicherlich Erfahrungen machen, die auch für andere Alternativbetriebe vorbildlich sein könnten.

Ein Problem gibt es dann sicher bei 5.000 GenossInnen. Der eine wohnt in Konstanz, der andere in Kiel. Selbst wenn das alles ganz tolle Leute sind – und das ist ja nicht gesagt, daß das so bleibt – ist das eine abstrakte Geschichte. Es kann sich, und das ist die Gefahr, so eine Art Funktionärskaste entNur, was sich eingestellt hat – und das ist wirklich schlimm – daß je größer die taz geworden und je größer der Apperat geworden ist, überhaupt nicht mehr klar war, wer was zu sagen hat oder auch zu verantworten hat. Wenn keiner mehr was zu verantworten hat, dann funktioniert das nicht mehr. Dann gibt es ungeheuer viel Leerlauf, der eine schiebt es auf den anderen und es gibt viele Ungerechtigkeiten, z.B. mit der Arbeitsbelastung. Die Geschichte der taz hat gezeigt, daß das so nicht funktionieren kann. Auf die Dauer muß das kaputt gehen an den Konflikten, die nicht mehr im Inneren lösbar sind. Und jetzt ist es ein Versuch, das etwas anders zu machen.

Ist denn dafür eine Genossenschaft unbedingt nötig? Ich denke, es ist auch in selbstverwalteten Strukturen eigentlich möglich, die Kompetenzbereiche klar abzugrenzen und zu benennen. Das ist so ein bißchen ein Tabuthema in manchen Betrieben, von Verantwortung überhaupt so zu sprechen.

Theoretisch stimmt das, denn die Genossenschaft, oder die GmbH, ist sicherlich nicht erforderlich. Man hätte einfach sagen können, der Vorstand des Vereins nimmt jetzt seine Aufgaben war und setzt jetzt Leute ein mit der Zustimmung der Arbeitsbereiche. Die Realität sieht anders aus. Gerade so ein Projekt, wo Leute seit 10 Jahren zusammenleben, wo sich Nischen gebildet haben und Seilschaften, die gegenseitig auch ihre Nischen abschotten. Wenn man sich mit einzelnen taz'lerInnen unterhalten hat, dann konnte man sehr schnell herausbringen, daß die Person oder die Person im Technik- oder Redaktionsbereich überflüssig ist. Aber wenn man dann rangiging und sagte, dann muß man sich von dieser Person eben trennen,

dann bildeten sich sehr schnell Seilschaften

– wie man ja heute sagt – also Gruppen, die gesagt haben, wenn ihr die jetzt entlaßt, dann werdet ihr nachher auch den entlassen. Darum waren es dann immer Mehrheiten, die das verhinderten. Dann gab es so negative Allianzen, daß man sowas nicht durchsetzen konnte, was eigentlich, theoretisch, von allen als vernünftig angesehen wurde. Das sind solche

Trotzdem so wirtschaften, daß man es anders macht und trotzdem effektiv ist

Also dieses Modell, wie es jetzt beschlossen wurde – wir wissen ja noch nicht ob es klappt – ist der Versuch, es nicht so zu machen. Die andere Variante war, wir suchen uns den Großfinanzier, der gibt uns die Million. Und er kann mit der taz auch das machen, was andere Großfinanziers mit -Pflasterstrand- oder mit -Radio 100- gemacht haben. Deshalb ist das ein Versuch. Wir wirtschaften hier im Kapitalismus, in kapitalistischen Verhältnissen, und da kann man nicht darüber hinwegsehen und sagen, wir ignorieren das einfach. Man muß sehen, daß man innerhalb des Kapitalismus – das ist ja das Prinzip, denk ich, auch der Alternativbetriebe – trotzdem so wirtschaften kann, daß man es anders macht und trotzdem effektiv ist und den Leuten Arbeitsbedingungen schafft, die wir eben in anderen Betrieben nicht haben. Auch Mitbestimmung, die Selbstbestimmung ermöglicht. Bei der taz ist das im Grundsatz immer noch so erhalten, wenn auch jetzt sehr viel vermittelter. Der Einzelne wird von den Möglichkeiten, daß er ja mit den anderen das Sagen hat, sehr viel weniger merken, als es früher der Fall war.

Etwas sehr Wesentliches, der Einheitslohn ist ja nun auch weg. Der hängt ja nicht direkt zusammen mit der Umstrukturierung. Eigentlich sind das zwei Themen, aber sie sind wie eines behandelt worden.

Da wird bei den linken Alternativkritikern der taz vieles falsch gesehen. Die Sanierung der taz wird oft in der Öffentlichkeit sehr verzerrt dargestellt, von beiden Seiten, sowohl von denen, die das von der kapitalistischen Sicht her sehen, als auch von denen, die es von linker, alternativer Sicht her kritisieren. Ich war immer ein Verfechter des Einheitslohnes, aber wenn dann richtigen Einheitslohn. Und es ist kein Einheitslohn, wenn jemand für 12 Stunden engagierte Arbeit genauso viel bekommt, wie einer, der das nebenher nur 4 Stunden macht. Was jetzt beschlossen wurde, ist erst einmal die Wiederherstellung des Einheitslohnes. Daß man den Leuten, die erstens länger da sind, einen geringen Betrag mehr gibt, und sie vor allem nach ihrem unterschiedlichen zeitlichen Engagement bezahlt. Da ist etwas eingerissen, weil man nicht

Man verlangt von der taz oft sehr viel mehr, als man von seinem eigenen politischen Zusammenhang erwartet.

Trotzdem muß man immer wieder die Ansprüche stellen. Aber vielleicht hilft es, wenn man sagt, sie spiegelt nur die schwierige Situation die draußen ist – das zu verstehen, was in der taz läuft.

Du meinst also, daß diese Strukturveränderung für die inhaltliche Debatte nicht schädlich ist, sondern eher etwas bringt?

Das geht bis hin zu der Kündigung für Alle. Dadurch ist etwas in Gang gekommen, denn wenn man das jetzt alles so weiter geschleppt hätte, dann wäre die taz in einiger Zeit überflüssig geworden, dann hätte sie sich selbst überflüssig gemacht. Sie hätte sich irgendwo eingepaßt oder wäre einfach zu Ende gewesen. Jetzt besteht die Hoffnung, daß sich da was ändert. Aber natürlich nicht die Sicherheit. Da sind Diskussionen in der taz, und es gibt Leute von außerhalb, die der taz nahestehen, die sagen, wir machen ein Diskussionsgremium, wo wir auch mit RedakteurInnen diskutieren, weil die Unzufriedenheit überall ist, auch in den Redaktionen. Jetzt muß man nur sehen, daß aus den Diskussionen irgendwas rauskommt, was man der taz auch ansieht. Ich denke, einige Lichtblicke waren auch schon nach dem letzten Plenum erkennbar. Wenn man die Ausländertaz vom 9. November sieht, oder Themen, die in anderen Zeitungen so nicht standen, diese Geschichte z.B. von den Eltern, die im Konflikt standen, ob sie ihr Kind einer Chemotherapie aussetzen wollen, oder sonst riskieren, daß ihnen das Kind vom Gericht weggenommen wird. Da war eigentlich mal der Ursprung der taz. Es ging ja nicht nur darum, linke radikale Inhalte zu verkünden, sondern es ging auch darum, über andere Themen anders zu berichten. Also nicht jeden Tag das auf der ersten Seite zu haben, was die anderen Zeitungen haben. Da gibt es so leise Hoffnungsschimmer.

Und wie beurteilst Du die Chancen der taz, über eine Genossenschaft genug Geld hereinzubekommen, um überleben zu können?

Fortsetzung Seite 5

BERLINER NEUE MEDIEN

BasisRadioBerlin – Bildet Radio-Banden!

November 1991:
Das neue Großdeutschland feierte einjähriges Bestehen. Gründe zum Feiern gibt es allerdings höchstens für einige wenige: die Kolonisierung der ex-DDR und ihrer BürgerInnen läuft auf vollen Touren, die Gewalt gegenüber Flüchtlingen und ArbeitsimigrantInnen eskaliert auf immer brutalere Weise, die neue Hauptstadt Berlin strukturiert sich um, der deutsche Imperialismus wird mit der europäischen Vereinigung noch stärker ökonomisch und bald auch militärisch zugreifen können.

In dieser für wachsende an den Rand gedrängte Bevölkerungsteile sich dramatisch zuspitzenden Situation, ist eine entschlossene linke Gegenkraft nötig. Von der starken linken Bewegung der frühen 80er Jahre sind nur kleine zersplitterte, nebeneinander arbeitende Grüppchen übrig geblieben: Lesben, autonome Frauen, Schwule, Antifas, Flüchtlingsgruppen, Antiimps, RZ, AnarchistInnen, KommunistInnen, Soli-Gruppen, Kleine Zeitungen, Häuserplena, etc.. Die Sicherung des für sich Erreichten, Erstarrung und Separatismus prägen das Bild. Auswege aus der verfahrenen Situation werden zwar vielerorten andiskutiert (»Organisierungsdebatte«). Es bleibt jedoch eher bei verhärteten Grabenkämpfen über stark technisch, geprägte Lösungsansätze.

Einen ersten, Anfangs noch kleinen Schritt raus aus der Misere wollen wir anleiern. Wir, die Initiative Basis Radio Berlin (BRB), arbeiten kontinuierlich seit knapp einem halben Jahr. In Gesprächen innerhalb unserer Gruppen und mit anderen politisch Aktiven sind wir u.a. auf folgende Punkte gestoßen, bei denen z.T. Handlungsbedarf besteht:

1. der Info-Austausch und die Vernetzung unter Gruppen (z.B. antifa),
2. ein gemeinsamer Diskussionsprozeß über Politische Strategien, Perspektiven etc. (z.B. Flüchtlingsarbeit),
3. Möglichkeiten kurzfristiger Mobilisierung (z.B. Hoyerswerda),
4. eine stärkere Breitenwirksamkeit (z.B. NOlympia-Kampagne).

Die aufgeführten Beispiele sind willkürlich, allein wegen ihrer Aktualität ausgewählt. Wir wollen uns nicht auf ein bestimmtes Spektrum innerhalb der Linken beschränken, sonder alle erreichen, die für eine grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse kämpfen, aber auch die, die sich in der letzten Zeit frustriert zurückgezogen haben.

Als konkrete Vision ist bei uns die Idee eines Cassetten-Radios entstanden; d.h. ohne Sendeerlaubnis und großen technischen Aufwand werden in den linken Strukturen Beiträge auf Cassetten produziert und dort vertrieben. Mit wachsender Verbreitung könnten für die 4 Punkte neue Perspektiven gefunden werden:

1. Die Antifa X kann sich über die politische Praxis der Antifa Y, die gerade einen Cassetten-Beitrag produziert hat, informieren und sich eventuell bei einer Aktion einklinken. Auf diese Weise könnte eine stärkere Bündelung von Kräften zustandekommen und über gemeinsame politische Diskussion und Praxis eine größere Solidarität und Kollektivität in der Linken wieder auferstehen. Wie eng eine Vernetzung schließlich sein wird, darüber entscheiden natürlich die Gruppen selbst.
2. Flüchtlingsgruppen könnten per Cassetten-Beiträge in einen gemeinsamen und kontinuierlichen Diskussionsprozeß über politische Strategien und Perspektiven ihrer Praxis gelangen. Aus den stärker aktionistisch geprägten Einzelaktionen könnte sich eine gemeinsame Stoßrichtung und größere Effektivität entwickeln.
3. Kurzfristige Mobilisierungen könnten durch 2-minütige Cassetten erreicht werden, die in ein paar Stunden produziert und sofort in Kneipen und Plätzen abgespielt werden.
4. Das Abspielen von Beiträgen in Kneipen, Info-Läden und auf öffentlichen Plätzen oder (il-)legal über Äther könnte eine stärkere Breitenwirksamkeit linker Politik gewährleisten. Dafür könnten auch durch die Kieze fahrende Lautsprecherwagen genutzt werden.

Wir sind überzeugt, daß das Medium Cassetten-Radio Lösungsansätze anbieten kann. Außerdem halten wir es für wichtig, staatlich gesetzte Grenzen zu mißachten und bewußt zu überschreiten, um wieder illegal über Äther gehört zu werden. BRB könnte dafür wichtige organisatorische und strukturelle Vorarbeiten leisten.

Bei uns als Initiativgruppe für das BasisRadio hat ein deutlicher Prozeß bei der inhaltlichen Bestimmung gegenüber den Anfängen stattgefunden. Wir sind immer mehr von der ursprünglichen konventionellen Idee einer zu erkämpfenden legalen Frequenz abgekommen, da grundlegende Widersprüche nicht auszuräumen sind. Das zeigt z.B. die Geschichte von Radio 100: Finanzielle und technische Sachzwänge, d.h., um Werbekunden, SponsorInnen, und unpolitische ZuhörerInnen nicht verschrecken zu wollen und 24 Stunden pro Tag senden zu müssen, sowie die leichten Einblicksmöglichkeiten staatlicher Kontrollbehörden führten zu einer inhaltlichen Verflachung und mangelnder Radikalität der politischen Diskussion. Außerdem kann eine außerhalb linker Strukturen arbeitende zentrale Medienredaktion nur von außen das Politische beobachten und kommentieren und nicht linke Politik voranbringen. BRB steht und fällt hingegen, wie der Name schon sagt, mit der Basis.

Unabhängige Radio-Banden können sich sowohl dezentral in den Stadtteilen und Kiezen bilden, um basisnahe Produktion, Vertrieb, Bezug und Inhalte zu gewährleisten, als auch in einzelnen »Szenen« (Antifa, autonome Frauen und Lesben, Umstrukturierungsgruppen, Soli-Bewegung etc...), um Infos aus den aktuellen Diskussionen und der Praxis einzubringen. Ob die verschiedenen Radio-Banden die gemeinsame Arbeit eher über das Räte- oder das Plenums-Prinzip organisieren, wird sich zeigen. Phantasie und Power sind keine Grenzen gesetzt.

Es ist für unser Selbstverständnis entscheidend, daß BRB kein eigenständiges Projekt sein kann, sonder nur integrativer Bestandteil radikal linker Praxis, d.h. die inhaltliche, organisatorische etc. Arbeit, sowie der interne Diskussionsprozeß müssen solidarisch und kollektiv von der Basis getragen und weiterentwickelt werden und dürfen sich nicht verselbständigen oder abkoppeln. BRB darf nicht Institution sein oder Stillstand bedeuten.

Die erste Cassette ist fertig und in Berliner Kneipen, Info-Läden und gutsotierten Buchläden für 5 DM erhältlich. Auf der Cassette sind folgende Beiträge: Asylbewerber und Flüchtlinge erzählen über ihre Erfahrungen mit deutscher Solidaritätsarbeit; das Thomas-Weisbekker-Haus stellt die Baupläne der SPD dar; Umstrukturierung in Ostberlin infolge Olympias ist ein weiteres Thema; Obdachlose berichten über das Leben ohne Wohnung und last not least stellt sich die Initiative BasisRadioBerlin selbst vor.

Foto: Archiv

Die Cassetten sollen ab Januar in Kneipen öffentlich abgespielt werden. Kneipen u.a. die Interesse haben, sollen sich bei uns melden. Und natürlich alle neuen Radio-Banden und Einzelleute. ●

Kontakt: El-Locco · Kreuzbergerstraße 43 · 1000 Berlin 61
Mittwochs 19 Uhr · ☎ (030) 785 99 83
Schließt euch zusammen!! · Bildet Radio-Banden!!

Anzeige

„Nur wer sich
ändert,
bleibt sich
treu."
Wolf Biermann

Wir nehmen Sie beim Wort, Herr Biermann. Getreu Ihrem Grundsatz hat die tageszeitung sich zu einem entscheidenden Schritt entschlossen: Wir gründen die 'taz-Verlagsgenossenschaft', die den taz-LeserInnen gehören soll. Ab jetzt können Sie Anteile zwischen 1.000 und 50.000 Mark zeichnen und so dafür sorgen, daß wir die Zeitung machen können, die Sie schätzen.
Wer sich für eine Mitgliedschaft in der 'taz-Verlagsgenossenschaft' interessiert, bekommt Informationsmaterial unter der Anschrift: die tageszeitung, -Genossenschaft-, Kochstraße 18, 1000 Berlin 61.

Ich bin interessiert an der 'taz-Verlagsgenossenschaft'.

Name: .....
Straße: .....
Plz./Ort: .....
Bitte ankreuzen:
☐ Ich weiß schon jetzt, daß ich Mitglied werden will.
☐ Ich möchte einen Anteil in Höhe von
DM .....
zeichnen, sobald die Genossenschaft gegründet wurde und der Vorstand meine Aufnahme als Mitglied beschlossen hat.

taz, die tageszeitung.

FORTSETZUNG VON SEITE 4

Das Überleben der taz ist kein finanzielles Problem, oder jedenfalls nicht allein ein finanzielles. Eine Zeitung, die jeden Tag 60 oder 70.000 Exemplare verkauft, ist lebensfähig. Es ist jetzt nur die Frage, ob man die Strukturen – die Personalstrukturen, die Kostenstrukturen, da gehört ja vieles dazu, z.B. die Regionalteile, Auslandsteile usw. – ob man die zunächst erstmal in ein gesundes Verhältnis zu den Einnahmen bringt. Die GenossInnen, die jetzt für die Genossenschaft geworben werden, die da Geld reingeben sollen, die sollen ja nicht die Finanzmisere der taz bekämpfen oder alte Schulden bezahlen. Die sollen dann die Möglichkeit geben für Neuinvestitionen. Also für die Sachen, wo man gezielt etwas verbessert, wo man z.B. sagt, in der Kulturredaktion haben wir jetzt gute Ideen, da machen wir etwas, was der taz ein ganz neues Image gibt oder ein zusätzliches, oder in der Auslandsredaktion oder so. Dafür soll das ja sein. Alles andere würde überhaupt nichts helfen, sondern es wäre nur eine Verlängerung des Siechtums, wie es ja manche nennen. Die taz muß erstmal saniert werden – da sind sich übrigens alle einig in der taz, also alle die verschiedenen Richtungen, die verschiedene Modelle hatten. Und dann muß man sehen, daß man Geld zusammenbekommt, um sich auf dem Markt besser durchzusetzen. Aber das ist natürlich auch die inhaltliche Frage.

Investieren in die Redaktion kann man eigentlich erst, wenn man weiß, wo es langgehen soll,

und wo so ein Schimmer am Horizont ist, wo man ganz schnell hin muß.

Wie ist das jetzt persönlich für Dich: Du hast die taz mit gegründet, und nach so vielen Jahren ist plötzlich vieles so ganz anders.

Es ist ganz anders. Ich kenne ja die meisten taz'ler nicht mehr, früher kannte ich sie alle, die Diskussionen sind auch ganz anders als früher. Viele versuchen jetzt den Neuanfang, und daß das an dieser juristischen Konstruktion festgemacht wurde, ist ein Zufall, es hätte genauso darum gehen können, ob dieser Chefredakteur bleibt oder nicht. Es hätte sich auch wieder an einer Person entscheiden können. Ich bin ganz hoffnungsvoll und sehe allerdings, daß im Gegensatz zu früheren Krisen die Einigkeit in der taz nicht da ist, zu sagen, wir versuchen es jetzt neu, und wir geben auch nach außen das Image: wir versuchen es gemeinsam. Der Spiegelartikel heute ist dafür ein Beispiel,daß sehr Viele, aus verständlichem Frust, die taz auch jetzt noch weiterhin runterreden. Das war früher anders, auch bei denen, die aufgehört haben, die gesagt haben, ich mach zwar jetzt nicht mehr mit, aber das Projekt muß weitergehen. Und das ist jetzt anders. Ich hoffe, daß sie sich trotzdem wieder durchsetzt. ●

Ja, dann vielen Dank für das Gespräch.

Das Gespräch führte Elisabeth Voß am 25.11.1991, bei der Vorbereitung wurde sie unterstützt von Helmut Bonn (beide Redaktion Berlin).

KURZMELDUNGEN

Modellprojekt

Soziale Arbeit in der Wohnungsnot

Wohnungsnot bedeutet für Menschen, die eine Wohnung suchen, eine erhebliche Beeinträchtigung ihrer Lebensqualität und ihrer persönlichen Möglichkeiten. Wohnungsnot führt aber auch zu massiven Problemen in der sozialen Arbeit. Psychatriepatienten können nicht entlassen werden, Strafentlassene müssen in Übergangswohnheimen bleiben, Frauenhäuser oder Heime werden zu Obdachlosenunterkünften.

Auf Anregung des Münsteraner Arbeitskreises -Dach über'm Kopf- haben der Landesverband und der Förderverein in der Kreisgruppe Münster des PARITÄTISCHEN ein Modellprojekt finanziell gefördert. Das Projekt sollte exemplarisch die Wohnungsbedarfsituation aus der Sicht der Mitgliedsorganisationen in Münster analysieren und örtliche Unterstützungsmöglichkeiten weiterentwickeln und erproben.

Mit der Durchführung wurde die Diplom-Soziologin Gabriele Hard beauftragt. Wesentliche Bestandteile des Projekts waren eine Trägerbefragung in Münster, die Mitarbeit im Arbeitskreis -Dach über'm Kopf- und die Dokumentation der Projekterfahrung in einem Schlußbericht. Dieser Bericht liegt jetzt vor. Er soll Anregungen bieten und den Blick öffnen für die sozialen Auswirkungen der Wohnungsnot und für neue Lösungsansätze.

Die Dokumentation -Soziale Arbeit in der Wohnungsnot – Modellprojekt- (78 Seiten) kann angefordert werden beim PARITÄTISCHEN Wohlfahrtsverband, Loher Str. 7, 5600 Wuppertal 2, ☎ (02 02) 28 22-206 (Schutzgebühr DM 5,– plus Porto).

Alte Illusionen – Neue Hoffnungen

Initiativzusammenschlüsse berichten...

Als Ergebnis der Bundeskonferenz vom Juni 1991 zu der die Stiftung MITARBEIT Initiativzusammenschlüsse und Initiativen nach Bonn eingeladen hatte, liegt eine Brochüre vor: -Alte Illusionen – Neue Hoffnungen? Initiativzusammenschlüsse berichten über ihre Arbeit-. Initiativler/innen geben in Beiträgen und Interviews einen Einblick in verschiedene Arbeitbereiche wie Frieden und Alter, Ökologie und Frauen, Alternative Ökonomie und Arbeitslosigkeit, Ausländer etc.

Gegliedert in Praxisfeldern finden sich in einem umfangreichen Anhang annähernd fünfhundert Anschriften von Initiativzusammenschlüssen aus der gesamten Bundesrepublik.

In ihrem Referat -Perspektiven, Macht und Instrumente von Bürgerbewegungen- analysiert Mechtild Jansen Geschichte, Prinzipien, Ziele und Utopien der neuen sozialen Bewegung. Zu Beginn der 90 Jahre stehen die NSB am Ende einer Etappe. Neue Problemlagen und neue Aufgaben bieten die Chance einer wirklichen politischen Neugestaltung. Daß eine solche Chance nur gegeben sein wird, wenn ein Stück der Macht erobert wird, steht auch für Wolfgang Beywl außer Frage. Seiner Meinung nach ist es entscheidend, daß die Gruppen und Bewegungen eine gemeinsames Verständnis von Alternativer Ökonomie entwickeln, um sich aussichtsreich am Kampf um ein Stück am gesellschaftlichen Reichtum beteiligen zu können. Denn nur so läßt sich die Machtbalance eine wenig in Richtung der Initiativen und Projekte verschieben.

Die Dokumentation ist für eine Schutzgebühr von DM 5,- + Porto in der Stiftung Mitarbeit, Bornheimer Str. 37, 5300 Bonn 1 erhältlich.

Kriegssteuern

Finanzamt Münster pfändet bei LAG NW die Kriegssteuern

Das Finanzamt Münster hat seine Drohung wahrgemacht, und die einbehaltenen Kriegssteuern von der LAG NW per Pfändung am 8.11.91 eingezogen.

Die Landesarbeitsgemeinschaft soziokultureller Zentren Nordrhein-Westfalen (LAG NW), der Zusammenschluß von 39 soziokulturellen Zentren und Intitativen, hatte sich Im Frühjahr an den Aktionen gegen den Krieg am Golf beteiligt. Die LAG NW beschloß u.a. auf der Mitgliederversammlung am 6.2.91 in Essen den Kriegssteuer-Boykott. Pro Beschäftigen wurden 500 DM an Kriegssteuern einbehalten und das Geld auf ein Sonderkonto festgelegt. Diese 500 DM entsprechen ca. der Beteiligung, die die Bundesregierung der einen Seite der kriegsführenden Länder versprochen hat, nämlich 17 Mrd. DM, umgerechnet auf einen Steuerpflichtigen.

Der Golfkrieg hatte Hundertausenden das Leben gekostet. Es hat noch mehr Armut und Ungerechtigkeit in diese Region gebracht. Begründet wurde diese Erhöhung gerade mit den Kriegskosten.

Die LAG NW hatte Einsprüche gegen Steuerfestsetzungen des Finanzamtes als auch Anträge auf Stundung für das laufende Verfahren gestellt. Nach Ablehnugn dieser haben wir beim Finanzgericht Münster die Klage eingereicht.

Wir haben erläutert, das wir und aus Gewissensgründen nicht an diesem Krieg beteiligen wollten und nach wir vor nicht wollen. Unsere Entscheidung, einen Teil der Lohnsteuern einzubehalten, ist vergleichbar mit der Gewissensentscheidung von Kriegsdienstverweigerern. Jeder Mensch hat das Recht zu leben und wenn durch die Entscheidung einer Bundesregierung ein Zustand geschaffen wird, der beinhaltet, das mit Steuergeldern eine Beteiligung an Kriegshandlungen möglich wird, so halten wir es nicht für legitim, sonder empfinden dies für eine unabdingbare Notwendigkeit, hier entsprechend zu handeln. Der Frankfurter Verwaltungsrichter Tiedeman hat -das Recht auf Steuerverweigerungen aus Gewissensgründen- als verfassungsrechtlich und nach den geltenen Gesetzen als gegeben dargestellt. Dem wollten wir mit unserer Kriegssteuerverweigerung Nachdruck verleihen. Auch wenn sich das Finanzamt jetzt selbst das Geld geholt hat, werden wir das Klageverfahren weiter durchführen. Solange der Staat uns keine Alternative bietet, sind wir soweit nicht steuerpflichtig bzw. nur teilwiese steuerpflichtig, als die Steuerzahlung uns in unserem Grundrecht der Gewissensfreiheit verletzt.

Wir protestieren aufs schärfste und wehren uns gegen diese finanziellen Zwangsmaßnahmen, die uns zu einer Beteiligung an der Kriegsgefährdung nötigen, ohne daß die Verantwortlichen sich für diese Maßnahmen rechtfertigen müssen. ●

Rainer Bode, LAG NRW

»AUTO-TEILEN«

Car-Sharing in der Diskussion

In CONTRASTE Nr. 85 und 86 stellten wir das bundesweite Car-Sharing Genossenschafts-Modell des Verkehrsclubs der Bundesrepublik Deutschland (VCD) zur Diskussion. Die Genossenschaft wurde inzwischen gegründet. Nachfolgend ein Bericht zur Frankfurter Gründung von Johannes Frech (innova, Bonn), ein kritischer Beitrag von Carsten Petersen (Stattauto Berlin), der nicht die Rechtsform, sondern die Organisationsform der Car-Sharing Genossenschaft in Frage stellt, und eine Stellungnahme des ConsumentenBundes (Bund umweltbewußter Verbraucher, Köln), der »Car-Sharing« generell für ein fragwürdiges Konzept hält.

CAR SHARING GENOSSENSCHAFT

Meinungsverschiedenheiten bei der Gründung

Johannes Frech, Redaktion Genossenschaften ● Am 10. November fand in Frankfurt die Gründungsversammlung der Car-Sharing-Genossenschaft Deutschland statt. Der neu gegründeten Genossenschaft sind inzwischen 65 Mitglieder (davon knapp über die Hälfte aus Frankfurt) beigetreten. Die Kosten für das einzelne Mitglied belaufen sich auf ein Eintrittsgeld von 250,– DM (statt Mitgliedsbeiträgen bei Vereinen), einen Pflichtanteil von 100,– DM und 10 weitere Pflichtanteile, wenn die Nutzung eines/mehrerer PKW angeboten wird.

Die bisherige Rechnungsgrundlage sieht vor, daß ab einer Zahl von ca. 38 Personen an einem Ort mit einer kostendekkenden Nutzung von 3 PKW begonnen werden kann.

Genauere Angaben zum Konzept können bei der Car-Sharing Genossenschaft in Gründung, Uhlandstr. 50 (Hinterhaus), 6000 Frankfurt 1, bei innova Bonn oder beim VCD in Bonn nachgefragt werden.

Im Gründungsprozeß ergaben sich erhebliche Meinungsverschiedenheiten über die Art und Weise, wie bei einer solchen Genossenschaft der Förderauftrag im Sinne einer betriebswirtschaftlich tragfähigen Gestaltung und der Berücksichtigung der Mitgliederinteressen vor Ort gestaltet werden kann. Damit eine solche Genossenschaft als wirtschaftliches Unternehmen überlebensfähig ist, müssen Vorstand und Aufsichtsrat in der Lage sein, einen betriebswirtschaftlichen Rahmen für die Organisation des Auto-Teilens vor Ort vorzugeben. So ist z.B. zu klären, ab welcher Mitgliederzahl der Einsatz von PKW'S in einer Stadt/Kreis möglich wird, ohne die gesamtwirtschaftliche Situation der Genossenschaft zu gefährden. Dabei werden Autonomievorstellungen vor Ort eingeschränkt, die möglichst selbst über das Leistungsangebot bestimmen wollen. Die aus verschiedenen Initiativen vorgebrachte Vorstellung, ein Dachverband könne als zentrale Genossenschaft nicht nur zentrale Aufgaben (z.B. Marketing, Einkauf) für existierende lokale Gruppen übernehmen, sondern auch die Gründung lokaler Gruppen überhaupt vorbereiten, ist vor allem ohne Finanzierungskonzept nicht umsetzbar. ●

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

CONSUMENTEN-BUND

»Auto-Teilen« (auf neudeutsch: »Car-Sharing«)

Stellungnahme und Überlegungen des ConsumentenBundes zum Thema -Car-Sharing-

-Car-Sharing- ist derzeit viel im Gespräch. Dabei geht es darum, daß mehrere Menschen sich ein Auto teilen. In der Diskussion zu diesem Thema wird die Hoffnung damit verbunden, Car-Sharing werde einen Beitrag zur Verhinderung des -Verkehrsinfarktes- sein.

Der ConsumentenBund hält Car-Sharing für ein sehr fragwürdiges Konzept. Denn der Grundgedanke ist, das Autofahren billiger zu machen, indem die Fixkosten (Anschaffung, Steuer, Versicherung usw.) auf mehrere Personen oder Familien verteilt werden. Beim Car-Sharing wird nicht die Zahl der Fahrten mit dem Auto wesentlich reduziert, sondern nur die Zahl der Fahrzeuge, mit denen diese Fahrten gemacht werden. Unter dem Gesichtpunkt der Kosten wird durch Car-Sharing das Autofahren also sogar attraktiver.

Auch Park & Ride galt lange als Mittel gegen den -Verkehrsinfarkt- in den Städten. Heute weiß man, daß Park & Ride nicht den öffentlichen Nahverkehr, sondern eher die Autobenutzung fördert: Viele Leute, die vor der Anlage eines Park & Ride-Platzes den ganzen Weg in die Stadt mit öffentlichen Verkehrsmitteln zurückgelegt haben, benutzen nach dem Bau eines Park & Ride-Platzes das Auto für den Weg bis dorthin.

Ähnliche Effekte sind beim Car-Sharing zu erwarten: Es bleibt für die -Gelegenheitsfahrer- (und nur für diese ist Car-Sharing interessant) bei der Orientierung auf und der Gewöhnung an das Auto. Die souveräne Nutzung des Angebotes öffentlicher Verkehrsmittel erfordert dagegen – auch bei einem guten Angebot an öffentlichem Verkehr, wie es in vielen Städten gegeben ist – Umdenken, Planung und Umgewöhnung, also komplexe Lernprozesse.

Wenn aber ein Auto – per Car-Sharing noch dazu zu einem gegenüber dem eigenen Auto günstigeren Preis – zur Verfügung steht, ist zu befürchten, daß doch gewohnheitsmäßig wieder das Auto genommen wird.

Car-Sharing kann sogar ein -Umsteigen- vom öffentlichen Nahverkehr auf das Auto zur Folge haben. Denn der -Einstiegspreis- für die Möglichkeit zur häufigeren Autonutzung wird mit Car-Sharing deutlich vermindert.

Car-Sharing ist, ebenso wie Park & Ride, etwas, was auf den ersten Blick gut aussieht. Tatsächlich ist es aber ein Konzept für das und mit dem umweltzerstörenden Auto.

Auf dem 8. Bürgerinitiativen-Verkehrskongreß, der vor kurzem in Frankfurt stattgefunden hat, wurde ein Benzinpreis von 6,– DM gefordert. Die Begründung für diese Forderung ist einleuchtend: Erst bei einem Benzinpreis in dieser Höhe würde das Auto -kostendeckend- fahren, d.h. soviel kostet die Autonutzung tatsächlich bei Berücksichtigung aller vom Autoverkehr verursachten Kosten und Schäden (Unfälle, Umweltschäden usw.).

Car-Sharing zielt dagegen in die entgegengesetzte Richtung. Durch Car-Sharing wird das Autofahren billiger; der Anreiz, wegen des (gegenüber dem eigenen Auto) deutlich günstigeren Preisen Bus und Bahn zu benutzen, wird geringer.

Im Interesse der Umwelt ist Mobilität ohne Auto das bessere Konzept. Die Bahn, der öffentliche Nahverkehr oder das Fahrrad sind oft sehr gute Alternativen zum Auto.

Mit umweltfreundlichen Grüßen
Roswitha Müller (ConsumentenBund, Köln)

STATTAUTO BERLIN

Zentral – Dezentral

Das Interview mit Rainer Gruchen (CONTRASTE 11/91) hat zwar zur Versachlichung der Diskussionsatmosphäre beigetragen, die Diskussion selbst jedoch nicht sonderlich vorangebracht. Wirklich kritische Fragen waren allerdings auch nicht zu erwarten, wenn der Interviewer Mitarbeiter ausgerechnet der Organisation ist, die die Genossenschaftsidee mit dem VCD-BuVo ausgearbeitet hat. Hier wäre der Redaktion ein bißchen mehr Mut und Fingerspitzengefühl zu wünschen.

Ich möchte im folgenden die Argumente, die gegen eine Bundesgenossenschaft Autoteilen sprechen, auf dem neuesten Stand zusammenfassen, als Antwort, und weil sich nach erfolgter Gründung einiges ereignet hat.

Bisher kreist die Diskussion viel zu stark um die Rechtsform, viel zu wenig um die Organisationsform, auf die es eigentlich ankommt. Es ist eigentlich egal, ob das Car-Sharing von einer eG, AG oder KG betrieben wird, wenn es nur gut funktioniert. Auch das Interview löst sich nicht von dieser Folie. Auf die Frage, -wie ein dezentrales Organisationsprinzip bei einer Gesamtgenossenschaft realisierbar sei-, wird lediglich auf die Klärung innerhalb der Genossenschaft verwiesen. Daraus läßt sich schließen, daß der Mitgründer selbst nicht weiß, wie das funktionieren soll. Die inzwischen erfolgte Gründung und die enttäuschten Kommentare einiger Aktivisten sprechen indessen eine deutlichere Sprache. Es sei ein Durchmarsch der Frankfurter, es sei lediglich eine Rhein/Main Genossenschaft mit bundesweitem Anspruch gegründet worden und dergleichen mehr. Die Satzung selbst zeigt sehr deutlich, daß dezentrale Machtausübung kaum vorgesehen ist.

Wir haben uns immer gegen eine Bundesgenossenschaft gewandt, aber nicht in erster Linie gegen den Genossenschaftsgedanken sondern gegen das Zentrale daran.

Ein bundesweiter Träger, welcher Rechtsform auch immer, kann das Car-Sharing nur dann vernünftig organisieren, wenn er mit dem Schweizer Modell arbeitet. Das heißt, es gibt starke Teilergruppen oder Stationen, die die gesamte Autowartung und die Mitgliederwerbung und -betreuung übernehmen. So weit so gut. Zum Schweizer Modell gehört aber auch die schriftliche Buchung, mit ihren Nachteilen: Keine Verlängerung möglich und zwei Gänge pro Fahrt. Die Auslastung der Wagen ist in diesem Modell geringer, da der Zugriff wegen der umständlichen Buchung nur auf wenige Autos möglich ist. Denn niemand wird zu mehreren Stationen gehen, um sich in eine Liste einzutragen. Je geringer die Zahl der zur Verfügung stehenden Autos ist, desto niedriger ist die Auslastung, was letztlich die Preise emportreibt. Vom Serviceangebot an die Kunden und der Ertragslage her, ist das Schweizer Modell also unterlegen. Dieser Nachteil wird jedoch durch Vorteile wettgemacht, die auf dem Land so groß sind, daß wir dieses Modell dort für das bessere halten.

○ Das Modell ist viel einfacher zu organisieren. Man braucht lediglich einen Buchungskasten, ein Buch und ein Auto. Schon können ein paar Leute das Autoteilen beginnen. Die komplizierteren Aufgaben, wie Versicherung und Fakturierung übernimmt die Zentrale.

○ Da das Modell einfacher ist, können viele Aufgaben ehrenamtlich bewältigt werden. Das senkt die Preise und steigert so die Attraktivität.

○ Das Modell ist weniger störungsanfällig.

Stellt man das private Car-Sharing, wie es in fast jeder Familie existiert, das Car-Sharing im Bekanntenkreis, wie es der VCD-Mustervertrag ermöglicht, das Car-Sharing nach Schweizer bzw. Berliner Modell in einer Reihe, was Service für die Kunden und Aufwand für die Organisatoren angeht, dann ergeben sich vier Car-Sharing Formen, die sicherlich alle ihre Berechtigung an ihrem Ort haben. Die aufwendigste Variante wäre das Berliner Modell. Hier sind die Stationen reine Servicestationen, der Autochef kümmert sich lediglich um die Wartung, die Fahrten werden über eine durchgehend besetzte Zentrale gebucht, die gesamte Organisation erfolgt durch die Betreiber. Die Kunden haben Mitspracherechte.

Nun wird immer wieder angeführt, man könne das Schweizer und das Berliner Modell verquicken, also bei telefonischer Buchung bestimmte Bereiche bundesweit zentral organisieren. Das halten wir für unmöglich!! Warum.

Die Buchungszentrale ist das Herzstück der Organisation. Alle Informationen laufen hier zusammen. Alle absichtlichen oder versehentlichen Fehler der Organisation gehen von hier aus. Dadurch ergibt sich der Zwang zu einer räumlichen Nähe von Buchungszentrale und Management. Die Rechnungslegung ist angewiesen auf die Buchungszentrale, da hier die Daten gesammelt werden. Diese Daten postalisch zu übermitteln ist aufwendig. Ständig entstehen Auseinandersetzungen zwischen Kunden und Management über die Rechnung oder die Buchung. Grundlage für eine vernünftige Auseinandersetzung ist wieder die Buchungszentrale und zwar nicht allein deren Daten sondern auch die Personen, die sie sammeln.

Das arbeiten mit einer Buchungszentrale ist eine effektive aber auch komplexe Aufgabe. Wer soll das tun? Das werden nur Leute tun, die hochmotiviert sind. Da mit Car-Sharing nicht viel zu verdienen ist, (das sei hier einmal in aller Deutlichkeit gesagt. Nur Blinde können übersehen, daß das große Kapital bisher kein Intersse am Car-Sharing zeigt; warum wohl?) müssen diese Leute anders motiviert werden. Auf Dauer ist das nur möglich, wenn diese Leute selbstbestimmt arbeiten d.h. wirtschaften können. Eien Zentrale ist hier überflüssig.

Als mögliche Aufgabe einer Zentrale wird immer wieder der zentrale Autoeinkauf angeführt. Dazu ist eine Zentrale aber nicht hilfreich. Die Autoproduzenten interessieren sich nicht für die Abnahmemengen einer Car-Sharing Organisation auch nicht einer bundesweiten. Wenn der ECS den Kauf von 400 Autos im Jahr 92 anbietet, steigen die Rabatte nicht höher, als die, die STATTAUTO ohnehin schon hat. Wichtig wäre, die Autoindustrie für ein Engagement fürs Car-Sharing aus Marketinggründen zu erwärmen, was aus naheliegenden Gründen schwierig ist. In jedem Fall kann ein Dachverband diese Aufgabe genau so gut lösen, wie eine Zentrale.

Wir meinen, daß das Car-Sharing eine enorme Zukunft hat, daß es die moderne Form der Autobenutzung ist. In zehn Jahren werden 15% aller AutofahrerInnen shared Cars benutzen. Demgegenüber sind die 140.000 Fahrzeuge der heutigen Autovermieter marginal. Eine solch riesige Aufgabe kann jedoch nicht eine zentrale Organisation leisten, schon garnicht eine Genossenschaft. Nur viele einzelne Initiativen oder eben Unternehmen, können die benötigten Mittel an Kapital und Menschen aufbringen. Der Markt und die Lobby, die dadurch entsteht, wird davon leben, daß Autofahren immer teurer und stressiger wird. Nur kleine Initiativen können zudem die Identifikation der Mitglieder mit der Organisation gewährleisten, die zu erreichen, oberstes Gebot jeder Car-Sharing Unternehmung sein muß. Innerhalb der Car-Sharing Bewegung kann eine Bundesgenossenschaft natürlich auch ihren Platz haben. Nur finden wir es schade, daß Leute, die in der Linken einigen Einfluß haben, diesen nicht für einen großen Entwurf einsetzen, sondern ihre Kräfte wieder einmal in linkem Eckenstehertum verschwenden. Dieser Mangel an realistischer Phantasie bringt den linken Spießer hervor, dem es vor allem darauf ankommt, Recht zu haben. Spaltung und Pöstchenjagd sind die Folgen.

Der VCD hat es verstanden, nicht nur die Leute, die Erfahrung im Car-Sharing haben, zu vergrätzen, sondern auch direkt auf der Gründung der Bundesgenossenschaft, die Abspaltung der aktivsten Mitarbeiter in Kauf zu nehmen, indem gerade die Vertreter der kleinen Städte, um die es doch so zu tun war, völlig untergebuttert wurden. Dem Schlag ins Gesicht folgt nun der Schlag ins Wasser. ●

Carsten Petersen, Berlin

INFORMATIONSPRÄSENTATION & NACHRICHTENSELEKTION

MAILBOX

Brett vorm Kopf?

Einst trat die Informationstechnik mit dem Anspruch auf, die wachsenden Informationsfluten überschaubar zu präsentieren. Ganze Heerscharen von Softwarenentwicklern, Theoretikern und Datenbankbetreibern beschäftigen sich seitdem mit Software-Konzepten, die eine menschengerechte Nachrichtenselektion zum Ziel hat. Hypertext gehört in diesem Zusammenhang zu den eher futuristischen Visionen einer Technikentwicklung, die paradoxer Weise im Ruf steht, die sozialen Fähigkeiten zu überfordern – aber dennoch weit hinter dem steht, was technisch diskutiert und anwenderseitig auch sinnvoll wäre.

von Jürgen Wieckmann, Hamburg ● Trotz allem: Die Ergebnisse der Software-Entwicklung lassen sich durchaus sehen – haben aber den Effekt, daß die Informationsfluten in Megabyte-Sprüngen von Jahr zu Jahr anschwellen. Informationstechnik stimuliert die Nachrichtenquantität.

Daß die Teilnehmer eines neuen Systems zunächst mit Informationsgeröll konfrontiert werden, braucht in diesem Zusammenhang nicht weiter diskutiert zu werden. Dieser Zustand erledigt sich im Laufe der Zeit von selbst. In jedem Informationssystem pegeln sich durch soziale Mechanismen und das Prinzip von Angebot und Nachfrage eine von allen TeilnehmerInnen akzeptierte -mittlere Informationsqualität- ein.

Das Problem der Nachrichtenselektion wird erst dann relevant, wenn ein Netzwerk Informationen vorhält, die tatsächlich gebraucht und genutzt werden, für die es einen praktischen Bedarf gibt. Ein System wie Zerberus fördert dabei den psychologisch negativen Effekt, auf der einen Seite mit kaum überschaubaren Informationsquantitäten überrollt zu werden, verbunden mit dem Gefühl, wesentliches zu übersehen oder Entscheidendes zu versäumen. Das ist allerdings kein spezifisches Zerberus-Phänomen, sondern eine allgemeingültige Situation der in einer Informationsgesellschaft lebenden Menschen. Die Frage ist, inwieweit technische Konzepte dazu beitragen können, diesem subjektiv Gefühl entgegenzuwirken – zumindest, es nicht noch zusätzlich zu stimulieren.

Traditionell werden in Mailbox-Netzen sogenannte -Bretter- angeboten, öffentlich zugängliche Speicherbereiche eines Informationssystems, in dem Nachrichten zum Abruf vorgehalten werden. Grob unterteilt, kann man von quellenorientierten und themenorientierten Brettern sprechen. Quellenorientiert heißt, ein Informationsanbieter beschickt ein bestimmtes (sein) Brett mit thematisch unterschiedlichen Informationen. Themenorientiert heißt, die InformationsanbieterIn muß seine Nachrichten verschiedenen Brettern, sprich Rubriken, letztlich vorgegebenen Stichworten, thematisch zuordnen.

In der Regel wird themenorientiert angeboten. Das hat den Vorteil, zu einem bestimmten Thema Informationen von sehr unterschiedlichen Quellen im thematischen Zusammenhang vorhalten zu können. Im Gegensatz zum quellenorientierten Angebot, ist die Nachrichtengebung weniger einseitig. Wer themenorientiert arbeitet – und das sind die meisten – steht beim quellenorientierten Angebot vor dem Problem, sich durch etliche Bretter hangeln zu müssen – um sich Dokumente von verschiedenen InformationsanbieterInnen zu einem bestimmten Thema zusammenzusuchen. Insofern hat eine themenorientierte Präsentation zweifelsohne erhebliche Vorteile.

Allerdings wird bei diesem Vorgehen der Versuch unternommen, innerhalb eines Netzes datenbankähnliche Strukturen aufzubauen. Eben dies ist, rein technisch, zum Scheitern verurteilt, denn Mailbox ist keine Datenbank, in einem ohnehin nur abstrakt und mental erfaßbaren Informationssystem konfrontiert wird. Darüber hinaus stellt sich immer wieder das Problem einer möglichen Mehrfachzuordnung. Ein Beitrag über Frauen die sich mit Computertechnik an Friedensaktionen beteiligen, kann unter Frauen, Informatik oder Frieden abgespeichert werden. Würde das jemand so tun, produziert er laufend Doubletten, die das Netz unnötig belasten.

Der durchaus löbliche Versuch von Comlink, einer einheitlichen Stichwortdatei – sie wird ständig verändert werden, etwa, weil neue thematische Schwerpunkte gesetzt werden – neue Zusammenhänge entstehen. Es ist abzusehen, daß ein großer Teil der Energie auf Diskussionen über die richtige Stichwortvergabe (Brettstrukturen) draufgeht. Auf der anderen Seite stehen AnwenderInnen. Selbst geübte NutzerInnen brauchen eine gewisse Zeit, bis ihnen die Struktur eines Systems geläufig ist. Bis die letzte AnwenderIn nicht mehr nachdenken muß, wo welche Information liegt – gehen etliche Monate ins Land. Doch in dieser Zeit, dafür gehe ich jede Wette ein, wird sich eine Brettstruktur schon wieder mehrfach verändert haben. Ergonomisch ist das eigentlich nicht sehr sinnvoll.

Das Problem läßt sich nur grundsätzlicher fassen. Das sogenannte Store-and-Forward-Prinzip bei Mailbox-Netzen verführt immer wieder zu einer Praxis, die Mailboxen wie Datenbank-Systeme zu nutzen. Store-and-Forward-Prinzip heißt, eine Information wird nicht direkt dem Empfänger zugestellt, sondern zur Debatte stellen. Mailboxtechnik umfaßt sehr verschiedenartige Möglichkeiten der Kommunikation. Entsprechend müssen die einzelnen Bereiche gesondert erörtert werden. Im folgenden möchte ich einige Bereiche ansprechen:

1. Privater Nachrichtenaustausch;
2. Datenbank und Informationsrecherche;
3. Organisation, Benutzergruppen, projektorientierter Nachrichtenaustausch;
4. Öffentliche Diskussionen, allgemeiner Nachrichtenaustausch;
5. publizistische Dienstleistungen.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Privater Nachrichtenaustausch

Die Behauptung, Fax sei eine wirtschaftlich erfolgreiche Fehlentwicklung, gehört zu den in der Regel belächelten Minderheiten-Meinungen. Gleichwohl zeigt sich in den technischen Entwicklungen ein interessantes Phänomen. Fax-Karten für PC's erfreuen sich zunehmender Beliebtheit. Entsprechend wird auf der EmpfängerInnenseite immer wieder der Wunsch geäußert, empfangene Faxe auf dem PC weiterverarbeiten zu können. Weiterverarbeiten heißt nicht, ein -kryptisches Grafik-Format- speichern und ausdrucken zu können, sondern, beispielsweise, übertragene Texte mit einer Textverarbeitung bearbeiten zu können. Der Gedanke liegt nahe, mit Einlesegeräten (Scannern), eine Papiervorlage in maschinenlesbare ASCII-Code umzuwandeln. Das mag technisch ein überaus reizvolles Projekt sein – die Frage sei erlaubt, warum nicht gleich ein Protokoll genutzt wird, das die Datenübertragung von PC zu PC unterstützt ohne zwischen Fax-Pixeln und Ascii-Code hin und her convertieren zu müssen.

Einer der Gründe, warum die direkte PC-Übertragung eher ein Mauerblümchen-Dasein fristet, liegt in der überaus benutzerunfreundlichen Dfü-Software. Andererseits stellt sich die Frage, warum private Nachrichten durch ein kompliziertes Mailbox-Netz gepolt werden müssen. Das innerhalb des Netzes, durch Sammlung und Bündelung der Nachrichten eine preiswerte Übertragung möglich ist, steht außer Frage. Das gilt aber nur für das Netz.

Weil die verschickte Nachricht vom Empfänger abgeholt werden muß, entsteht real eine Kostensituation, die um den Faktor zwei/drei höher liegt, als beim direkten Versand. Sender und Empfänger zahlen jeweils 0,23 DM, demnächst 0,25 DM. Betriebswirtschaftlich gerechnet, ist das Store-and-Forward Verfahren also ein vergleichsweise teures Vergnügen. Es entstehen Telefongebühren von insgesamt 0,46 (0,50) DM, zuzüglich eines nicht berechenbaren Anteils, der durch die Nutzung des bundesweiten Mailboxnetzes entsteht. Ich möchte gerne realistisch kalkulieren. Ein Netz, dessen wesentliches Fundament die sicher symphatische Selbstausbeutung diverser Sysops ist, hat m.E. langfristige pragmatische Nutzungskonzepte nur sehr eingeschränkt möglich gemacht. Würde man also Unterhaltkosten, Telefongebühren aller bei der Verteilung meiner Privatmail beteiligten Netzknoten betriebswirtschaftlich berechnen, ich denke, man käme sehr günstig weg, wenn man pro Mail nochmal 0,23 DM für die Netzwerkbenutzung unterstellt. Exakt läßt sich das leider nicht berechnen – Sonne mal Fensterkreuz käme ich eventuell auf etwa 0,75 DM pro Mail – im Gegensatz zu dreiundzwanzig Pfennig im Direktverbund. Die Funktionalität der Mailboxen als -verhinderte Datenbank- habe ich Eingangs ausführlich erörtert. Man wird also früher oder später dazu übergehen müssen, Datenbank-Systeme als externe Rechner an ein Mailboxnetz anzukoppeln. Der Befehl -Datenbank- innerhalb der Zerberus-Software weist diesen Weg. Dabei stellen sich eine Vielzahl technischer, aber auch publizistischer Probleme.

Datenbank und Informationsrecherche

Die Kunst, Datenbanktexte zu schreiben, beherrschen die wenigsten JournalistInnen. Der Nutzer einer Datenbank wünscht präzise und kurze Gebrauchsinformation, letztlich ein elektronisches Nachschlagewerk.

Eine weitere Frage ist, welche Zukunft sogenannte Online-Datenbanken haben und welche Datenbestände auf einer OnlineDatenbank überhaupt sinnvoll plaziert sind. Dazu gehören sicherlich Adreßbestände, etwa -die gelben Seiten- verschiedener Projekte, aktuelle Umweltdaten, eine Art Netzwerk-Adressen-Auskunft – auf keinen Fall Diskussionen und nur in Ausnahmefällen eine Textdokumentation. Dies krankt an einem generellen Problem, das bislang nur theoretisch gelöst ist. Bei allen derzeit benutzten Systemen, müssen Suchanfragen formuliert werden, die dann mit dem Datenbankinhalt stichwortmäßig abgeglichen werden. Wenn man Glück hat, führt die Suchbedingung zur gesuchten Information. Doch daß bei diesem Verfahren relevante Informationen zu Tage gefördert werden ist bestenfalls wahrscheinlich, denn, wenn ein Begriff in einem Dokument vorkommt, ist dies noch lange keine Gewährleistung, daß er im richtigem Zusammenhang gefunden wird.

Organisation, Benutzergruppen, projektorientierter Nachrichtenaustausch

Hier kommen wir in einen Bereich, wo die Mailbox-Nutzung, wie sie derzeit angelegt ist, ihren Sinn haben kann. In Punkto Organisation wird ein Mailbox-System natürlich nur dann unterstützend eingesetzt werden können, wenn funktionsfähige Organisationsstrukturen unabhängig von der Technik sozial eingespielt sind. Ansonsten ist das Medium Mailbox nur dann sinnvoll, wenn geschlossene Benutzergruppen projektorientiert arbeiten. (Über die publizistischen Aspekte, also, die allgemeine Nachrichtenverbreitung, später mehr.) Beliebt sind zwar die Diskussions- und Forumsbretter – allerdings nur im Sinne von -andiskutieren-.

In dem Augenblick, wo eine Diskussion in die Tiefe geht, wird das -sich zur Schrift melden- äußerst umständlich und schafft vielfach erhebliche Verwirrung, bis hin zu den berühmten -Kommunikations-Kolbenfressern-, wo schließlich nichts mehr geht. Insofern erscheinen mir Diskussionsbretter nur dort sinnvoll, wo es um Vorklärungen geht, etwa zur Vorbereitung von Tagesordnungen und Gesprächthemen auf Konferenzen. Wenn's ans Eingemachte geht, sind der Entscheidungsfindung auf Netzen enge Grenzen gesetzt. Mailbox-Technik, das ist eine uralte Erfahrung, stimmuliert die Reisetätigkeit – und das ist auch gut so.

Ansonsten ist Mailbox ein -Special-Interest-Medium-, sinnvoll für den spezialisierten InformationsAUSTAUSCH. Im Sinne einer -elektronischen Zeitung-, im Sinne eines -globalgalaktischen Lesemediums-, hat Mailbox keine Chance. Welche Anwendungen im Rahmen dieser Special-Interest-Groups gefahren werden, hängt natürlich entscheidend von den Aufgaben und daraus folgende, dem Kommunikationsziel ab.

Das können gruppeninterne Rundbriefe, ein Dienstmeldungsverkehr oder eine Terminbörse sein. Mal unabhängig von urheberrechtlichen Bestimmungen, ist es z.B. auch denkbar, über diesen Weg, der Allgemeinheit interessante Datenbank-Recherchen zur Verfügung zu stellen. Und auch wenn Werbung auf Netzen verpönt ist – innerhalb von Special-Interest-Groups ist es durchaus sinnvoll, ein Brett zu haben, wo die Teilnehmer Produkte und Preise verschiedener Hersteller vergleichen können. Dies sind nun in der Tat nicht unwichtige Gebrauchsinformationen, die den Informationswert eines Netzes durchaus verbessern könnten. Ich verstehe nicht, warum es Kreise gibt, die mir als User derartige, manchmal sehr wichtige Informationen, vorenthalten wollen.

Man muß allerdings darüber nachdenken, in welcher Form Produktinformationen präsentiert werden können. Lästig und abzulehnen sind Reklametexte, die keinen Informationswert haben, nach dem Schrotflintenprinzip auf die Box verstreut werden bzw. ein Verfahren, bei dem Reklame in persönliche Postfächer geschaufelt wird. Außerdem braucht es Kriterien für solide Produktinformationen. Dazu gehört m.E.:

a) Produktbeschreibung, Leistungsprofil;
b) Bezugsquelle, Bezugsbedingungen, Lieferfristen;
c) Kaufpreis.

Wenn man sich hier mal konstruktive Gedanken macht, erschließt sich ein Nutzen für die User und eine Geldquelle für Sysops.

Eine sinnvolle Einrichtung ist beispielsweise auch ein Abstract-Brett. Da ich nun bekannt (und gefürchtet) bin, für Beiträge mit Überlänge, erscheint es mir nutzerfreundlich, derartige Riemen als Abstract in einem solchen Hinweisbrett anzubieten. Eine UserIn kann diese Abstracts überfliegen, und sich dann, in einem zweiten Schritt, für die Beiträge entscheiden, die ihn nun wirklich interessieren. Ein solcher Abstract sollte nicht länger als 15 Zeilen sein, das Datum, einen Hinweis auf das Brett, die Länge des Beitrags und den AutorInnen-Namen enthalten.

An dieser Stelle bin ich auch durchaus bereit, mich mit der Brettstruktur anzufreunden, jedenfalls dort, wo sich um ein Nachrichtenangebot à la Comlink echte NutzerInnen gruppieren, also nach einem Bedarfskonzept. Wenn -meine- User 500 Bretter ernsthaft brauchen, dann sollen sie die auch kriegen.

Würde man Bretter nur nach einem konsequenten -Bedarfskonzept- anbieten, müßten auf Zerberus mindestens eine halbe Millionen NutzerInnen sitzen. Anders formuliert: Für mein Gefühl haben wir derzeit ein Ungleichgewicht zwischen angebotenen Brettern und projektorientiert arbeitenden Gruppen. So schön die Comlink-Struktur auch sein mag – sie erscheint mir zu theoretisch – auch wenn sie sehr konsequent und klug durchdacht ist. Als Sysop würde ich mich auf eine solche Struktur erst dann einlassen, wenn vor meiner Tür soundsoviel Gruppen stehen, die mir die Hölle heiß machen, weil sie ohne dieses Nachrichtenangebot einfach nicht mehr leben können – dieses für ihre konkrete Arbeit dringend benötigen. Die Bretteranzahl ist -bedarfsorientiert- und nicht -angebotsorientiert- wachsen zu lassen – es ist also bewußt in vorhandene NutzerInneninteressen zu integrieren.

Öffentliche Diskussion, allgemeiner Nachrichtenaustausch

Unter dieser Rubrik würde ich z.B. das bereits erwähnte Abstract-Brett laufen lassen. Diverse Aktualitäten-Dienste und gegebenenfalls Quellenorientierte und kostenlose Nachrichtenangebote – z.B. ein MIK-Magazin, Chalisti, Informationsdienste von Umweltgruppen, Pressemitteilungen von Verbänden gehören hier rein.

Publizistische Dienstleistungen

Mailbox ist ein Sendemedium – das ist schon mehrfach gesagt worden. Wer in einer Mailbox publiziert, möchte Gedanken verbreiten, möchte gelesen werden, Informationen zur Verfügung stellen, Diskussionen auslösen.

Fortsetzung Seite 8

FORTSETZUNG: BRETT VORM KOPF

MAILBOX

Das funktioniert nur so lange, wie das gesamte Informationsangebot auf einem Netz für die einzelnen TeilnehmerInnen überschaubar bleibt. Nimmt die Nachrichtendichte zu – und das zeichnet sich ja schon jetzt ab – versinkt die einzelne Nachricht im allgemeinen Informationsgeröll und wird im ungünstigsten Fall überhaupt nicht mehr wahrgenommen. Es werden zum Schluß nur noch Bit's hin und her geschoben.

Im Zusammenhang mit dem kläglichen Ende der -phönix-Nachrichtenagentur, gab es hier in Hamburg einen kleinen Kreis von Personen, der darüber nachgedacht hat, welche organisatorischen, technischen, redaktionellen und finanziellen Voraussetzungen geschaffen werden müssen, damit solchen, die Übernahme in Printmedien allerdings Honorarpflichtig zu machen. Das setzt auf die Ehrlichkeit der KollegInnen in den Printmedien, bislang funktioniert das auch verhältnismäßig gut. Da solche, auf den Netzen verbreiteten Beiträge nicht mehr Exklusiv verwertet werden können, empfiehlt sich ein Honorarsatz für -Zweitverwertung-. Dafür gibt es übrigens auch Tabellen.

Wie gesagt, es handelt sich um einen Kompromiß, der auf die Ehrlichkeit setzt – andererseits auch den Nachteil hat, durch ein Nachrichtenterminal zu ersetzen. Dieses Nachrichtenterminal besteht aus einer ganz ordinären DOS-Maschine, die rund um die Uhr am Netz hängt und in der Lage ist, Nachrichten im Hintergrund aufzunehmen. Das allein mag noch nicht berauschen, das Entscheidende ist die durchdachte Benutzeroberfläche, die es selbst einer ungeübten SekretärIn ermöglicht, zielsicher Nachrichten zu selektieren. Das Produkt heißt NewsLine, wurde vom Hamburger Softwarehaus -Softcontrol- entwickelt und ist in fast allen Redaktionen installiert. Besonders bei Rundfunkanstalten, wo die Meldungen im Halbstundentakt verfrühstückt werden, ist ein solches Nachrichtenterminal, wo der/die RedakteurIn im Vordergrund Meldungen bearbeitet, während hinten neue reinkommen – eine wirkliche Arbeitserleichterung.

Dies brachte uns im Rahmen des Pilotprojekts MIK-Magazin bei GeoNet auf den Gedanken, einen Server zu basteln, der in der Lage ist, ein solches Nachrichtenterminal zu beschicken. Als die Verkaufsleitung davon Wind bekam, zog sie auf dem kurzen Dienstweg die Notbremse. Verständlich, wenn man den wirtschaftlichen Hintergrund kennt, der kurz erläutert werden soll.

dpa bot, und bietet teilweise noch heute, sogenannte Sonderdienste an. Das sind auf Papier verbreitete Nachrichtenselektionen, zusammengestellt von einer Redaktion. Diese Dienste erscheinen vier- bzw. zweimal im Monat und kosten, inklusive Verwertungsrechte, zwischen 50,– und 90,– Mark. Unabhängig von der Nachrichtenqualität ein Preis, der im Prinzip auch von einer SchülerInnenzeitung gezahlt werden könnte.

Seit etwa 1985 wird eine andere Strategie verfolgt. Man erfand die dpa-Selektion. Das ist im Prinzip eine große Datenbank, in der das gesamte dpa-Geröll reinläuft und vergleichsweise gut strukturiert wieder rausgeholt werden kann. Mit Blick auf diese Sonderdienste wurde nun argumentiert, daß es sich für eine Nachrichtenagentur nicht geziemt, Nachrichten -wochenweise- rauszulassen. Eine Agentur lebt vom Tagesgeschäft. Das zweite Argument war, daß diese Sonderdienste ohnehin nur handverlesene Meldungen aus dem gesamten dpa-Angebot seien – und dies könne ebensogut von einer Datenbank geleistet werden. Entsprechend wurde den KundInnen angeboten, sich ein sogenanntes KundInnenprofil zusammenstellen zu lassen, was dann täglich über den dpa-Datenbestand krabbelt und gewissermaßen -wurmmäßig- einen tagesaktuellen Sonderdienst zusammenzimmert. Das klingt reizvoll – die Ernüchterung kommt allerdings, wenn man die Informations-Verteuerung betrachtet, die dieses Technik-Konzept schlußendlich erbrachte.

Ein Kundenprofil, also die Zusammenstellung der Stichworte, ist bei dpa pro Monat nicht unter 1.500 Mark zu haben. Des weiteren benötigt man ein NewsLine, welches mit 1.990,– DM plus MwSt zu Buche schlägt. Da das ganze auf Datex läuft, bedarf es eines Datex-P-Hauptanschluß, Grundgebühr derzeit rund 300,– Mark pro Monat, zuzüglich der Kommunikationskosten. Sonne mal Fensterkreuz kostet mich die gleiche Information, die ich in den papierenden Sonderdiensten für rund 70,– Mark kriege, bei dpa-Selection mindestens 3.000,– Mark pro Monat, die einmaligen Investitionskosten mal außen vor gelassen. Die Schülerzeitung hat keine Chance mehr, dpa zu beziehen. Ein besseres Beispiel für die Zwei-Klassengesellschaft, als Folge der Verkapitalisierung von Information, ist mir noch nicht untergekommen.

Die Verbündeten sind an dieser Stelle nicht unbedingt die sogenannte Alternativ-Szene, sondern die Lokalpresse, die kleinen privaten Radiosender, Fachpublikationen und Zeitschriften mit kleiner Auflage. Mit durchdachten redaktionellen Konzepten, einer entsprechend ausgelegten Software und angemessenen Preisen für Information und -Netzwerk-Instandhaltung-, halte ich es durchaus für realistisch, langfristig Wege zu erschließen, die die Printmedien vom Informationsmonopol der Agenturen abnabeln und Alternativen anwendungfähig fortzuentwickeln – zumindest Ideen zu -generieren-, die in dieser Richtung eine Eigendynamik auslösen könnten.

Konkret:Mailbox-Betreiber, die dies als Hobby betreiben, stossen irgendwann an finanzielle Grenzen. Um seinen privaten Usern möglichst kostenlose Dienstleistungen anbieten zu können, muß er von irgendwo her das Geld bekommen. Sponsering-Modelle schaffen Abhängigkeiten, übergeordnete Vereine provozieren in Geldangelegenheiten schnell Verteilungskämpfe, für Werbeeinahmen sind bei Mailboxen noch keine Konzepte entwickelt, die sowohl dem User, dem Sysop als auch dem werbenden Vorteile bringen. Da ist noch viel Gehirnschmalz erforderlich. Mit Mailbox reich werden kann man nicht – aber man sollte sich darüber Gedanken machen, wie man dieses Hobby so finanziert, daß am Ende zumindest Plus/Minus-Null rauskommt, inklusive der Kosten für Reparaturen oder Neuanschaffungen, die die Qualität des Systems verbessern. Hier wird man viele unterschiedliche Ideen entwikkeln müssen – eine, aus dem publizistischen Bereich, sei kurz skizziert.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Das Modell, was sich im Rahmen des GeoNet-Feldversuchen mit dem MIK-Magazin entwickelt hat, könnte durchaus auch für private Mailboxen von Interesse sein. Unter der Voraussetzung, daß es überhaupt marktfähige redaktionelle Dienstleistungen auf Mailboxen für Printmedien gibt, könnten diese über freien Journalismus finanziert werden, wenn man die marktüblichen Preise zugrundelegt. Der Redaktion stehen mehrere Beiträge zur Auswahl, wobei sie für das Gesamtangebot nur soviel zahlt, wie üblicherweise für nur einen dieser Beiträge. Durch die breite Streuung auf mehrere Redaktionen, wenn dies denn gelingt, ist die anbietende Redaktion gleichzeitig in der Lage, den Autoren höhere Honorare zu zahlen, als dies etwa bei der Taz oder einigen Computerpostillen üblich ist.

Die Mailbox- und NetzbetreiberInnen wären in diesem Modell wie der Buchhandel zu betrachten – also, mit 40% vom Abopreis zu beteiligen – und zwar PRO ABO. Die Redaktion nimmt gegenüber dem MailboxbetreiberInnen die Rolle eines Verlages ein. Entsprechend gelten Preisbindungen, damit sich die Mailbox-Betreiber nicht gegenseitig unterbieten.

Die Sache hat natürlich einen Haken. Ein Mailbox-Betreiber empfängt einen solchen Dienst einmal und verteilt ihn, durch kopieren, mehrfach an andere. Damit ist es ihm prinzipiell möglich, den Dienst sozusagen zu unerlaufen. Eine Reaktion kann sein, parallel dazu eine Abonnenten-Liste zu führen. Der Dienst hat somit die Möglichkeit zu überprüfen, bei welchen Printmedien Abdrucke -schwarz- erscheinen. Das wäre eine Aufgabe der VG-Wort. Aber, man muß ja nicht immer gleich das schlechteste unterstellen.

Ein solches Modell kann m.E. auch nur langfristig auf die Schiene gesetzt werden. Es bedarf eines gemeinsamen Vorgehens, vieler Gespräche zwischen potentiellen Abnehmer-Redaktionen, technischer Intelligenz und mit Software-Entwicklern. ●

LINKSysteme sind unter folgenden Telefonnummern zu erreichen:

Wuppertal:	(0202) 47 30 86	Göttingen:	(0551) 770 34 83	München:	(089) 356 60 77
Köln:	(0221) 55 83 36	Darmstadt:	(06151) 71 21 77		(089) 430 98 59
Aachen:	(02408) 65 27	Mannheim:	(0621) 86 14 93	Nürnberg:	(0911) 45 27 77
Heinsberg:	(02453) 13 78	Möckmühl:	(06298) 72 62		(0911) 80 55 77
Berlin:	(030) 626 34 60	Saarbrücken:	(06831) 4 12 14	Regensburg:	(0941) 79 28 53
	(030) 65 61 71	Frankfurt:	(069) 73 60 31	Weiden:	(0961) 3 79 85
Hamburg:	(040) 279 84 98	Crailsheim:	(07955) 30 84	Bad Ischl:	(0043-61 32) 45 90
Hannover:	(0511) 458 21 05	Lörrach:	(07762) 31 44	Wien:	(00421) 586 04 09
	(0511) 73 21 77		(07627) 82 18		

PROTOKOLL

TUWAT Komputerfriektreffen Berlin 12.10.1991

Nachdem sich in einer 2-stündigen Sitzung einige Themen herausgeschält hatten, die in der Zukunft vertiefend zu bearbeiten sind (Siehe Presseerklärung und Arbeitspapier), begann nach der Mittagspause eine schleppende Diskussion, die hauptsächlich im Abgeben von Statements bestand.

Einige Punkte hieraus erscheinen mir jedoch überliefernswert und ich werde sie im folgenden frei zusammenkompillieren.

a) **Alternative Nutzung von Komputern:**
Simmulation, Meßwerterfassung -ökologischer- Daten – als Datenbank, wie jetzt mit dem Berliner Mietverein zur Erfassung leerstehender Wohnungen begonnen. Dieses Beispiel zeigt, daß in vielen Fällen die -alternative- Nutzung darin besteht, existierende Systeme dadurch neuen sozialen Gruppen zugänglich zu machen, daß bestehende Systeme dubliziert werden, da der Zugriff auf sie nicht gegeben ist – das wären in diesem Beispiel die Daten der Elektrizitätswerke.

b) **Zum Kommunikationsaspekt:**
Hier konnten wir vor allem aus den Erfahrungen der USA lernen. Stichwortartig:
CBBS – Community Bulletin Board Systems, vor ca. 6 Jahren in Chikago entstanden.
EIES – Electronic Information Exchange System. Ein experimentelles System auf einem Dinosaurier der Universität Newark/New Jersey. Als nationales -Suchbaumsystem- über Telefon hauptsächlich von Wissenschaftlern genutzt.
Communitree – Vor ca. einem Jahr dem EIES nachgebildetes System auf einem Apple implementiert. Benutzerfreundlicher als die CBBS Systeme und dazu konzipiert, -Infothek- zu speziellen Themen zu sein.
Community Memory Project – Hervorgegangen aus einem Experiment 1975/76, bei dem robuste Terminals in öffentlichen Plätzen installiert wurden. Der 1 1/2 jährige Feldversuch zeigte, daß diese Möglichkeit von der Community phantasievoll genutzt wurde. Es ist geplant, nach Art von Flippern solche Terminals in Kneipen etc. zu installieren. Diese Gruppe gibt das äußerst lesenswerte -Journal of Community Communications- heraus. Beheimatet in Bercley/SA

Diese 4 Namen stehen für Systeme, die dazu gedacht sind, einen Informationsaustausch zwischen Personen/Gruppen zu ermöglichen, die sich nicht zur gleichen Zeit am gleichen Ort versammeln und auch nicht zur gleichen Zeit ihr Ohr am Telefon haben – sondern Zeitverschoben kommunizieren können. Dabei muß unterschieden werden zwischen öffentlichen Dienstleistungsinformationen (der Hauptaspekt der CBBS-Systeme), die von allgemeinem Interesse sind und privater Kommunikation, die zwischen zwei Teilnehmern bzw. einer fest umrissenen Gruppe stattfindet (Durch Passwords oder dergleichen). Damit wird der Problemkreis -Verschlüsselung- der Daten wichtig.

Es kann festgestellt werden, daß die Herangehensweise an die neuen Kommunikationssysteme äußerst blauäugig ist – es ist nicht schwer zu prognostizieren, daß in einigen Jahren von Großkonzernen Datenbanksysteme regelmäßig nach verwertbaren Informationen, Anregungen, Erkenntnissen zu durchforsten.

Gesellschaftliche Aspekte:

Es ist klar, daß staatliche und halbstaatliche Datenbanksysteme durch fortschreitenden Datenverbund immer perfektere Sozialsteuerung ermöglichen werden dadurch, daß mögliche Konfliktherde -im Vorfeld- diagnostiziert werden und gezielt mit Befriedungstaktiken politisch gegengesteuert wird. Die Hausbesetzerszenerie sehe ich als -Betriebsunfall- bzw. am konkreten Fall beantwortbar zu sein – manchmal so, manchmal anders. Oder kurz: Wer hat den größeren Nutzen: Die Informationsverbreiter oder die Informationsüberwacher?

Soviel zu den inhaltlichen Punkten der Diskussion. Es wurde beschlossen, das nächste Treffen anläßlich der Systems in München zu veranstalten. Die Hamburger Gruppe hat schon letzte Woche eine Pressemitteilung über das Berliner Treffen an alle wichtigen Fachblätter versandt, so daß darüber möglicherweise neue Interessenten auftauchen werden. ●

Tom Twiddlebit, Hamburg

ZUR DISKUSSION UM DAS MEDIUM MAILBOX

Abteilung »Utopien«

Das war unsere Zukunftsvorstellung: 20 Mailbox-Knoten im Bundesgebiet, alle dezentral vor Ort arbeitend, mit möglichst schnellen Modems vernetzt. Je nach Region und Interesse des Systembetreibers gibt es unterschiedliche Schwerpunkte: Hier Menschenrechte, hier Theoriediskussion zum Sozialismus, dort Energiesparen, Behindertenarbeit, Jugendpresse... Leute, die an einem Thema interessiert sind, können sich übers Netz austauschen, Kontakte werden geknüpft, nach den Daten reisen die Menschen...

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Von Gabi Hoofacker, München ● Als wir 1987 mit einer kleinen Mailbox (XT, 20 MB-Platte), der LINKS in München, anfingen, fanden wir es ziemlich mutig, das Ding »Linkes Internationales Netz- und Kommunikations-System« zu nennen. Unsere großen Vorbilder standen in den Staaten – inzwischen tauschen wir via APC mit ihnen Nachrichten aus und können über GreenNet, London, private Mails nach Finnland (hallo Mika!), Nicaragua oder Australien versenden.

Die Utopie des alternativen, linken Netzes – sie ist weitgehend verwirklicht. Wir haben ein weitgespanntes, dezentrales Netz, das allen Unkenrufen zum Trotz funktioniert. In unserem Netz arbeiten Menschen mit politischem und ökologischen Arbeitsschwerpunkt zusammen (wo gibt es das derzeit in dieser Republik sonst noch?). Viele Gruppen und Einzelpersonen haben sich dem Netz angeschlossen, einige als aktive Sender, die meisten als Nutzer und Mulitplikatoren des Informationsangebots: Radioinitiativen, Alternativzeitungen, Klima-Gruppen, Bürgerinitiativen, Ortsverbände, Männergruppen...

Das ganze funktioniert mit einer Organisationsstruktur, die sich weitgehend im Hintergrund hält: dem Trägerverein der LINKSysteme, Kommunikation und Neue Medien e. V. (seinerseits Mitglied im Dachverband ComLink). Er versucht, technische und, wenn nötig, finanzielle Hilfestellung zu geben, um den einzelnen LINKSystemen möglichst autonomes Arbeiten zu ermöglichen, druckt Flugblätter, Handbücher, Referenzkarten für die UserInnen. Die eigentliche Arbeit machen die einzelnen Systembetreiber (Sysops) vor Ort: die Userpflege, die Systemwartung, den technischen Unterhalt...

Die Inhalte, genauer, meine Motivation, sich mit der Technik auseinanderzusetzen: die Verbreitung von Nachrichten und Texten, die eben nicht in jeder Tageszeitung stehen.

Nicht umsonst stand als Motto über dem Kongreß in Nürnberg im Oktober 1991: Mit Mailboxen Gegenöffentlichkeit schaffen. Gegenöffentlichkeit heißt für mich:

- Gewalt in dieser Gesellschaft (und anderen) aufzuzeigen – gegen Kinder, Frauen, Menschen ohne deutschen Paß...
- Alltags- und Gegenkultur: Wie kann eine multikulturelle Gesellschaft aussehen?
- ökologische Katastrophen (und deren ökonomische Hintergründe) bekannt zu machen – Bäume haben keine Lobby, und um die Lebensbedingungen der nachfolgenden Generationen müssen wir uns heute kümmern.
- Chancen und Lösungswege aufzuzeigen – nur zu oft fehlt es entsprechenden Ideen an der Öffentlichkeit, weil sie gegen irgendwessen Interessen verstoßen.
- Wissen ist Macht – wer hat wo Zugang zu Information, Wissen, zur Erkenntnis von Zusammenhängen? Und was kostet der Erwerb von Wissen? Das hat viel mit Bildungspolitik zu tun – aber vielleicht auch etwas mit Mailboxen;
- kritische Beobachtung der Innenpolitik: Wie steht es mit der Demokratie in diesem Land?
- der alltäglich Filz: wo kungeln welche Führungseliten auf das für alle Seiten Ersprießlichste miteinander, und wer oder was bleibt dabei auf der Strecke (hier in Bayern ein Dauerbrenner)?
- sozialpolitische Themen: Armut in den (armen und reichen) Ländern.

Wohin wollen wir mit diesem Netz?

In den letzten Jahren haben wir von den LINKSystemen viel Zeit und Energie darauf verwendet, technische und organisatorische Dinge auf die Reihe zu bekommen (Zerberus! Neue Systeme einrichten! Routing-Koordination! Neue gemeinsame Brettstruktur! etc.). Jetzt ist es an der Zeit, eine Verschnaufpause einzulegen. Was wollen wir mit dem Netz anstellen? Wie nutzen wir es am besten? Wie wollen wir es in Zukunft finanzieren?

Zur Beantwortung der Fragen hilft ein Blick in die Praxis. Bisher wird die Netzstruktur (vorher /LINKSYS, jetzt /CL) in folgenden Bereichen genutzt:

1. für den E-Mail-Verkehr (Bereich »private Dienstleistungen«)
2. zum Meinungs- und Erfahrungsaustausch mit Gleich- und Andersgesinnten (Bereich »öffentliche Diskussion«)
3. zum Senden und Empfangen von aktuellen themenorientierten Nachrichten, Pressemitteilungen etc. (Bereich »Infodienst«)
4. Aus (3) entwickelte sich unser themenorientiertes Archiv, das derzeit etwa 40 MB Texte und Infos unterschiedlicher Qualität und Informationsdichte, gesammelt seit 1987, enthält (einzelne Boxen können wegen Plattenkapazität nur einen – aktuellen – Ausschnitt anbieten. In Zweifel beim Sysop nachfragen).

Für die Userin, den User spielt sich (1) im »Persönlichen Fachab, (2) in den »Diskussions-Brettern« von /CL, die es zu jedem Thema gibt, (3) und (4) in den – soeben stark erweiterten – /CL- Themenbrettern.

Wir nannten uns am Anfang »Datenbank von unten«, was zu Verwechslungen führte: Natürlich ist eine Mailbox keine Datenbank, die in Datenfeldern, Datensätzen, etc. strukturiert ist. Jürgen Wieckmanns Diskussionsbeiträge dazu veranlaßten mich, den Begriff der »Datenbank von unten« in den Hintergrund treten zu lassen und eher von einem »Infodienst von unten« bzw. »Archiv von unten« zu sprechen (auch wenn das nicht so griffig klingt).

Unsere Mailboxsoftware »Zerberus« erlaubt nicht, wie dies etwa in Fido-Mailboxen üblich ist, zu einer Nachricht anhängend Kommentare zu sammeln – jeder Kommentar, jede Bemerkung wird eine eigene Nachricht. Deshalb unser Lösungsvorschlag (er stammt aus dem Jahr 1989 und wurde angeregt von der LINK-H), eigene Diskussionsforen zu jedem Thema bereitzustellen, die bei entsprechendem Anlaß benutzt werden können. Beispiele in den Brettern /ANTIFA, /FRAUEN oder /SOZIALES zeigen, daß die Diskussionsbretter auch entsprechend genutzt werden.

Mailbox und drumherum

Das alles funktioniert nicht ohne »Öffentlichkeitsarbeit«: Der einzelne Sysop entfaltet, je nach Zeit, Lust und Temperament, vor Ort verschiedenste soziale Aktivität: Besuche der lokalen »Hackerstammtische«, eigene Usertreffen, Einladungen von Usern nach Hause und nächtelange Diskussionen (hallo Peter in Köln!), Abendveranstaltungen, Feste...

Die »Bionic« in Bielefeld, die »Parabol« in Nürnberg, die »Aquila-Link-Hannover« oder die »Natbox« in Möckmühl zeigen, was Mailboxbetreiber sonst noch so alles machen können: eine Galerie, Vorträge, ein Kulturzentrum, Jugendarbeit, Uni- und Volkshochschulkurse, eine Zeitung oder ein Magazin, ein Jugendzentrum, einen Pressedienst, Bücher... Ähnliches passiert meines Wissens in den LINKSystemen in Berlin, Saarlouis, Hamburg, Hannover, Köln, Frankfurt, Mannheim, Nürnberg, Crailsheim,Lörrach, München, Bad Ischl oder Wien.

Von dem, was vor Ort im Umfeld der einzelnen Mailboxen läuft, würde ich auf dem Netz gern mehr erfahren (auf die Treffen und themenorientierten Veranstaltungen der LINK-N weise ich z. B. regelmäßig übers Netz hin). Der Trägerverein der LINKSysteme organisiert mehrmals im Jahr User- und Sysoptreffen zu politischen und Umwelt-Themen – schließlich ist das Netz nicht der Inhalt; es ist das »medium«, aber nicht die »message«.

Geld?

Wohl dem Sysop, für den sich die Mailboxarbeit aufs schönste mit einem bezahlten Job verbindet. Wir kennen jedenfalls keinen – fast alle finanzieren das Mailbox-Engagement mit einem Beruf in einem verwandten oder ganz fremden Bereich. Manche versuchen, sich nebenbei ein paar Pfennige hinzu zuverdienen – eifersüchtig überwacht von den noch besseren, noch verbisseneren Selbstausbeutern...

Keine Frage: Das kann mensch ziemlich lange durchhalten. Die Sysops haben die technische Entwicklung, den Ausbau der Hardware-Ausstattung, neue und schnelle Modems etc. weitgehend aus eigener Tasche finanziert. Zum Glück fielen bisher die Hardware-Preise immer noch schneller, als das Datenaufkommen stieg. Ob das so weitergeht, ist fraglich. Die Zahl der Menschen, die über unseren Mailbox-Verbund kommuniziert, nimmt erfreulicherweise exponentiell zu, entsprechend das Datenvolumen. Jeder Sysop ein Brechtscher »Guter Mensch von Sezuan«?

Wie wollen wir das in Zukunft finanzieren?

Userinnen und User sind durchaus bereit, zum Unterhalt des Netzes beizutragen: Nicht wenige sind Mitglied oder Fördermitglied im Trägerverein der LINKSysteme. Mit ihren Jahresbeiträgen zwischen 30,– und 60,– Mark (nach oben sind keine Grenzen gesetzt) finanzieren sie die Mailbox-Software, Updates für alle LINKSysteme, Seminare zu politischen, medienpolitischen und Umwelt-Themen und die gesamte Arbeit des Trägervereins. Mittlerweile können wir einigen Systemen (längst nicht kostendeckende) Telefonkostenzuschüße zahlen. Der Trägerverein wurde vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt und stellt auf Wunsch steuerabzugsfähige Spendenquittungen aus. Weitere Mitglieder und Spender sind gerne gesehen!

Das ganze beruht auf dem Solidar-Prinzip: Wer zahlen kann, zahlt; wer nichts zahlen kann, bekommt Informationen und einen Teil der Dienstleistungen auch so. Dasselbe gilt für die einzelnen Systeme: Einige arbeiten unabhängig oder haben sich vor Ort um Geldquellen gekümmert (zu dem Zweck auch eigene Vereine gegründet), andere arbeiten hier enger mit dem Trägerverein zusammen. Das ist von den regionalen Gegebenheiten und Besonderheiten abhängig – in Hannover ist es anscheinend einfacher, an städtische Unterstützung heranzukommen, als irgendwo in Bayern; dafür gibt es in München vielleicht großherzige Sponsoren aus der EDV-Branche (hallo! ist da jemand?).

Abteilung »Utopien«

Das alles reicht aber nicht aus. Wir basteln an einem Konzept, das lokal, vor Ort, dafür sorgt, daß Geld in die Kasse der Sysops kommt. Ausgangspunkt sind mit die Gedanken von Jürgen Wieckmann in diesem Brett:

- ein »Ladenbereich« rund um die Mailbox vor Ort, in dem es Hard- und Software samt Beratung und Gespräch gibt (»UserCafe«);
- ein Bereich »Projekt-Initialisierung« und »ProjektBegleitung« für Initiativen, die inhaltlich in unserem Bereich arbeiten und denen wir bei der Vernetzung helfen können;
- ein Bereich »Schulung«, der UserInnen und Gruppen das notwendige Handwerkszeug vermittelt, bis hin zur Vermittlung fachkundiger ReferentInnen.

(Eine andere Frage ist die kommerzielle oder halbkommerzielle Nutzung der Informationen, die übers Netz transportiert werden. Dazu in einem späteren Beitrag.)

Mit all diesen Bereichen läßt sich Geld hereinbringen – nicht viel, aber doch so viel, daß sich die eigene Arbeit weitgehend trägt. Das ganze kann mensch dann »Medienzentrum«, »Mediencafe« oder »Medienladen« nennen (vielleicht können wir uns auf einen Namen einigen – muß aber nicht sein). Dahinter steht die Idee eines bürgernahen Medienkonzepts: Telekommunikation muß für alle BürgerInnen erreichbar, verstehbar, zugänglich sein. Nicht als Selbstzweck – sondern um Informationen für jedefrau und jedermann zugänglich zu machen, die in den traditionellen, kommerziellen Massenmedien unterbleiben.

Damit könnte der lokale LINKSystem-Knoten wesentlich mehr sein als eine Informationsdrehscheibe: ein Treff- und Ausgangspunkt für weitere soziale, politische, ökologische Aktionen. ●

KURZMELDUNGEN

Mailboxen-Verbund ab 1.1.1992

Bürgernetz ComLink ab 1.1.92 kostendeckend

Den Sprung zur Professionalisierung wagt das Informationsnetz ComLink ab 1. Januar 1992. Das beschlossen die TeilnehmerInnen der ComLink-Jahrestagung am 12. und 13. Oktober in Nürnberg. Spätestens zu diesem Zeitpunkt werden die meisten ComLink-Knoten im Mediennetz von ComLink von ihren TeilnehmerInnen (Usern) einen monatlichen Unkostenbeitrag verlangen. Bislang finanzierte sich das Netz ausschließlich aus freiwilligen Zuschüssen.

Die Unkostenbeiträge werden zwischen 2,50 Mark und 10 Mark im Monat je Teilnehmer liegen. Der Beitrag trägt zur Kostendeckung bei. Als weitere Finanzierungsquellen wurden unter anderem die Kooperation mit Nicht-Regierungs-Institutionen (NRO) wie Gewerkschaft oder »Greenpeace«, Sponsoring und Produkt-Informations-Systeme ins Auge gefaßt.

Damit wollen die ComLink-Betreiber ihren Service für politische und Umweltgruppen langfristig sichern. ComLink bietet seit mehreren Jahren privaten Nachrichtenversand in alle Welt sowie ein für alle Bürger offenes Informationsnetz zu Themen aus Umwelt, Kultur und Gesellschaft.

Das elektronische Buch

Das Konzept »Gegenöffentlichkeit« wurde mit seiner theoretischen Fundierung in Oskar Negts und Alexander Kluges Buch »Öffentlichkeit und Erfahrung« (1972) zu einem Schlüsselbegriff oppositioneller Medienpraxis und Publizistik. Unter Gegenöffentlichkeit verstanden die Autoren nicht nur die Veröffentlichung »unterbliebener Nachrichten« in speziellen Medien, sondern auch Aktionen, die Aufmerksamkeit in den etablierten Medien erzeugen. Die Umweltorganisation Greenpeace hat dieses Verständnis von Gegenöffentlichkeit professionalisiert und mit dazu beigetragen, daß sie ein fester Bestandteil bundesdeutscher Publizistik geworden ist. Genaugenommen beinhaltet Gegenöffentlichkeit bestimmte Methoden, um spezielle Nachrichteninteressen am Medienmarkt zu etablieren. Jede Pressestelle eines Industrie-Unternehmens macht im Prinzip »Gegenöffentlichkeit«. Unterschiede gibt es lediglich in den Methoden und der thematischen Zielsetzung.

Das Prinzip der Gegenöffentlichkeit setzte auf Breitenwirkung. Demgegenüber steht ein Medienmarkt, der sich in den letzten zehn Jahren verstärkt in sogenannte Special-Interest-Medien mit zielgruppenorientierter Nachrichtengebung aufgesplittet hat. Anstelle einer Informationsverteilung nach dem Schrotflinten-Prinzip, gehen Werbeagenturen und Pressestellen dazu über, gezielt Multiplikatoren-Publikationen zu beliefern. Wegen dieser sich verändernden Rahmenbedingungen auf dem Medienmarkt, der zunehmend von Konkurrenzkampf und Exklusivitäts-Interessen geprägt ist, ergeben sich auch für Bürgerinitiativen und deren Öffentlichkeitsarbeit neue Bedingungen.

Ein weiterer Aspekt ist, daß sich manche Bürgerinitiativen »als unterdrücktes Anliegen« zu stark auf Abdruckergebnisse in den etablierten Medien fixieren. Dabei wird dann nicht unbedingt das Interesse der Bürgerinnen vertreten, sondern überlegt, was die Presse den Bürgern erzählen soll. Vielfach verständigen und diskutieren die Beteiligten über die Medien. Die Presseöffentlichkeit ist jedoch kein Spiegel der Wirklichkeit. Sie sucht Sensation und Unterhaltung und ist deshalb kein Medium, welches organisierte Aktionen oder Veränderungen fördert. Eine Erweiterung der sogenannten »Gegenöffentlichkeit« könnte deshalb in dem Versuch liegen, direkte Kommunikation mit einem bidirektionalem Medium zu ermöglichen. Netzwerke leisten dies – und zwar auch für jene, die nicht mit den Mechanismen des Mediengeschäfts agieren können.

Netze entstehen in den Köpfen der Menschen. Deshalb ist in den Bürgernetzen die »soziale Vernetzung« wichtiger als technische Möglichkeiten. Soziale Vernetzung heißt, eigene Kommunikationsziele definieren zu können, kooperationsfähig zu sein und aufgabenorientiert mit anderen arbeiten zu können. Auf dieser Grundlage können dann technische Werkzeuge zusammengestellt werden, die die Kommunikationsinteressen der jeweiligen Anwender unterstützen. ●

Gabi Hoofacker

Pressearbeit – zwei Beispiele

Zwei junge LINKSysteme machen vor, wie es geht: Pressearbeit in eigener Sache. Die LINK-WEN in Weiden/Oberpfalz von den »Falken« (Sozialistische Jugend Deutschlands) und die LINK-NJD, das 2. Nürnberger LINKSystem, betrieben von den bayerischen Jungdemokraten (treffender: »grünbuntesJugendnetz«) sorgten für Öffentlichkeit.

Der Neue Tag, Weiden, berichtete am 16.7.91:

Stadt Weiden

Vom Kinderzimmer in die »Mailbox«

Pilotprojekt der »Falken«: Informationsaustausch unter Jugendlichen per Computer

(....) Unter A leuchten Schlagwörter wie Afrika, Antifa oder Atom auf. Sysop führt mit dem Cursor bis zum Stichwort Weiden. Dort klickt er den Unterpunkt DasZelt an. Einen Augenblick später werden Infos über das Musikfestival samt einem Hinweis auf das Internationale Zeltlager auf dem Bildschirm präsentiert. Sysop lehnt sich zufrieden im Stuhl zurück, schaltet den Drucker ein und bannt die Diskette ninfos auf Papier.

Eine Art »Gegenöffentlichkeit«

Sysop heißt im wirklichen Leben Sascha Müller. Sein Computername ist die Abkürzung für Systemoperator. Der 15jährige Realschüler ist der geistige Kopf des von den Falken gestarteten Pilotprojekts. »Ich bin dafür da, daß das Geld hereinkommt, Sascha Müller gibt es aus«, sagt Herbert Schmid, Ortsvorsitzender der Falken (...). Auch die »Oberpfälzer Nachrichten« vom 16.7. berichteten über die LINK-WEN. Vorausgegangen war eine Einladung an die Presse und eine praktische Vorführung der LINK-WEN.

Die »Jungdemokraten« sind anerkannte Jugendorganisation der Grünen. Sie geben eine eigene bundesweite Zeitschrift namens »tendenz« heraus. In der letzten Ausgabe schrieb Jörg Krinke vom Sysop-Team der LINK-NJD einen 2-seitigen Magazinbeitrag zu »Politik und Datenfernübertragung«.

Erfolgreiche Pressearbeit gibt es darüberhinaus aus Lörrach zu berichten: Die dortige Lokalzeitung berichtete mehrfach über die beiden dortigen LINKSysteme. Im Raum Lörrach gibt es Ende August voraussichtlich ein Lokal-Seminar zur »Informationsverbreitung mit Computer und Zeitung«.

Einzelheiten bei Christian Hirsch, der SYSOPLINK-LÖ.

Noch etwas zu den »jungen« LINKSystemen:

Sascha, SYSOPLINK-WEN, ist mit 15 Jahren derzeit der jüngste LINK-Sysop – er hat damit Claus Herwig (19) unterboten. Das Sysop-Team der LINK-NJD ist im Durchschnitt 22 Jahren jung. Herzlichen Glückwunsch zur gelungenen Pressearbeit! ●

Gabi

(G.HOOFFACKERINFINET oder SYSOPLINK-N)

EINMAL EUROPA OHNE RÜCKFAHRKARTE

Flüchtlingskarawane Dresden-Straßburg

Am 15. November machte sich von Dresden aus eine Flüchlingskarawane auf den Weg nach Straßburg ins Europa-Parlament. Dieser Konvoi von zwei bunt bemalten Bussen folgte einer Einladung der Europaabgenordneten Birgit Cramon-Daiber, denn jeder Parlamentarierer hat das Recht, zweimal im Jahr Abordnungen zu empfangen.

Die »Flüchtlingskarawane« im Straßburger Europa-Parlament

Katrin Fiedler, Redaktion Dresden ● Doch in der Elsässischen Metropole sollte nicht schlechthin eine Besichtigung europäischer Demokratie stattfinden – übergeben werden sollte eine Resolution in der die Mandatsträger aller Länder der Europäischen Gemeinschaft auf die Situation von Flüchtlingen und AsylantInnen aber auch auf von durch GastarbeiterInnenverträgen ins Land geholten AusländerInnen aufmerksam gemacht werden.

»Für ein Anderes Europa – ein Europa ohne Grenzen und Haß« lautet der gemeinsame Aufruf der 56 deutschen und ausländischen TeilnehmerInnen der Flüchtlingskarawane. Beteiligt an der Organisation dieser ungewöhnlichen Demonstration waren der CONTRASTE e.V., Heidelberg, die »Initiative Ausländer und Deutsche« sowie die »Fränkische Friedensinitiative«, Nürnberg, die Grüne Fraktion des Europaparlaments, mit solidarischer Unterstützung eines Mitarbeiters der Sozialistischen Fraktion und nicht zuletzt der Dresdner Ausländerrat e.V., der Kulturstadt Dresden e.V. und das Autonome Zentrum Heidelberg.

...Es wird erlassen, daß von nun an die Wahrheit zählt und das Leben. Es wird erlassen, daß jeder Wochentag, auch der Dienstag, der aschfarbenste von allen, das Recht hat, sich in einen Sonntagmorgen zu verwandeln...

Was kann eine Auländerbeauftragte im Namen des Dresdner Oberbürgermeisters einer Flüchlingskarawane auf den Weg geben? Frau Marita Schieferdecker-Adolph vor hundert Menschen – im Hintergrund das Dresdner Deutsche Hygienemuseum: »Ich denke, daß ist ein ganz wichtiges Zeichen, einfach ein Zeichen gegen Haß und diese Deutschtümelei. Ich würde der Karawane auf den Weg geben, daß das Europaparlament und die EG für die Zukunft Gesetze schafft, die Erleichterung der Asyl- und Auländergesetzgebung mit sich bringen.«

Ein Zeichen gegen vertrackte Deutschtümelei doch, was nützen Zeichen, die niemand erkennt?

...Es wird erlassen, daß von nun an in allen Fenstern Sonnenblumen stehen, und daß Sonnenblumen das Recht haben, im Schatten aufzublühen. Es wird erlassen, daß der Mensch niemals mehr am Menschen zu zweifeln braucht, daß der Mensch dem Menschen vertraut, wie die Palme dem Wind vertraut...

Eine nächtliche Busfahrt durch deutsche Länder und Wälder. Wir sind mit uns selbst beschäftigt und erwarten unbekümmert Nürnberg. Eine Flüchtlingskarawane unterwegs. Wir sitzen zusammen mit Mocambiquanern, Vietnamesinnen, einem Kurden, einem Libanesen und zwei Russinnen. Es wird diskutiert über Fragen des Miteinanders. Wir stoßen an, mit Wein und Bier. Dann – Ankunft in Nürnberg um 5.30 Uhr. Die Freunde von der **Initiative Ausländer** (IAD) **und Deutsche** erwarten uns erst 9 Uhr. Also wandern wir durch die schlafende Stadt, vorbei an Buden des Christkindelmarktes auf die Kaiserpfalz. Die Gemüsehändler packen ihre frische Ware aus.

...Es wird erlassen, daß die Menschen frei vom Joch der Lüge sind. Niemals wird es mehr vonnöten sein, den Hanisch des Schweigens zu gebrauchen, noch die Waffen der Wörter. Der Mensch wird sich an den Tisch setzen, mit reinem Blick, denn die Wahrheit wird vor dem Nachtisch serviert...

9 Uhr, Balazzo Brozzi, eine Alternativ-Kneipe, etwa wie in der Dresdner Neustadt, nur edler – wie alles im Westen. Zwischen Kaffee und frischen Brötchen fragen wir uns, was der Tag wohl bringen wird. Andrea von der IAD: »Wir werden 'ne Rede halten über die Flüchtlingssituation, über die EG 92, über die Abschiebungssituation hier. Und wir werden unsere Forderungen einbringen.« Auch Tafeln sollten vor der Lorenzkirche aufgestellt werden, große Buchstaben. Aus denen sich die Losungen ergeben: »Die Brandstifter sitzen in Bonn – gegen Kasernierung, gegen Schnellgerichte«.

Ist die Situation der ausländischen MitbürgerInnen bei uns in Sachsen wirklich schlimmer als in den Altbundesländern? Sorik, ein in Nürnberg lebender Türke: »Der Rassismus hier zeigt sich nicht unbedingt durch irgendwelche Anschläge, wie in den neuen Bundesländern. Aber durch die Gesetze und durch die Massenmedien wird rassistische Politik betrieben. Und das ist hier viel überlegter, als bei Euch.«

...Für ein Jahrtausend wird das von dem Propheten Hesaja vorhergesagte Leben festgesetzt. Der Wolf und das Lamm werden gemeinsam weiden und die Nahrung beider wird nach Morgenröte schmecken...

11 Uhr. Die TeilnehmerInnen der Flüchtlingskarawane versammeln sich vor der Lorenzkirche, einer gotischen, dreischiffigen Basilika – Anziehungspunkt für Touristen. Zu den wichtigsten und bekanntesten Ausstattungsstücken gehörte der Engelsgruß. Veit Stoß schuf dieses Schnitzwerk 1517 bis 1518. Freischwebend im Raum und umgeben von 55 Blüten des Rosenkranzes verkündet der Erzengel Gabriel der Jungfrau Maria die Geburt Christi. Draußen vor der Tür prophezeien Zeugen Jehovas das Jüngste Gericht. Die Flüchtlingskarawane beginnt mit ihrer Kundgebung gegen Gewalt, für Toleranz und Gleichberechtigung. Auf dem Boulevard eilen Stadtbummler in Richtung Boutiquen. Sie eilen vorbei an Straßenmusikanten, überladenen Verkaufsständen, ersten Weihnachtsutensilien.

Was sagen die NürnbergerInnen zur Demonstration? Die Töne reichen von »in Ordnung, sollte man machen.« über »sind Menschen, wie wir auch«. Ein ca. 55jähriger Mann kommentiert: »Ich bin kein Ausländerfeind. Das Boot läuft ja schon über. Wir können einen gewissen Prozentsatz vertragen. Aber Scheinasylanten gehören sofort abgeschoben. Wenn ihnen die Kasernierung nicht paßt, dann solln sie daheim bleiben. Die kommen mit Flugzeugen her, mit Lederjacken und Rolexuhren. Ich bin Sudetendeutscher, man hat Tausende damals erschlagen. Und heute kommt dieses Gesindel von Rumänien. Jetzt kommen 10 Tausende Juden noch zu uns.«

Im Hintergrund verkündet eine Demonstrantin, daß sie hier sei, weil sie den ausländischen Menschen, die in Deutschland leben, zeigen will, daß sie nicht allein sind. Sie sei hier, weil sie gegen dieses rassistische Großdeutschland und gegen die rassistische Festung Europa aufstehen will. Es heißt weiter: »Alle sind zur Zeit gegen Ausländerfeindlichkeit, weil sie das Ansehen der BRD schädigt. Die BRD-Politik tötet zwar täglich in aller Welt, aber ihr Ansehen soll nicht beschädigt werden. Der Generalbundesanwalt ist gegen Ausländerfeindlichkeit, wenn sie über den Rahmen der Verfassung hinausgeht. Die bürgerliche Presse ist im ersten Abschnitt ihrer Kommentare gegen Ausländerfeindliche Exzesse, um im zweiten Abschnitt um so effektiver ihren Rassismus mit Menschenfluten, Scheinasylanten und Flüchtlingen, die ob ihrer bloßen Existenz selbst Schuld sind an den Übergriffen anbringen zu können.

Bürger fordern die Demonstranten auf, jeweils eine sechsköpfige Familie aufzunehmen. Denn der Staat könne nicht alles machen. Es würden Millionen auf Kosten der Leute leben, die brav ihre Steuern zahlen und von früh bis nachts arbeiten. Alle anderen seien große Maulaufreißer, die für diese Leute, die sie hier angeblich bedauern, nichts tun würden.

Die Bürger fühlen sich bei ihrem sonnabendlichen Einkaufsbummel gestört. In unmittelbarer Nachbarschaft duften Nürnberger Lebkuchenherzen. Der Losung »Keine Schnellgerichte« steht ein Stand mit Fertigsuppen gegenüber! Geld wechselt in Windeseile den Besitzer.

...Unwiderruflich wird die ewige Herrschaft der Gerechtigkeit und des Lichtes erklärt. Und die Freude wird eine edle Fahne sein, für immer gehißt im Herzen des Volkes. Es wird erlassen, daß der tiefste Schmerz schon immer war und immer sein wird, die Liebe nicht dem geben zu können, den man liebt. Und zu wissen, daß es das Wasser ist, daß der Pflanze das Wunder der Blume gibt...

Die Demonstration nimmt ihren Lauf. Eine Dame erklärt sich dazu: »Es kommen so viele illegal über die Grenzen, nur weil sich das rumspricht, daß es bei uns Sozialhilfe gibt. Vor Ort muß man ihnen helfen. Aber erst muß man ihnen da arbeiten lernen.«

Gerade 60 DM erhält ein Asylbewerber monatlich an Bargeld. Die Kommunen sind durch mangelnde Zuwendung aus dem Bonner Staatssäckel kaum in der Lage und nicht dazu stimuliert, den zugewiesenen Flüchtlingen Bedingungen zu bieten, die der Menschenwürde im vollem Umfang gerecht werden. Zwänge, Reglements und Verbote sind Garantien zum Funktionieren der 4 Quadratmeter Wohnfläche, die jedem zugewiesen wird. Hohe Drahtgitter und verschlossene Tore werden als Schutz vor Übergriffen angeboten.

Sevonk, eine in Nürnberg lebende Türkin erklärt: »Die Flammen, die nun auflodern, wurden von denjenigen geschürt, die mit den ewig gleichen Schuldzuweisungen das Asylrecht für ihre eigenen Versäumnisse in der Wohnungs-, Sozial- und Arbeitspolitik verantwortlich machen. Dieser Rassismus, der nun zu einer konkreten Bedrohung geworden ist, dient der Zementierung von Verhältnissen bei denen einem das Recht auf menschenwürdige Existenz abgesprochen wird. Damit es den selbst ernannten Herrenmenschen an nix fehlt.«

Inzwischen haben sich vor der Lorenzkirche Grüppchen gebildet. Die Diskussion nimmt an Heftigkeit zu. Besonders ältere Bürger machen ihrem Ärger Luft. Die Teilnehmer der Karawane werden beschimpft. Ein Dialog ist fast unmöglich. Eine Passantin: »Ich empöre mich. Wie lang sollen wir deutschen Idioten noch für andere Länder arbeiten?« Denken junge Leute anders? Eine Generation des Fortschritts und des Wohlstandes, eine Generation von Weltreisenden auch. Eine junge Frau: »Ich denke, man sollte es irgenwie limitieren, was zur Zeit alles nach Deutschland einreisen kann, bzw. aus welchen Ländern wirklich politisch Verfolgte kommen.«

...Es wird erlaubt, daß das tägliche Brot das Brandmal des Schweißes im Menschen trägt. Vor allem aber soll es immer den warmen Geschmack der Zärtlichkeit haben. Jedem Menschen wird es erlaubt, sich in jeder Stunde seines Leben weiß zu kleiden...

Die Karawane setzt sich in Richtung Heidelberg in Bewegung. Sie wird im Autonomen Zentrum empfangen. In den späten Abendstunden kommt es zu einer Podiumsdiskussion. Eigentlich ein Tribunal über die Situation der Ausländer in Dresden. Aber es gibt auch ein anderes Dresden, welches in Zeiten des Fremdenhasses nicht wie das Kaninchen vor der Schlange erstarrt. Gregor Kunz vom Kulturstadt Dresden e.V.: »Wir sind eine soziokulturelle Vereinigung in der Galerien, Kneipen, Künstler, eine Zeitschrift und einzelne Personen vertreten sind. Dieser Verein arbeitet u.a. auf dem Gebiet der Gewalt. Dresden ist vor allem in die Schlagzeilen geraten, weil hier versucht wurde, ein neues Nazizentrum zu installieren.«

Eine Vielzahl von Menschen in den neuen Bundesländern fühlen sich ihrer gewohnten Umgebung beraubt und suchen nach neuer Identität. Alltäglicher Haß der auch kriminelle Energien freisetzt, richtet sich in erster Linie gegen die Fremden. Wir sprechen mit zwei Vietnamesinnen. Aus Angst möchten sie ihren Namen nicht nennen. Beide befinden sich in der Ausbildung. Sie sind Praktikantinnen in der Medizinischen Akademie in Dresden. Sie wollen später als Krankenschwester zu Hause in Vietnam arbeiten. »Dresden ist eine so schöne Stadt. Mit seinen Traditionen. Wir kommen hierher nicht nur um zu arbeiten.

Fortsetzung nächste Seite

RESOLUTION DER »FLÜCHTLINGSKARAWANE«

Gemeinsame Erklärung der Teilnehmer der Flüchtlingskarawane

Für ein Anderes Europa – ein Europa ohne Grenzen und Haß!

»Die Fremdenfeindlichkeit und der Rassismus haben in den letzten Monaten in unserer Stadt Dresden zahlreiche Opfer gefordert. Erst vor kurzem wurde die Vietnamesin Frau Vinh, im siebten Monat schwanger, in ihrer Wohnung überfallen, getreten und brutal geschlagen. Gefördert und geschürt wird diese Entwicklung durch die restrektive Ausländerpolitik der Bundesregierung und die demagogische Flüchtlingsdiskussion in den Medien.

Mit unserem Besuch beim Europäischen Parlament wollen wir gemeinsame Angst, Hilflosigkeit und Betroffenheit zum Ausdruck bringen. Wir sind in Sorge, nicht nur über die weitere Entwicklung in Deutschland, sondern auch in Europa. Gerade wir, die wir erlebt haben, wie verhängnisvoll eine Mauer sein kann, möchten davor warnen, um Europa eine neue Mauer zu bauen.

Die TeilnehmerInnen der Karawane fordern daher das Europa-Parlament auf:

- sich für eine weltoffene, multikulturelle Politik in Europa einzusetzen;
- die Wohn- und Lebensbedingungen der Flüchtlinge in Europa zu verbessern, was auch bedeutet, die Unterbringung in Sammellagern und Kasernen auszuschließen. Statt dessen sollen verstärkt finanzielle Mittel für Projekte, Selbsthilfegruppen und Integrationsmaßnahmen bereitgestellt werden, die sich gegen Ausgrenzung, Rassismus und Fremdenhaß richten;
- sich für das Bleiberecht aller Ausländer einzusetzen, die bereits vor der »Wende« in der DDR lebten;
- die Diskussionen und Entscheidungen des Europaparlaments zu Ausländer- und Flüchtlingsfragen öffentlicher und kontrollierbarer zu gestalten;
- sich für die konsequente Anwendung der Genfer Flüchtlingskonvention und der UNO-Menschenrechtserklärung einzusetzen und sich gegen die Einteilung in Menschen erster, zweiter und dritter Klasse zu wenden;
- sich dafür einzusetzen, daß Flüchtlingen der Weg nach Europa nicht durch Schließung von Verkehrswegen und Visapflicht unmöglich gemacht wird;
- langfristige Strategien zu entwickeln, um die Fluchtursachen zu beseitigen: dazu gehört die Änderung der IWF-orientierten Entwicklungshilfe zugunsten dezentral geplanter Projekte in den Fluchtländern, die wirklich der Hilfe zur Selbsthilfe dienen, statt die bisherige wirtschaftliche Ausbeutung festzuschreiben, und dazu gehört auch die wirksame Kontrolle aller Rüstungsaktivitäten, mit dem Ziel der Beendigung aller Waffenexporte und der radikalen Einschränkung der Rüstungsproduktion insgesamt. ●

Straßburg, den 18.11.1991

Kulturstadt Dresden e.V.
Tiergartenstr. 82
D-O-8020 Dresden

Ausländerrat Dresden e.V.
Heinrich-Zille-Str. 6
D-O-8020 Dresden

ANTIFA-RATSCHLAG IN DRESDEN

Antifaschistischer Kampf gegen die »Festung Europa« notwendig

Ein breites Bündnis autonomer Gruppen, Organisationen, Christen und Parteien rief auf und viele kamen. Schon am Freitag den 01.11.1991 waren es gut dreihundert Menschen, die den Weg nach Dresden und in die Polytechnische Hochschule fanden. Autonome, Bürgerbewegte, Christen, Parteileute, Unorganisierte aus allen Teilen Deutschlands, der Schweiz, Österreichs und Großbritanniens. Gemeinsames Anliegen war, sich auszutauschen, miteinander ins Gespräch zu kommen, Kontakte zu knüpfen, um in Zukunft besser und vor allem gemeinsam gegen Faschismus und Rassismus handeln zu können, ohne seine eigene Identität aufzugeben.

Am 2.11. wuchs die Teilnehmerzahl auf etwa 500 an. In drei Plenarveranstaltungen, 10 Arbeitsgruppen und 5 Workshops wurde zu den Themen faschistische Organisierung in Deutschland seit 1945, historische Bezüge, rassistische Erscheinungen, Politik mit Flüchtlingen, Asylrecht, Antifaschismus und Staat, Selbstschutz, Sozialarbeit und Frauen-Antifa diskutiert und Erfahrungen bei der antifaschistischen und antirassistischen Arbeit ausgetauscht. Dabei kamen immer wieder Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen zu Tage.

Die Atmosphäre in den Arbeitsgruppen war im allgemeinen gut. Das gilt allerdings für zwei Arbeitsgruppen nicht. Während in der AG »Entstehung von Neofaschismus in der ehemaligen DDR« am Thema vorbeigeredet wurde und die mehrheitlich westlichen Teilnehmer hauptsächlich über die Historie von Faschismus und der Erblastschuld des Stalinismus an der Diskreditierung des Antifaschismus debattieren, wurde in der AG »Grundlagen und Ursachen von Rassismus« von Seiten einschlägiger Kräfte versucht, die Diskussion dahingehend zu dominieren, daß die Arbeiterklasse in ihrem Wesen eine hehre, antirassistische Klasse wäre und daß ihr ein etwaige Fehlorientierung bestenfalls von den politischen Verhältnissen aufgezwungen würden. In einem zweiten, kürzeren Diskurs wurde von gleicher Seite das Zutreffen des Begriffes Rassismus für die heutige Zeit in Frage gestellt.

Vernetzung wurde während des Treffens groß geschrieben und nicht nur in den Arbeitsgruppen. Überall auf Gängen und Räumen in der Kneipe des Studentenklubs standen Leute und tauschten Adressen, schlossen Verabredungen, vereinbarten Zusammenarbeit. Durch den gesamten Ratschlag zog sich die allgemeine Einschätzung, daß die ungerechte Weltwirtschaftsordnung schuld an der Vernichtung der Existenzgrundlage vieler Länder des Trikont zugunsten des Reichtums der hochindustriellen Länder hat und wesentliche Ursache für »Flüchtlingsströme«, Asylsuche und politische Konflikte sei. Weiter wäre klar, daß sich die Faschisten derzeit in einer Offensive befänden und Wegbereiter für einen weiteren Rechtsdruck der etablierten Parteien sei. Aus diesem Grunde sei der Widerstand gegen die Abschottung Deutschlands und die Bekämpfung der »Festung Europa« notwendig und Teil des antifaschistischen Kampfes.

Am Abend des zweiten Tages fand im Theater der jungen Generation eine relativ gutbesuchte Veranstaltung mit Kulturprogramm zum Thema statt.

Das Abschlußplenum im Haus der Künste brachte dann den Eklat. Nach den Berichten der Arbeitsgruppen versuchte die trotzkistische SAG (»Sozialistische Arbeitsgruppe«) die mit einer Zahl von etwa 40 Personen auf dem Ratschlag überrepresentiert war, mit vielen, sich voneinander kaum unterscheidenden Redebeiträgen zu dominieren. Aber auch schon in den vorhergehenden Veranstaltungen hatte die SAG versucht, Einfluß zu nehmen,Themen vorzugeben und Diskussionen, die ihrer Ideologie entgegen wirken könnten, zu verhindern.

Ihren ursprünglichen Plan, aus dem Antifa-Ratschlag heraus eine Demo in Dresden durchzuführen, ließen sie zu keiner Zeit fallen und versuchten ihn, immer wieder zu favorisieren.

Mit dieser Politik sollte die antifaschistische Bewegung vor ihren ideologischen Karren gespannt werden, was auch ein internes Papier dieser Partei dokumentierte, das während des Ratschlags auftauchte und beim Abschlußplena zum Eklat mit der SAG führte.

Textpassagen wie:»...Tausend stehen unter Führung von VL, Bündnis 90, PDS, unabhängigen und autonomen Antifas oder der Kirche und warten. Sie demonstrieren nicht ohne ihre Organisationen. (...)Es ist das A und O der Einheitsfrontpolitik Führung relevanter Organisationen auch gegen ihren Willen in die Aktion hineinzubringen...« verdeutlichen dies.

Die Echtheit des zitierten Papiers wurde im Übrigen von der SAG selbst in Form von hysterischen Zwischenrufen bestätigt.

Damit war die Selbstdisqualifizierung der SAG perfekt. Den Rest taten dann Redner von rivalisierenden Gruppen mit gleichem Bestreben und ach so proletarisch klingenden Namen, wie »Linkswende« oder »Arbeitermacht«.

Trotz allem konnte die den Gesamteindruck des Ratschlags nicht schmälern. Wer gehofft hatte, daß es zur Verabschiedung von billigen Resolutionen oder zur Gründung neuer revolutionärer, antifaschistischer Einheitsparteien kommen würde, mußte wohl enttäuscht von dannen ziehen. Die paar, die Leute kennen lernen, sich vernetzen und informelle Vernindungen schaffen wollen, für eine wirkliche kontinuierliche Antifaarbeit, die wurden belohnt. Es wurden vorallem endlich regionale Netze geknüpft und ausgebaut. Hauptnutznießer waren wohl die Gruppen der ehemaligen DDR und die Leute, die auf der Suche nach Gruppen waren.

Bedenklich erscheint mir, daß es in Dresden selbst über die Vorbereitungsgruppe hinaus nur wenig Beteiligung am Antifa-Ratschlag gab. In der Neustadt als sogenanntes »linkes Scene-Wohnviertel« spürte man schreiendes Desinteresse gegenüber dem »Ratschlag«. Allerdings steht dies in dem Kontext der Neustädter Bedingungen und zeigt die gleiche Passivität, die viele Neustädter auch gegenüber marodierenden Nazibanden in ihrem Umfeld haben: Sie halten das Maul und zahlen Schutzgelder.

Wer mehr und stärker inhaltlich über den Antifa-Ratschlag in Dresden orientiert werden will, dem sei gesagt, daß, wie nach jedem richtigen »Kongreß« auch diesmal ein Reader gemacht wird. Der wird etwa in vier Wochen fertig und vorraussichtlich über die Kontaktadressen des Ratschlags zu bestellen sein. In diesem Sinne: ●

Barni Geröllheimer
Aus: telegraph, Nr.11/1991

FORTSETZUNG VON SEITE 10

Flüchtlingskarawane

Wir wollen auch deutsche Leute und ihre Kultur kennenlernen. Wir haben Angst in der Nacht in der Stadt zu bummeln«, erklären sie. Berührungsängste mit Ausländern und alternativen Gruppen scheint es in Heidelberg (zumindest im AZ, die Setzerin) offentsichtlich nicht zugeben. Die Stadt leistet es sich, einen offiziellen Vertreter in das Autonome Zentrum zu senden, Jürgen Beß (SPD), Kulturbürgermeister: »Wir begrüßen Inititativen, die darauf abzielen, die Situtation der Ausländer in diesem Land zu verbessern, um sicherzustellen, daß Deutsche und Ausländer hier nebeneinander friedlich leben können. Und, daß auch die Ausländer ihr kulturelles Potential mit einbringen können.«

...Es wird als Definition erlassen, daß der Mensch ein Tier ist, daß liebt und daß er auch dadurch schön ist, viel schöner als der Morgenstern. Es wird erlassen, daß nichts mehr erzwungen, noch untersagt sein wird. Alles wird erlaubt sein. Vor allem, mit dem Rinozerus zu spielen und am Nachmittag mit einer riesengroßen Pegonie im Knopfloch spazieren zu gehen. Nur eines wird verboten bleiben: zu lieben, ohne Liebe...

Die Karawanenbusse rollen weiter. Weiter in Richtung Straßburg. Leise werden Befürchtungen laut, daß es bei der Einreise Schwierigkeiten geben könnte.

Nur ein Teil der Gruppe hat Visa bekommen. Es soll auch schon Abschiebungen gegeben haben. Paradox in einem freien Europa, daß Menschen die seit Jahren in Deutschland oder anderswo leben, die Einreise in Nachbarländer veweigert werden kann. Grenzübertritt – Kehl/Rheinbrücke – wir sind angekommen. Friedrich O.J. Roll, Mitarbeiter der sozialistischen Fraktion im EP, emfängt uns. Augenblicklich ist die Einreise möglich. Andrea und Friedrich, die für die Einreise der Karawane bürgten, später in den weichen Ledersesseln der Sozialistischen Fraktion: »Wir haben uns direkt an die französischen Behörden in Paris gewandt und an die Oberbürgermeisterin in Straßburg. Wir mußten eine Liste mit den Namen der TeilnehmerInnen dieser Reise an der Grenze hinterlegen. Schließlich erreichten wir die Zusage, daß das Verfahren beschleunigt werde. Am Ende bekamen wir aber nur für die Hälfte der Gruppe die Visa.«

Also eine halbillegale Einreise der teilnehmenden Vietnamesinnen und Russinnen. Währen sie während eines Spaziergangs durch Staßburg aufgegriffen worden, wer weiß? Die Gruppe war ihr einziger Schutz.

Feuchtfröhlich klingt der Abend aus, in »La vieille Forge«, der Alten Schmiede, irgendwo im historischen Straßburg. Am nächsten Tag öffnen sich der Karawane die Türen auch in hehre Räume des Europapalaments. Empfang beim Präsidenten, Enrique Baron Crespo: In flauschigen Sesseln beim Oberhaupt Europas zu sitzen und über ein Europa ohne Grenzen und Haß zu plaudern, ist eine Ehre, die gewiß nicht jedem Sterblichen zuteil wird. Aber die Rückkehr in die sterilen und anonym wirkenden Wandelgänge macht sofort wieder nüchtern. Der Präsident: »Wir sind seit Anfang an sehr bekümmert über diese Probleme des Rasissmus und der Fremdenfeindlichkeit. Wir haben 1986 eine interinstitutionelle Deklaration gemacht. Ich entschied im vergangenen Jahr einen ständigen Auschuß über diese Fragen zu organisieren. Ich denke, wir müssen aufmerksam sein, weil das Europa, das wir bauen, ein multikulturelles und ein offenes Europa sein muß.«

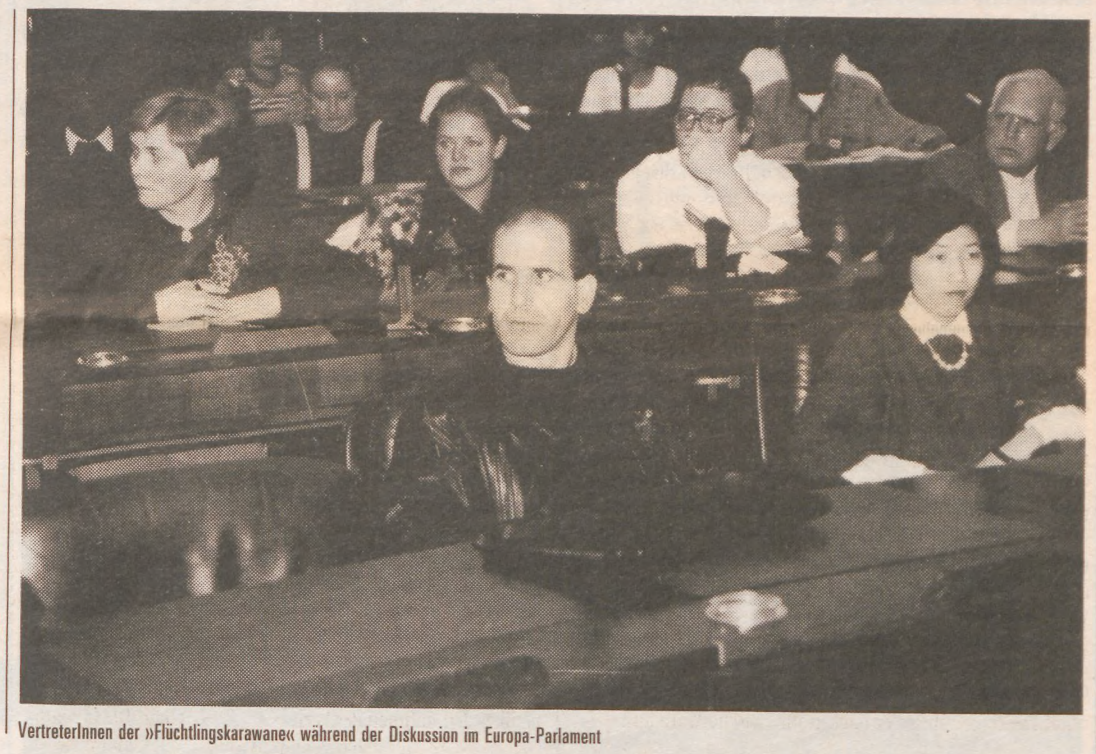
Während des Besuchs bei Baron Crespo übergab die Flüchtlingskarawane eine Resolution. Sie fordert das Europaparlament auf, sich nicht nur für eine weltoffene multikulturelle Politik einzusetzen (siehe Kasten). sondern sie lebendig zu gestalten.

...Es wird erlassen, daß das Geld nie mehr die Sonne des kommenden Morgens kaufen kann. Verbannt aus dem großen Kasten der Angst, wird es sich in ein brüderliches Schwert verwandeln, um das Recht zu singen, um das Fest des geborenen Tages zu verteidigen. Der Gebrauch des Wortes Freiheit wird hiermit verboten. Dieses Wort wird überdies aus allen Wörterbüchern gestrichen und aus dem trügerischen Morast der Münder.

Von nun an wird Freiheit etwas lebendiges und durchsichtiges sein, wie das Feuer, der Fluß oder der Same des Weizens. Und ihre Wohnung wird für immer das Herz des Menschen sein...

Der Präsident des Europaparlaments Enrique Baron Crespo wurde von der Flüchtlingskarawane eingeladen, nach Dresden zu kommen. ●

Zitate: Thiago Mello, »Die Statuten der Menschen«, Peter Hammer Verlag



VertreterInnen der »Flüchtlingskarawane« während der Diskussion im Europa-Parlament

DOKUMENTATION

Redebeitrag des »Komittees gegen Abschiebungen« auf der Kundgebung der »Flüchtlingskarawane« nach Straßburg in Nürnberg am 16.11.

- »Wir sind heute hier, um Euch zu begrüßen und um Eure Aktion zu unterstützen.
- Wir sind heute hier, weil wir gegen dieses rassistische »Großdeutschland« und auch gegen die rassistische »Festung Europa« aufstehen wollen.
- Wir sind heute hier, weil wir den ausländischen Menschen, die hier leben, zeigen wollen, daß sie nicht allein sind.
- Wir sind heute hier, um klar auszudrücken, daß wir diese rassistische Politik der BRD nicht unterstützen werden, indem wir dazu schweigen.

Alle sind zur Zeit gegen Ausländerfeindlichkeit. Alle sagen: »Ich habe doch nichts gegen Ausländer«. Weizsäker ist gegen Ausländerfeindlichkeit, weil sie das Ansehen der BRD schädigt. Die BRD-Politik tötet zwar täglich in aller Welt, aber ihr Ansehen soll nicht beschädigt werden. Der Generalbundesanwalt ist gegen Ausländerfeindlichkeit, wenn sie über den Rahmen der Verfassung hinausgeht. Die bürgerliche Presse von »Bild« über »Spiegel« bis »Zeit« ist im ersten Abschnitt ihre Kommentare gegen ausländerfeindliche Exzesse, um im zweiten Abschnitt umso effektiver ihren Rassismus mit »Menschenfluten«, »Scheinasylanten« und Flüchtlingen, die durch ihre bloße Existenz selbst Schuld sind an Übergriffen, anbringen zu können. Ausländerfeindlichkeit ist nicht dasselbe wie Rassismus. Als Faustregel gilt: Wer sagt: »Ich habe nichts gegen Ausländer, aber...«, ist rassistisch.

Rassismus ist ein weltweites Herrschaftssystem. Rassismus äußert sich in Grenzen, durch die Nichtdeutsche anders behandelt werden als Deutsche. Rassismus äußert sich in der Verteilung der Reichtümer auf der Welt. Rassismus entstand, als die europäischen Staaten die Völker der sogenannten 3. Welt unterwarfen, um sie auszubeuten, ihre Rostoffe und ihr Land zu stehlen, sie zu versklaven.

Jeder Mensch mit dunkler Hautfarbe spürt tagtäglich den Rassismus als Unterdrückungsform, ob bei Job- oder Wohnungssuche oder in U-Bahnhöfen usw. Diese weltweite Unterdrückung wäre durch die nur wenigen allein, die davon reich werden, gegen die vielen Betroffenen gar nicht aufrechtzuerhalten. Sie besteht immer noch, weil der Rassismus von uns Weißen in den Industrieländern verinnerlicht wurde. Vom Kindesalter an wird uns die Überlegenheit der eigenen Kultur gepredigt. Diese sogenannte Zivilisation, die sich zur Zeit anschickt, die ganze Welt zu unterwerfen, hat für Millionen von Menschen nur Hungern und Elend zu bieten, ist aber angeblich ganz toll und das einzig Wahre. Der Widerstand aller Völker gegen die Zerstörung ihrer Gesellschaften, ihrer Umwelt, ihrer Lebensformen durch diese Zivilisation kommt in den Geschichtsbüchern nicht vor, wird systematisch verschwiegen.

Dieses kleine Deutschland ist der Nabel der Welt, alles Nichtdeutsche oder Nichteuropäische oder Nichtweiße unfähig, sich selbst zu helfen, selbst zu regieren, selbst gegen die Armut zu kämpfen. So lernen wir das. Rassismus ist mehr als nur Ausländerfeindlichkeit, er ist eine Ideologie, weil er in den Köpfen steckt.

Wir haben das »Komittee gegen Abschiebung« gegründet aus der Idee heraus, uns mit Flüchtlingen gegen den Rassismus und die Abschiebungen zu organisieren. Aber auch wir sind keine Heiligen, auch wir haben den Antirassismus nicht mit Löffeln gefressen. Schon in der Idee »Wir organisieren uns mit **den** Flüchtlingen« liegt ja die Fußangel, die Flüchtlinge, die ja aus ganz verschiedenen Ländern und Kulturen kommen, über einen Kamm zu scheren, nur weil sie Nichtdeutsche sind. Der andere sehr naheliegende Fehler wäre, als Deutsche die Flüchtlinge zu bevormunden, indem wir ihnen sagen: »Organisiert Euch!«, um sie zu instrumentalisieren oder sie in unsere bewährten Politikformen und Politikschemata zu integrieren.

Es ist natürlich so, daß die deutschen Gruppen im Komittee mehr Politikerfahrung hier haben und auch bessere Möglichkeiten haben, z.B. Räumlichkeiten oder Geld zu organisieren. Das ist ein weiterer Grund, warum es die Tendenz im Komittee gibt, daß die deutschen Gruppen dominieren, was sich z.B. darin äußert, daß die alltäglichen Probleme der Flüchtlinge manchmal als »kleine Probleme« und angeblich aus Zeitnot gegenüber den »großen Zielen« der deutschen Gruppen zurückgestellt werden.

Diese Tendenzen müssen wir weiter problematisieren. Wir deutschen Linken müssen die Gefahr eines solchen subtilen Rassismus bei uns sehen und über eine kontinuierliche gemeinsame Diskussion mit den Flüchtlingen bekämpfen.

Es ist falsch, eine Politik der »Hilfe für die armen AusländerInnen« zu machen. Wir müssen die Flüchtlinge als gleichberechtigt handelnde Subjekte verstehen und unterstützen.« ●

Wir fordern:
SCHLUß MIT DEM RASSISTISCHEN TERROR!
OFFENE GRENZEN WELTWEIT!
BLEIBERECHT FÜR ALLE!

IMPRESSIONEN AUS KATALONIEN UND DEM BASKENLAND

Genossenschaftlicher Pragmatismus ist die Regel

Der Theorie Arbeitskreis Alternative Ökonomie (TAK AÖ) organisierte in Zusammenarbeit mit dem Buntstift e.V. eine Spanienreise, um mit VertreterInnen dortiger Genossenschaften und Verbände ins Gespräch zu kommen. Ziel waren die Regionen Katalonien und das Baskenland, beide bekannt für ihre starken genossenschaftlichen Strukturen und für ihren Eigensinn. Die Gruppe wurde mit Produktivgenossenschaften und ihren Verbänden konfrontiert, die sich auf die bevorstehenden Zumutungen des EG Binnenmarktes intensiv vorbereiten.

Thomas Hardwig, Redaktion Genossenschaften ● Produktivgenossenschaften sind keine Selbstverwalteten Betriebe, sie sind Genossenschaften. Oft haben sie eine ehrwürdige Tradition, wie etwa die Gruppe Mondragon, benannt nach einer baskischen Stadt und deren Region. Die ersten Kooperativen dieses Verbundes wurden 1956 gegründet. Dies gilt auch für die Cristalleria de Mataró, einer Spezial-Glasfabrik mit anarchistischen Wurzeln, bestehend seit 1919 bei Barcelona. Solche Genossenschaften haben oft auch namhafte Gründer: In Mondragon Don José Maria Arizmendiarrieta war katholischer Priester, der Katalane Joan Peiro hingegen Arbeiterführer und Anarchist – kein zufälliger Unterschied.

Die dortigen Produktivgenossenschaften haben alles, was eine Genossenschaft braucht: eine Generalversammlung der ArbeiterInnen/BesitzerInnen, einen Vorstand, der von diesen gewählt und wenn es geht auch kontrolliert wird. Sie haben auch eine genossenschaftliche Kultur. Am Jahrestag der Gründung ist in der Glasfabrik wie an Weihnachten und Ostern arbeitsfrei, obwohl die Öfen ansonsten Tag und Nacht durchlaufen.

Cristalleria de Mataró
Im Gespräch mit: Arcadi Vilert (FCTAC), Daniel Belando i Perez (Vorstandsmitglied), XX (Vorstandsmitglied), H. Adolph (Übersetzer) Foto: Thomas Hardwig

Was sie nicht haben, ist der hohe Anspruch, daß alle GenossInnen über alles mit entscheiden sollen. Dafür ist allein ihr Vorstand zuständig, wie in Mataró, wo die Frage nach der Beteiligung der Belegschaft bei der Entscheidung über ein Automatisierungsprojekt auf gewisses Erstaunen stieß. Möglicherweise gibt es aber auch Vertreter eines Sozialrates, wie in Mondragon, die die Interessen der Belegschaft in den Entscheidungsprozeß einbringen sollen.

Modragon: Keine hochgesteckten Ziele

Was diesen Genossenschaften fehlt, ist der große Anspruch an gleichberechtigtes Arbeiten, an der Aufhebung der geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, an ökologischen oder sozialen Eigenschaften von Produkt oder Produktion und einiges mehr. Etwas komisch und vielleicht belehrend wirken dort deutsche Standardfragen nach ökologischen Kriterien bei der Produktion oder nach der Realisierung der Gleichberechtigung der Geschlechter im Berufsleben. Sie werden dann schon mal hämisch quittiert: mit einem Bericht über die Frauengenossenschaft in der Mondragongruppe, wo sich die Frauen immer zerstritten, bis sie endlich einen männlichen Vorstand gewählt hätten. Seitdem vertrage Frau sich endlich, behauptet Alfonso Gorronogoitia Gründervater von FAGOR, einer Elektrogerätegenossenschaft mit 3.500 GenossInnen in Mondragon.

Es sind eher pragmatische Genossenschaften, die gegründet werden, so Arcadi Vilert vom katalanischen Verband erklärt, von jungen Leuten, die sich eine Arbeit schaffen wollen oder von ArbeiterInnen, die ihren Betrieb übernehmen müssen. Die Betriebe entstehen also hauptsächlich aus ökonomischen Zwangslagen heraus, aber es gebe auch Gründungen aus freier Entscheidung.

Sichere Arbeitsplätze in der Region

Auch die Mondragongruppe wächst nicht aufgrund ihrer Attraktivität als wirtschaftsdemokratisches Experiment, sondern vor allem, weil sie durch eine solide ökonomischen Basis sichere Arbeitsplätze in der Region bieten kann. Dafür zahlen die künftigen GenossInnen über etwa drei Jahre ihren Genossenschaftsanteil von etwa 20.000 DM ein.

Dieser Pragmatismus ist nicht durchgängig so, wie das Kollektiv Ecotecnia in Barcelona beweist. Es ist Selbstverwalteten Betrieben, wie wir sie kennen, sehr ähnlich: einerseits von ihrer internen Organisation her als Gegenentwurf zu hierarchischen Betrieben, andererseits von ihrem Gegenstand: sie beschäftigen sich mit der Konzeptionierung, Baubetreuung und dem Betrieb von Wind-und Solarenergieanlagen. Die GenossInnen Besucher lebten sichtlich auf, als sie den vertrauten Stallgeruch bemerkten.

Ein leistungsstarker Verbund

Die Mehrzahl der Genossenschaften scheint aber dem traditionellen Typ zu entsprechen, ihre Ausstrahlung auf uns ist auf den ersten Blick gering. Nehmen wir die Mondragon-Gruppe. Der Besuch dort beginnt mit einem hochprofessionellem Multimedia-Einstieg: eine Marketing-Diashow wie bei Mercedes Benz: zu sehen sind eine irre Produktvielfalt aus allen Sparten von Metallverarbeitung bis zur Molkerei. Ein leistungsfähiger Verbund von 170 Cooperativen mit insgesamt etwa 26.000 GenossInnen, im Zentrum eine Bank, die Caja Laboral Popular – ein führendes Bankinstitut. Die Gruppe ist ein regionaler Entwicklungsmotor ersten Ranges mit internationalen Aktivitäten, ökonomisch potent, dynamisch und innovativ. Dieser Einstieg ist für SelbstverwalterInnen erstmal ein Hammer. Schon die Anfahrt zum Beratungszentrum der Mondragongruppe führte vor Augen, daß wir es nicht mit Szene-Leuten zu tun bekommen: repräsentative Gebäude und Einrichtungen, großzügige Anlagen und Genossen im Anzug, ohne Turnschuhe.

Der Blick in die Täler der recht gebirgigen Landschaft zeigt allerorten industrielle Aktivitäten, aber auch Wohnsiedlungen, Ausbildungseinrichtungen oder Supermärkte der Grupo Cooperativo Mondragon. Tatsächlich hat die Gruppe durch ihre wirtschaftliche Bedeutung enormen regionalen Einfluß. Sie hat trotz der Strukturkrise, die das Baskenland besonders beutelt (aufgrund der starken Orientierung auf Metallverarbeitung und Werften) keine Arbeitsplatzverluste zu beklagen gehabt. Im Durchschnitt beträgt sonst die Arbeitslosigkeit gegenwärtig etwa 19 %.

Die Grupo Cooperativo Mondragon hat unbestreitbar ökonomische Erfolge vorzuweisen, auch wenn sie mit der Krise der Siebziger Jahre das Ende ihrer raschen Ausdehnungsphase erreicht hat. Die Frage ist, worauf sie beruhen: Ein Soziologe von IKASBIDE (Trainingszentrum und Unternehmensberatung der Gruppe) Mikel Lezamiz Bilbao erklärte es folgendermaßen: vier Säulen tragen die Mondragongruppe konzeptionell. Der Ursprung stellt Ausbildung und Erziehung dar. Er weist auf die vom Gründervater gegründete polytechnische Schule hin, bei der die Gründungsgruppe ihre Ausbildung genoß. Es wurden dann Genossenschaften gegründet (u.a. FAGOR) bald folgte die Feststellung, daß Finanzmittel fehlten. Der zweite Schritt war daher die mit massiver Hilfe von zahlreichen Seiten erfolgte Gründung der Bank, die Caja Laboral Popular. Was weiterhin zum Erfolg fehlte, war die permanente Unterstützung und Beratung der Genossenschaften (z.B. Marktforschung), dafür wurde LKS gegründet, und als viertes ist Forschung nötig (z.B. Anwendung von Robotern in der Produktion; Produktentwicklung etc.): IKERLAN. Inzwischen hat sich die Mondragongruppe auch eine leistungsfähige Sozialversicherung aufgebaut (LAGUN ARO).

Diese Genossenschaften sind Instrumente des Verbundes, dessen 170 Genossenschaften gegenwärtig in 16 Regionalgruppen gegliedert sind. Die Regionalgruppen entsenden jeweils eine Vertretung in das Leitungsgremium der Gruppe, ergänzt werden sie um VertreterInnen der Bank, der Polytechnischen Schule, IKERLAN und der Supermarktkette EROSKI.

Solidarität und Kooperation

Sehr weitgehende zwischenbetriebliche Kooperationen fördert die einzelnen Genossenschaften, sei es Austausch von Personal, Ausbildung, technische Kooperation oder Hilfe bei Investitionen. Im Rahmen der internen Solidarität werden auch Gewinne an andere »verschenkt«. Auf diese Weise kommen sehr kleine Betriebe in den Genuß beispielweise von Technologietransfer, wie es in der BRD trotz viel Geschrei darum nicht üblich ist. Dafür gibt es eine gewisse Sicherheit, daß Betriebsschließungen oder Umstrukturierungen nicht zu Lasten der Beschäftigten gelöst werden, da diese innerhalb des Verbundes immer neue Arbeitsplätze erhalten. Die Vorbereitungen auf den EG Binnenmarkt sind bereits in vollem Gange. Die EG droht dieser Gruppe mit harter Konkurrenz, die sich in der francistischen Abschottung vom Weltmarkt so günstig entwikkeln konnte. Die Mondragongruppe steht vor der Entscheidung, ihre Regionalgliederung zugunsten einer branchenorientierten Gliederung aufzugeben. Statt 16 soll es dann nur noch 9 Gruppen geben, die sich zum Verbund zusammenschließen. Die Begründung ist ausschließlich ökonomischer Art. Weil die Branchenorientierung einander ähnliche Betriebe zusammenbringt, erleichtert dies, im Bereich Forschung und Entwicklung, technischer Kooperation, Marketing, Investitionen, Einkauf und Vertrieb wirtschaftlichere Lösungen zu finden. Problematisch wird es mit der Mobilität der Arbeitskräfte. Hier soll ein regionaler Austausch erhalten bleiben, der quer zu den sich dann ergebenden Gruppen liegt. Fraglich ist, ob sich diese Ökonomisierung ohne negative Auswirkungen auf die innere Verfassung der Gruppe bleibt. Gerade ein entscheidender Vorteil ginge dann nämlich verloren: die Verankerung der Genossenschaften in der Region.

Reisegruppe bei FAGOR. Vierter von rechts: Jesus E. Ginto (FAGOR), Rest: Reisegruppe Foto: Thomas Hardwig

Fehlender genossenschaftlicher Gründergeist

Bereits jetzt wird beklagt, daß der Gründergeist der Genossenschaften verloren gegangen ist und sich eine instrumentelle Arbeitseinstellung breitmache: der Lohn sei wichtiger geworden als alles andere, behauptet die Leitung. Die GenossInnen selbst dürften die Beeinträchtigung der kooperativen Strukturen beklagen. Denn mit Verweis auf die drohende Konkurrrenz setzt sich die Leitung immer öfter mit ökonomischen Maßnahmen durch. Das gehe zu Lasten der innerbetrieblichen Demokratie.

Es blieb den BesucherInnen jedoch verschlossen, was die Ausgestaltung der genossenschaftlichen Demokratie für die dort arbeitenden Menschen konkret bedeutet. Tatsächlich sagt die formale Beschreibung der Mitbestimmungsstrukturen wenig aus. Zweierlei Ansätze zur betrieblichen Demokratisierung wurden dennoch deutlich. Einmal fanden Gruppenarbeitsexperimente an den Arbeitsplätzen statt, zum anderen existiert ein System der Vertretung der einzelnen Arbeitsbereiche im Sozialrat, der bei wichtigen Entscheidungen gehört werden soll. Zudem gibt es natürlich die Generalversammlung und die üblichen genossenschaftlichen Gremien.

Von normalen Arbeitsverhältnissen unterscheidet sich die konkrete Arbeit in der Genossenschaft zunächst nicht sichtbar. Eine Reihe von Vorteilen werden jedoch bei näherer Betrachtung deutlich, die die Attraktivität dieser so pragmatischen Genossenschaften ausmacht. So hat sich die Lohnskala zwar weiter aufgefächert, doch immer noch beträgt die maximale Spanne 1:6 (vor 4 Jahren 1:4), eine Reaktion auf das permanente Abwandern der Spitzenkräfte. Die Arbeitsplatzsicherheit ist beispielhaft und die Mitbestimmungsmöglichkeiten gehen weit über das bundesdeutsche Mitbestimmungsgesetz hinaus.

Der heutige Direktor des baskischen Verbandes der Produktivgenossenschaften Gorronogoitia mag keine Prognose abgeben über die künftige Entwicklung der Mondragongruppe. Er sei kein Prophet. Die Gefahr für große auf dem internationalen Markt agierende Genossenschaften (z.B. FAGOR) hielt er für besonders hoch, da Genossenschaften die schnelle Reaktionsfähigkeit vermissen lassen, die internationale Märkte verlangen. Er gibt aber zu bedenken, daß der Verbundscharakter der Mondragongruppe vor einer Transformation in normale Betriebe schütze. Und tatsächlich leistet der Verbund erhebliches, um einzelnen Genossenschaften in die Lage zu versetzen, den Wechselfällen des kapitalistischen Marktes zu begegnen und er trägt zur genossenschaftlichen Identitätsbildung bei.

Kein Wunder also, daß der Besuch des baskischen Verbandes der Produktivgenossenschaften in Vitoria (FCTAE) die Dominanz der Mondragongruppe erneut verdeutlichte: Von den 225 bei FCTAE organisierten Kooperativen (registriert sind im Baskenland 768, aktiv 450) gehören 170 zur Mondragongruppe. Diese Dominanz drückt sich auch darin aus, daß die funkelnagelneuen Räumlichkeiten einer Filiale der Caja Laboral Popular, der Genossenschaftsbank der Mondragongruppe, ähneln.

Beispielhafte soziale Errungenschaften

Der Verband ist 1989 gegründet worden, als Reaktion auf das spanische Gesetz zur Förderung des Zusammenschlusses der Genossenschaften. Sowohl der baskische also auch der katalanische Verband sind jung und befinden sich im Aufbau. Sie pflegen nationale und internationale Kontakte und bemühen sich um die Förderung ihrer Mitglieder: Lobbyismus, Beratung, Ausbildung, Weiterbildung. Dabei kann der baskische Verband auf bereits von der Mondragongruppe entwickelten Dienstleistungseinrichtungen zurückgreifen (LKS, IKASBIDE). Die Finanzmittel stammen zu 50 % von den Mitgliedern, der Rest sind staatliche Gelder, die zum Teil durch den nationalen Dachverband vermittelt werden. Den spanischen Dachverband COSETA mögen weder die baskischen noch die katalanischen GenossInnen so richtig gerne. Sie sprechen über ihn als handele es sich um internationale Kontakte.

Im katalanischen Verband der Produktivgenossenschaften (FCTAC) sind fast 500 Kooperativen organisiert, die vornehmlich im Großraum Barcelona agieren. Ebenso wie die baskischen Genossenschaften sind sie in allen Branchen tätig (20 % Metall, 20 % Baubereich; 20 % Dienstleistungen). Die Verbandsaktivitäten der Katalanen können sich nicht auf eine so leistungsfähige Gruppe stützen und es fehlt an einer Bank. Stattdessen haben sie eine eigene Finanzierungsorganisation aufgebaut (INBERCOP), die aber nicht stark genug zu sein scheint.

Auch hier dominieren traditionelle Genossenschaften mit professioneller Orientierung. Arcadi Vilert, Vertreter der FCTAC, ist der Auffassung, daß die Rede von der Alternative zwischen sozialer oder ökonomischer Effizienz falsch ist. Eine soziale Effizienz ohne ökonomische sei nicht herstellbar. Der Verband habe sich daher zum Ziel gesetzt hat, die Kooperativen zu effizienten Unternehmen zu machen: Sie sollen nach Wettbewerbsregeln am Markt agieren und dabei die sozialen Inhalte fördern. Dies bedeute, daß Partizipation, interne Demokratie und soziale Ziele in ökonomischen Strategien umgesetzt werden müßten. Gerade die solidarischen Beziehungen, innerhalb der Genossenschaft sowie zwischen den Kooperativen, stelle den entscheidenden Wettbewerbsvorteil dar. Also auch hier keine Müsliideologien, sondern das Bemühen um zeitgemäße, am kapitalistischen Umfeld orientierten Formen kooperativen Wirtschaftens. Attraktiv eher für Menschen, die sich ihr tägliches Brot verdienen, als für welche, die weitgehende politische Vorstellungen verwirklichen wollen.

Mehr Offenheit beim katalanischen Verband

Interessantist, daß in Barcelona auch neue Genossenschaften auftreten, wie die ECOTECNIA mit ihren sanften Energieanlagen. Die Vertreter des baskischen Produktivgenossenschaftsverbandes verwiesen auf Barcelona, als die Rede auf ökologisch orientierte Genossenschaften kam, ein Hinweis darauf, daß sie wohl keine baskischen Genossenschaften diesen Charakters kennen. In Katalonien dominiert weiterhin die traditionelle Genossenschaft, wie die Cristalleria de Mataró. Jedoch zeigt die Verbandszeitschrift »Treball cooperatiu« eine größere Offenheit gegenüber innovativen Themen, wie etwa Ökologie, als die Basken. In beiden Regionen ist offensichtlich, daß Genossenschaften nicht nur erheblich zahlreicher und größer sind als in der BRD, sondern auch in ganz anderen Branchen agieren, beispielweise in der Metallindustrie, Glasverarbeitung, Elektrotechnik oder der Produktion von Investitionsgütern. ●

BRUTTOSOZIALPRODUKT UND WACHSTUMSKOSTEN

Die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und die Folgeschäden des Wirtschaftswachstums

Im ersten Quartal 1991 legte das Bruttosozialprodukt also der Wert aller erstellten Waren und Dienstleistungen im Jahresvergleich um 4,2 Prozent zu. Politiker und Verbände reagierten erfreut. Möllemann: »eindrucksvoller Expansionskurs«. (N.N. 5.6.91)

U. Kuhnle, Redaktion Nürnberg ● In der Ökonomie dient das Bruttosozialprodukt (BSP) als Maßstab des Wohlstands. Mit der Steigerungsrate des BSP wird traditionell die jährliche Rate des Wirtschaftswachstums in einem Land ermittelt. Dabei müsste dieser Begriff in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) eigentlich längst ausgedient haben. Denn die unabsehbaren Umweltschäden, die der Kapitalismus verursacht, sind dabei überhaupt nicht berücksichtigt. Die Leistungspotentiale der Umwelt können auch heute in der BRD von der Wirtschaft noch in weiten Bereichen zum Nulltarif oder – gemessen an den Auswirkungen – zu billig genutzt werden.

Die Kosten zur Bewältigung von Umweltschäden durch das Wirtschaftswachstum nehmen in der BRD immer größere Ausmaße an. Zu diesem Ergebnis kam eine Studie des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (Reichspietschufer 50, 1000 Berlin 30).

Im Jahre 1985 mussten dem Gutachten nach bereits 160 Mrd. Mark, das sind etwa 10% des Bruttosozialprodukts aufgebracht werden, um die ökologischen und sozialen Schäden der Politik zu beseitigen oder zu verhindern, die auf Steigerung des Wirtschaftswachstums ausgerichtet ist. Diese negativen Folgen steigen steil an.

Man hatte in den 6 Bereichen Umwelt, Verkehr, Wohnen, Innere Sicherheit, Gesundheit und Arbeit die defensiven Ausgaben zur Verteidigung und Wiederherstellung der Umweltqualitäten berechnet, und kam zu dem Ergebnis, dass diese fast viermal so schnell wachsen wie das Bruttosozialprodukt. Dadurch wird der »wirtschaftliche Wohlstand« – ausgedrückt durch die Höhe des BSP – im Laufe der Zeit zunehmend überschätzt, weil die Zunahme des Wirtschaftswachstums immer mehr bestimmt wird durch das Anwachsen der Regulierung oder Sanierung der negativen Wachstumsfolgen. Nach einer Studie des »Umwelt- und Prognose-Instituts Heidelberg« (UPI) entstanden in der BRD (ohne FNL) 1989 Umweltschäden in Höhe von 474,4 Milliarden DM. („Ökologische und soziale Kosten der Umweltbelastung in der Bundesrepublik Deutschland«, Hrsg.: UPI, Handschuhsheimer Landstrasse 118a; 6900 Heidelberg.)

Die Summe der Öko-Schäden ist höher als der geballte Wert aller Waren, die im gleichen Jahr von der Autoindustrie, der Energiewirtschaft, der chemischen Industrie, dem Baugewerbe und der Landwirtschaft der Bundesrepublik produziert wurden. Das entspricht einem Fünftel des Bruttosozialprodukts. Das Wachstum des BSP profitiert damit zunehmend von den Schäden, Nachteilen und Verschlechterungen, die es selbst produziert.

Beispiele:

- Im Waldbereich halten sich die Zusatzkosten wegen des Baumsterbens mit etwas weniger als 100 Mio. Mark zwar in Grenzen, doch wäre nach Angaben von Bodenforschern ein Milliardenaufwand angebracht. Die Kosten zur Beseitigung der Zivilisations- und Industrialisierungsschäden zum Schutz vor Lawinen, vor Überschwemmungen, Erdrutschen und Erosionen würden ebenfalls in die Milliarden gehen.
- Weitere hohe Folgekosten sind umweltbedingte Krankheiten, die »Altlastsanierung«, die Bodenreinigung und die immisionsbedingten Schäden an Gebäuden und Kunstwerken.
- Ein anderes Beispiel zur Unsinnigkeit der Verwendung des BSP als Wohlfahrtsindikator (mal ganz abgesehen davon, wem dieser Reichtum zukommt!): die Reaktionsweise auf die ökonomischen Folgewirkungen von Straßenverkehrsunfällen. Ein Wohlfahrtsverlust (Unfall) führt zu einer Steigerung des Wachstums des BSP: Personen und Sachschäden ziehen Behandlungskosten im Gesundheitswesen, Reparaturkosten beim Auto oder einen vorgezogenen Kauf eines neuen Wagens sowie Kosten bei Versicherungen im Rechtswesen nach sich. Bei Verwendung des Sozialprodukts als Wohlfahrtsindikator verwandelt sich dieser Wohlfahrtsverlust in einen Wohlfahrtsgewinn.

Hier muss man noch hinzufügen, daß die Defensivkosten nur ein Teil des ganzen Folgekostenproblems sind und häufig der geringere. Was sind defensive Ausgaben der Schadensregulierung im Gegensatz zu Umweltschäden oder wachstumsbedingte Naturverluste? Von der Gesellschaft nicht-verhinderte und nicht-kompensierte Umweltschäden werden überhaupt nicht als zusätzliche Kosten der gesamtwirtschaftlichen Produktion registriert. Sie bleiben aus der VGR ausgeblendet, weil im Sozialprodukt ausschließlich durch Marktpreise bewertete Produktionsergebnisse erfaßt werden. Erst wenn auf Umweltschäden reagiert wird, sei es, daß Anlagen im Produktionsprozeß eingesetzt werden, mit denen Schäden vermindert oder verhindert werden können, sei es, daß Schäden, die schon aufgetreten sind beseitigt oder kompensiert werden (Reparaturen an Gebäuden, Aufforstungsarbeiten etc.) dann regiert auch das Sozialprodukt. Es werden zusätzliche wirtschaftliche Erträge ausgewiesen, obwohl eigentlich ja nur die gesamtwirtschaftlichen Kosten der Produktion gestiegen sind.

Auswirkungen des BSP als Maßzahl der Wirtschaft:

Umweltwerte werden bewußt oder unbewußt leichter zugunsten der Hoffnung von mehr Wirtschaftswachstum geopfert, wenn die damit verbundenen ökonomischen, ökologischen und Lebensqualitätsverluste nicht registriert oder fälschlicherweise sogar als positiver Wachstumsbeitrag verbucht werden. Der Wirtschaftspolitiker verbucht heute nur den Wachstumserfolg, muß sich dagegen die zusätzlichen ökologischen Kosten nicht anrechnen lassen, da es dafür kein etabliertes System der Berechnung gibt. Der Verschleiß von Luft, Wasser und Boden hat keinen Preis; eine Schädigung dieser Ressourcen schlägt deshalb nicht auf die Kosten eines Produkts durch. Wenn man in einen Jahreswirtschaftbericht oder ein Jahresgutachten des ökonomischen Sachverständigenrates schaut, sieht man, daß die Welt der Ökonomen weiterhin in Ordnung ist. Die ökologischen, gesellschaftlichen und humanen Kosten des heutigen Wachstumsprozeßes sind in der wirtschaftswissenschaftlichen Politikberatung einfach nicht vorhanden. ●

KURZMELDUNGEN

Aktien und Politik

Aus einem Werbebrief des Stuttgarter Aktien-Club e.V.

»Gerade jetzt bietet sich uns eine Börsen-Chance, die so schnell nicht wiederkehrt. (...) In den letzten Monaten sind Aktien wieder billiger geworden. Heute will ich Ihnen zeigen, wie Sie gemeinsam mit dem Stuttgarter Aktien-Club Börsengewinne erzielen können. Welche gewaltigen Gewinne ich in den letzten Jahrzehnten erzielte, zeige ich Ihnen nachfolgend...

Öl-Krise 1973: 200% Gewinn mit BMW. Für die langjährigen Börsianer ist eine Golfkrise nichts Neues. Anfang der 70er Jahre hatten wir schon einmal eine Öl-Krise.(...) Ich werde den Gesichtsausdruck meines Bankberaters nie vergessen, als ich seinerseits seelenruhig BMW-Aktien bestellte. Diese waren von 160 DM auf 80 DM gefallen. Zwölf Monate später war der ganze Spuk vorbei. Für 240 DM verkaufte ich sie und machte das Geschäft meines Lebens. (...)

Tschernobyl-Krise 1986: 50% Gewinn mit RWE. Als Börsianer kann ich mich besonders gut an die Situation erinnern. Am schlimmsten betroffen waren seinerzeit die Aktien von Versorgungsunternehmen wie RWE oder VEBA. Ich entschied mich nach einem Kurssturz von 270 DM auf 180 DM für die RWE-Aktie. Tschernobyl war nach sechs Monaten restlos aus den Schlagzeilen, die Aktie hatten den gesamten Kursverlust wieder aufgeholt und bescherte mir einen Kursgewinn von exakt 50 %. (...)

Golf-Krise 1991: Kurs-Chance 50-100%. Nutzen Sie diesmal zusammen mit mir diese Chance. Ich habe absichtlich auf einen derart interessanten Zeitpunkt gewartet, um Ihnen zu schreiben. Ich bin sicher, dass wir zur Zeit realistische Chancen haben, in den nächsten 6-12 Monaten mit ausgewählten Aktien 50-100% Gewinn zu erzielen. (...)

Wenn Sie jetzt den beiliegenden Gutschein zurückschicken....«

Bruttosozialprodukt (BSP) West-Ost

Statistik West/Ost

Die ersten statistischen Erhebungen zum Brutto-Sozial-Produkt (BSP) in den neuen Bundesländern liegen vor. Das BSP misst den Geldwert aller Güter und Dienstleistungen einer Volkswirtschaft in einem Jahr. Ihm entspricht auch das »Volkseinkommen« (VE) einer Volkswirtschaft. Das statistische Bundesamt legt drei Übersichten für das BSP vor: die Entstehungs-, die Verteilungs- und die Verwendungsrechnung. Die Erhebung bezog sich diesmal nur auf das zweite Halbjahr 1990 (seit der Wirtschafts- und Währungsunion, 1.7.90).

Das BSP in den neuen Ländern betrug nominal 105,3 Milliarden DM im zweiten Halbjahr 1990. Das sind 8,3 Prozent des BSP im selben Zeitraum der alten Bundesländer. Der Anteil der Erwerbstätigen in den FNL ist jedoch 29,1 Prozent.

Jeder Arbeitnehmer im Osten verdiente durchschnittlich 1.375 DM im Monat – knapp 37 Prozent dessen, was ein Arbeitnehmer (West) verdient. Was erwirtschaftet ein Arbeitnehmer, bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt? Diese sogenannte »Arbeitsproduktivität« erreichte in den neuen Bundesländern mit 12.490 DM nur 28,5 Prozent des Wertes der alten Länder.

Viel Industrie, wenig Dienstleistungen

Bei der Verteilung des BSP fällt auf, daß die Industrieproduktion trotz des starken Rückgangs einen relativ hohen Anteil an der Gesamtwertschöpfung hat: 44 Prozent (Ost) gegenüber 40 Prozent (West). Der Dienstleistungssektor ist noch wenig entwickelt: er trägt rund 17 Prozent (Ost) bei gegenüber 29 Prozent (West).

In den neuen Ländern wurden mehr Güter und Dienstleistungen verwendet als erzeugt. Sie wurden vor allem aus den alten Bundesländern bezogen. Der Einfuhrwert lag bei 70,58 Milliarden DM, der Ausfuhrwert nur bei 32,69 Milliarden DM.

Hohe Konsumquote

Wofür verwenden die Bürger (Ost) das Geld? Relativ hoch liegt der Anteil des privaten Verbrauchs am BSP, die sogenannte Konsumquote: Sie lag mit 91,72 Milliarden DM bei 64,1 Prozent (Ost) gegenüber 56,2 Prozent (West).

Besonders niedrig lagen dafür die Bruttoinvestitionen: 14,83 Milliarden DM – das sind 10,4 Prozent der Verwendung (Ost) gegenüber 23,6 Prozent (West).

Quelle: Reuter/Süddt. Zeitung 24.4.91/ G.H.

Allgemeine Unternehmensfinanzen

Die westdeutschen Produktionsunternehmen verfügten Ende 1990 über liquide Mittel in Höhe von 677 Milliarden DM. Den größten Brocken bilden die fast 557 Milliarden DM, die als Geldanlage bei deutschen und ausländischen Banken deponiert sind (und nicht in neue Arbeitsplätze investiert werden).

Quelle: iwd Nr. 36 vom 05.09.1991

Das muss man sich mal auf der Zunge zergehen lassen! Und wenn dann die Steuersenkungen für die Wirtschaft erst einmal so richtig greifen ...

KURZMELDUNGEN AUS DEM GENOSSENSCHAFTSSEKTOR

Studie über Produktivgenossenschaften in Ostdeutschland

DGRV hält Ergebnisse unter Verschluß

An der Forschungsstelle für Genossenschaftswesen der Universität Hohenheim wurde unter der Verantwortung von Professor Dr. Werner Großkopf eine Studie über Produktivgenossenschaften in der ehemaligen DDR erstellt. Der Titel lautet »Produktivgenossenschaften in der Marktwirtschaft«. An der Durchführung beteiligt waren Martina Szales und Ludwig Glatzner. Fertiggestellt ist sie schon seit April dieses Jahres. Auf Anfragen beim Institut hieß es bisher immer, dies sei nicht der Fall. Tatsächlich wird die Studie jedoch schon seit geraumer Zeit den Vorständen der Raiffeisen-Prüfungsverbände zur Verfügung gestellt.

Vermutlich gibt der Deutsche Raiffeisen und Genossenschaftsverband (DGRV) die Studie nicht zur Veröffentlichung frei, weil er den 600 LPGen, die einen Aufnahmeantrag gestellt haben (von diesen sind mittlerweile 300 eingetragene Genossenschaften), nicht vor den Kopf stoßen will. Dies gilt ebenso für die rund 300 Produktivgenossenschaften des Handwerks, die bisher ihren Weg zu den DGRV-Regionalverbänden fanden. Daß dennoch die Vorstände der Regionalverbände mit den Ergebnissen dieser Studie »aufgeklärt« werden, ist eine eher doppelzüngige Strategie. Offensichtlich gibt die Studie die alte These über die Nichtbestandsfähigkeit produktivgenossenschaftlicher Betriebe aus der Literatur wieder, die vor allem in der deutschen Genossenschaftswissenschaft seit 1896 vertreten wird. Eine empirische Untersuchung, die sozialwissenschaftlichen Anforderungen genügt, wurde hierzu nie durchgeführt.

Mit der Verbreitung dieser Studie unter den Vorständen der genossenschaftlichen Prüfungsverbänden wird bezogen auf Produktivgenossenschaften einmal mehr das Prinzip der selbsterfüllenden Prophezeihung »angewendet«. Dies geschieht allerdings mit einem entscheidenden Unterschied zu anderen Bereichen, in denen negative Voraussagen zwecks Selbsterfüllung zum Einsatz kommen: Die Produktivgenossenschaften, die aufgrund der entsprechenden Vorurteile schon heute von ihren V erbands»vertretern« abgeschrieben sind, bekommen keine Chance, diese Vorurteile offiziell zu erfahren und sich aufgrund dieses Wissens dagegen zur Wehr zu setzen.

Ostdeutsche Landwirtschaftsgenossenschaften

Werden die LPGen zerschlagen ?

Die harte Kompromißlosigkeit des Landwirtschaftsanpassungsgesetzes (LAG) hat der brandenburgische Landwirtschaftsminister Edwind Zimmermann kritisiert. Das Gesetz sieht eine Auflösung aller alten LPGen zum Jahresende vor. Damit gebe die Koalition in Bonn zu verstehen, daß ihr »die Zerschlagung der LPG wichtiger als ein sinnvoller demokratischer Aufbau einer neuen Landwirtschaftsstruktur« sei. Als Folge, so der Landwirtschaftsminister weiter, habe ein in dieser Form noch nie dagewesener Kapitalabfluß an Agrarbetrieben eingesetzt. Der Aufbau neuer Strukturen sowie die Existenz wiedereingerichteter bäuerlicher Betriebe werde durch diese Politik bedroht.

Vertreter aus genossenschaftlichen Prüfungsverbänden betonen – allerdings nur unter vorgehaltener Hand –, der Druck auf die LPGen werde verringert. Grund sei unter anderem, daß Registergerichte und Prüfer mit der Arbeit (Prüfung und Eintragung der sich umwandelnden Genossenschaften) nicht mithalten. Insofern müßten LPGen bis Ende des Jahres vermutlich nur die Umwandlungsversammlung durchgeführt bzw. den Prüfungsantrag gestellt haben. Dann bleiben sie vorerst von der Zwangsliquidation verschont. Der Begriff vermutlich steht dafür, daß dies nicht gesetzlich abgesichert wird, sondern auf dem Willen und der Einsicht der genossenschaftlichen Verbände und einzelner politisch Verantwortlicher beruht. Sie wissen, daß sich andernfalls die katastrophale Situation in der ostdeutschen Landwirtschaft ins Unerträgliche steigert.

Innova-Entwicklungsagentur für Genossenschaften, Bonn

Finanzielle Förderung in letzter Minute halbiert

Mündlich war eine dreijährige Förderung der Innova-Entwicklungsagentur in Bonn, die eng mit dem Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens zusammenarbeitet, schon zugesagt. Sie wurde nun doch noch kurzfristig halbiert. Grund ist eine Umwidmung des Topfes »Förderung der Erprobung neuer Wege in der Arbeitsmarktpolitik«. Auch die über diesen Titel jahrelang finanziell abgesicherte BBJ-Consult muß »Federn lassen". Für beide Institutionen ist damit mittelfristig eine Erfüllung ihrer Ziele, die Schaffung von Arbeitsplätzen im Genossenschafts- und Selbsthilfesektor, nicht mehr gesichert. Das gleichzeitige Angebot, für konkrete, zeitlich befristete Projekte, Fördermittel aus dem genannten Titel zu bekommen, wird beim Bonner Verein mit wenig Optimismus betrachtet. Fehlende Hinweise, wie dies vonstatten gehen könne, lassen einen hohen Antragsaufwand ohne große Erfolgschancen befürchten.

Status von Wohnungsbaugenossenschaften

Steuerfreiheit oder Steuerpflicht?

Alle Wohnungsbaugenossenschaften müssen bis zum 31. Dezember 1991 bzw. bei Ausübung der Option für die Steuerfreiheit 1990 bis zum 31. Dezember 1992 die Entscheidung darüber fällen, ob sie in den Folgejahren steuerpflichtig sein wollen oder die Steuerbefreiung gemäß §5 Abs.1 Nr. 10 KStG in Anspruch nehmen. Diese gesetzliche Möglichkeit zur Entscheidung für die dauerhafte Steuerpflicht – unabhängig davon, ob die Voraussetzungen zur Steuerfreiheit gemäß §5 Abs.1 Nr. 10 KStG vorliegen – stellt die Genossenschaften vor eine unternehmenswirtschaftlich entscheidende Frage: Sollen sie auf Dauer die Steuerpflicht des gesamten Unternehmens oder die Steuerfreiheit mit lediglich partiell steuerpflichtigem Geschäftskreis (Zehn-Prozent-Grenze) wählen? Überlegungen und Kriterien für die Entscheidungsfindung wurden vom Gesamtverband der Wohnungswirtschaft e.V. (GdW), Bismarkstraße 7, 5000 Köln 1 zusammengestellt. Das Heft mit dem Titel »Steuerpflicht oder Steuerfreiheit für Wohnungsgenossenschaften«, Nr. 34 der GdW Schriften, kann unter der genannten Adresse bestellt werden. Auf diese Möglichkeit, sich kompetent zu informieren, sollte nicht verzichtet werden!

SERIE »AUF DER SUCHE NACH ALTERNATIVEN GELDANLAGEN UND FINANZIERUNGEN«, TEIL III

Ethische Geldanlagen

Mit Schuldzuweisungen für Umweltzerstörungen und Waffenexportskandale ist der politisch aufgeklärte Mensch oft schnell bei der Hand: Es sind die leistungsfähigen Unternehmen unserer Wirtschaft, die für solches Machwerk die Verantwortung tragen.

Redaktion Heidelberg ● Doch so einfach ist es nicht. Schließlich sind wir (fast) alle, und sei es auch nur mittelbar über eine Bank, finanziell an solchen Unternehmen beteiligt. Aber wohin soll der/die ökologisch und sozial denkende SparerIn sein/ihr Geld bringen, wenn er/sie es nicht daheim im Sparstrumpf lassen will?

Obwohl spätestens seit der Ökobank-Gründung 1988 ein stark wachsendes Interesse für alternative Geldinstitute zu erkennen ist, sind diese hierzulande noch weitgehend unbekannt. Welches Entwicklungspotential da besteht, zeigt sich in den angloamerikanischen Ländern, wo ethisch-ökologische Geldanlage zu einem bedeutenden Marktsegment geworden ist. So werden nach einer Schätzung des amerikanischen Verbandes »Social Investment Forum« in den USA derzeit ca. 650 Milliarden Dollar nach ethischen Kriterien angelegt.

Dieser und der folgende Beitrag sollen helfen, bestehende Informationsdefizite abzubauen und eine Marktübersicht über Geldanlagen mit ethischer Zielsetzung zu gewinnen. Während sich der vorliegende Artikel mit alternativen Geldanlagen bei Kreditinstituten und 'ethischen' Investmentfonds beschäftigt, nennt der nächste Möglichkeiten für den/die GeldanlegerIn, selbst in die Rolle des/der KreditgeberIn zu schlüpfen oder sich bei alternativen Unternehmen und Projekten am Eigenkapital zu beteiligen.

Geldanlagen bei Banken

Die hier vorgestellten »Alternativbanken« unterscheiden sich von »normalen« Kreditinstituten dadurch, daß sie die Spareinlagen ihrer Kunden nicht an beliebige Kreditnehmer ausleihen, sondern stattdessen zielbestimmt alternative Zwecke, etwa im sozialen oder im ökologischen Bereich, fördern. Geldanlagen können bei diesen Instituten auch per Überweisung durch die Hausbank getätigt werden.

Die **Bank für Sozialwirtschaft** (BfS) wurde 1923 von den Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege gegründet. Die Bank versteht sich als Hausbank sozialer und gemeinnütziger Einrichtungen und bietet diesen umfangreiche Finanzdienstleistungen an.

Bei der BfS steht Gewinnmaximierung nicht im Vordergrund. Sie betrachtet aber die Rentabilität ihrer Geschäfte als ein Mittel, ihren KundInnen vorteilhafte Lösungen bieten zu können. Beispielsweise erhalten gemeinnützige Einrichtungen und Organisationen der freien Wohlfahrtspflege günstige Kredite und werden über ihr Girokonto am Erfolg der Bank beteiligt.

Auch gewöhnliche SparerInnen können ihr Geld bei der BfS anlegen. Die BfS zahlt marktgerechte Zinsen für Festgelder, Sparbriefe, Bankschuldverschreibungen und Spareinlagen aller Fristen.

Um die Sicherheit ihrer Gelder brauchen sich die AnlegerInnen keine Sorgen zu machen. Die Bank ist den Garantieeinrichtungen der Volks-und Raiffeisenbanken angeschlossen.

Weitaus bekannter, obwohl von der Bilanzsumme her wesentlich kleiner als die BfS, ist die Frankfurter **Ökobank**. Diese erst drei Jahre alte Genossenschaftsbank hat sich die Förderung von alternativen Formen des Wirtschaftens, insbesondere in Bereichen wie Selbstverwaltung, Ökologie und Frieden zum Ziel gemacht.

Dem Ökobank-Angebot an Geldanlagen liegen zwei Prinzipien zugrunde: Um eine möglichst hohe Förderung der KreditkundInnen durch zinsgünstige Förderkredite zu ermöglichen, können die GeldanlegerInnen bei einigen, ansonsten ungefähr marktüblich verzinsten Anlageformen auf Zinsen ganz oder teilweise verzichten. Außerdem bietet die Ökobank durch spezifische Sparbriefe, nach deren Zeichnungsvolumen sich ihr Kreditengagement auf die verschiedenen Förderbereiche anteilmäßig verteilt, ein Höchstmaß von anlegerInnenorientierter transparenter Aktiv-Geschäftspolitik. Die GeldgeberInnen sollen gezielt bestimmen können, was mit ihrem Geld geschieht.

So wird neben dem Angebot üblicher Sparformen wie z.B. dem Sparkonto mit gesetzlicher Kündigungsfrist, Ratensparverträgen, Festgeldern und dem allgemeinen Sparbrief mit unterschiedlichen Laufzeiten und festem Zins eine Auswahl an Fonds- und Projektsparbriefen offeriert.

Fondssparbriefe gibt es für folgende Bereiche: Kultur, Frauen, Bildung, psychisch Kranke, Selbstverwaltung und Umwelt. Durch den Kauf von Projektsparbriefen kann das Geld noch gezielter angelegt werden. Solche Briefe sind beispielsweise für die Finanzierung von Krediten an den Verkehrsclub der Bundesrepublik Deutschland e.V. (VCD) und für das Ökologische Null-Energie-Haus aufgelegt worden. In der ca. vierteljährlich erscheinenden Mitgliederzeitschrift Ökorrespondenz berichtet die Bank über ihre Arbeit und stellt die geförderten KundInnen den ca. 19.000 GenossInnen vor.

Die Ökobank ist zwar kein Mitglied eines Einlagensicherungsfonds der Kreditinstitute, sie weist aber ein aus der Gründungsphase resultierendes, extrem günstiges Verhältnis des Eigenkapitals zu den ausgeliehenen Krediten auf.

Anthroposophen gründeten 1974 die Bochumer **GLS Gemeinschaftsbank**, bei der »GLS« für »Gemeinschaft für Leihen und Schenken« steht. Die GLS-Bank unterstützt eine breite Palette wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und wissenschaftlicher Initiativen, die in den letzten Jahren auch über den engeren anthroposophischen Bereich hinausgingen. Gefördert werden z.B. Waldorfschulen, biologisch-dynamische Landwirtschaften und viele andere Projekte.

Spareinlagen verschiedener Fristigkeiten werden bei der GLS marktüblich verzinst, sofern die SparerIn nichts anderes mit der Bank vereinbart. Um günstige Kredite vergeben zu können, fordert die GLS ihre EinlegerInnen dazu auf, auf Zinsen möglichst zu verzichten. Die Sicherheit der Einlagen ist durch Mitgliedschaft im Verbund der Volks- und Raiffeisenbanken garantiert.

Da es den Bochumern um persönliche Beziehungen zwischen GeldgeberInnen und -nehmerInnen geht, propagieren sie nicht in erster Linie das Bankensparen und bieten von daher auch keine Sparbriefe und ähnliche Sondersparformen an, sondern Personalkredite, Direktkredite, Beteiligungen und Schenkungen.

Katholische Missionsprojekte sowie soziale Engagements in armen Ländern kann die SparerIn über das **Steyler Missionssparinstitut** finanzieren. Spareinlagen verschiedener Laufzeiten verzinst das Institut wahlweise auf Marktniveau, es wird jedoch ein Zinsverzicht nahegelegt. Die Einlagen sind über einen Einlagensicherungsfonds abgesichert.

Im Münchener Raum arbeitet die **Integra Spar- und Kreditgenossenschaft**, die 1972 von der katholischen integrierten Gemeinde initiiert worden ist. Der Schwerpunkt ihrer Tätigkeit liegt in Geschäften mit den Gemeindemitgliedern sowie in der Förderung kleiner und mittlerer gewerblicher Unternehmen, ökologischer Projekte und gemeinnütziger Initiativen.

Die Integra nimmt Spareinlagen verschiedener Laufzeiten zu marktüblichen Zinsen entgegen, die Sicherheit der Einlagen ist durch Mitgliedschaft im genossenschaftlichen Bankenverbund gewährleistet.

Wertpapieranlagen: Vermögensverwaltungen und Investmentfonds

Ethisches Investment hat in den USA eine lange Tradition. Bereits vor 20 Jahren wurde mit dem Pax World Funds der erste »ethische« Investmentfonds aufgelegt.

Inzwischen gelten Fonds, deren Vermögen nach ethischen Kriterien in Wertpapieren angelegt werden, nicht mehr als Exoten, ihre Kurse (Preise) sind in renommierten Finanzblättern aufzufinden. Laufend kommen in dieser stark expandierenden Branche neue Namen hinzu.

Die Fondsmanager investieren die KundInnengelder entweder nach Negativkriterien – z.B. keine Anlagen in Unternehmen, die Rüstungsgeschäfte betreiben, umweltschädigende Produkte herstellen, Tierversuche durchführen oder im Atomkraftgeschäft tätig sind – oder auch nach Positivmerkmalen wie in Unternehmen, die umweltfreundliche Technologien und Produkte entwikkeln oder in denen es besonders humane Arbeitsbedingungen gibt. Mehrere Forschungsinstitute sind damit beschäftigt, Unternehmen nach solchen Kriterien abzuklopfen. In dem derzeit größten dieser Art, dem Investor Responsibility Research Center (IRRC), sind rund 40 Personen beschäftigt, zudem gibt es einen Beirat mit 21 Mitgliedern.

Daß Ethik bei der Geldanlage nicht gleichbedeutend mit Gewinnverzicht ist, zeigt sich daran, daß sich die Rendite der Ethikinvestmentfonds durchaus mit der Rendite »herkömmlicher« Fonds vergleichen lassen kann, manchmal schneiden die Ethikfonds sogar besser ab.

So schaffte der Pax World Funds im Jahre 1989 mit einem Wertzuwachs von über 24 % gar den Sprung unter die besten 10 amerikanischen »gemischten« Fonds, berichten die Österreicher Max Deml und Michael Jungmeier vom Wiener Forschungsinstitut für ethisch-ökologische Geldanlagen (Fifega) in ihrem 1990 erschienenen Buch »Grünes Geld«.

Hierzulande ist das Ethik-Investmentgeschäft noch nicht so verbreitet. Pionier auf dem deutschen Markt war die **Artus Ethische Vermögensverwaltung**. Seit Ende 1988 legen die Artusleute die Gelder ihrer Klientel in etablierten amerikanischen und britischen Ethikfonds wie New Alternatives oder Merlin Ecology an.

Das anfangs positive Echo schlug jedoch rasch ins Gegenteil um, als sich Artus mit der Siegener Vertriebsgesellschaft **Concorde** zusammenschloß. Concorde, die über ein großes Netz von auf Provisionsbasis beschäftigten AußendienstmitarbeiterInnen verfügt, besitzt in Expertenkreisen einen sehr schlechten Ruf und ist in der Vergangenheit durch üble Geschäftspraktiken aufgefallen. Beispielsweise sind Fälle bekannt, in denen Concorde-Vertreter ihre KundInnen nicht auf alle anfallenden, zum Teil beträchtlich hohen Kosten hingewiesen haben.

Seriöser geht es bei der **DG Capital Management Vermögensverwaltung**, einer Tochter des Spitzeninstitutes der Volks- und Raiffeisenbanken, zu.

Ihrer Zielgruppe – Stiftungen, kirchlichen und charitativen Organisationen, Umweltverbänden und vermögenden Privatanlegern – bietet sie ab 200.000,– DM mit ihrem »**DG Capital Öko 2000**« ein professionelles Depotmanagement an. Die Vermögen ihrer KundInnen sollen in internationalen Aktien von Unternehmen angelegt werden, die auf Gebieten wie umweltfreundlicher Energiegewinnung, Herstellung umweltfreundlicher Produkte etc. arbeiten.

Daß es hier jedoch Zuordnungsschwierigkeiten geben kann, wird daran deutlich, daß eine Schwerpunktanlage 1990 Aktien der Deutschen Babcock gewesen sind, eines Unternehmens, das zwar rund 30 % seines Umsatzes mit Umwelttechnologie macht, aber andererseits auch im Kernkraftgeschäft tätig ist.

Jedenfalls geben die Vermögensverwalter im Prospekt an, bei der Ermittlung von Umweltaktien mit Umweltschutzorganisationen zu kooperieren (wobei diese allerdings nicht namentlich genannt werden).

Überhaupt ist es nicht einfach, am heimischen Kapitalmarkt »grüne Aktien« auszumachen. Zum einen ist in Deutschland die Aktiengesellschaft als Unternehmensform nicht sehr verbreitet (1989 gab es hier nur 720 börsennotierte AG's), zum anderen erwirtschaften die im Umweltgeschäft tätigen Unternehmen oft nur einen geringen Teil ihres Umsatzes in dieser Sparte. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß die heimischen Umweltinvestmentfonds hauptsächlich auf die Anlage in internationalen Werten ausgerichtet sind.

International legt auch der Kölner Investmentclub **Ethisches Investment Köln (EthIK)** das Geld seiner Mitglieder an. Mit Hilfe einer professionellen Vermögensverwaltung will EthIK hauptsächlich in 'saubere' Wirtschaftsbereiche, z.B. in Firmen mit alternativer Energiegewinnung, mit fairen Handelspraktiken und überdurchschnittlichen Sozialleistungen investieren.

Als erste deutsche Großbank stieg die **Bayerische Hypotheken- und Wechselbank** in das Ökoinvestmentfondsgeschäft ein. Über ihre Luxemburger Tochter H.C.M. brachte sie 1990 die Aktienfonds **H.C.M.-Eco-Tech** und **H.C.M.-Umweltfonds** heraus, mit denen sich auch KleinanlegerInnen an der Anlage in »ökologisch-innovativen« Unternehmen beteiligen können.

Die Münchener Finanzdienstleistungsgesellschaft **Focus** gründete Ende 1990 mit ihrem Umwelttechnologiefonds **Euroinvest** den ersten Ökofonds nach deutschem Recht und bot gleichzeitig ein Novum:

Es sollen überwiegend Wertpapiere von Unternehmen gekauft werden, deren Umsätze oder Gewinne zu mehr als 50 % aus dem Umwelttechnologiebereich resultieren.

Der neueste deutsche Umweltfonds wurde von der **Evangelischen Kreditgenossenschaft** in Zusammenarbeit mit der DG Capital Management im Mai 1991 via Luxemburg aufgelegt. Das Management des **KD Öko-Invest** obliegt der DG Capital.

Angesichts der Perspektiven der Ökobranche ist anzunehmen, daß in nächster Zeit noch einige andere »grüne Fonds« aufgelegt werden. Der umweltbewußte Anleger sollte sich jedoch darüber im Klaren sein, daß diese Umwelttechnologiefonds oft nicht so grün sind, wie sie sich geben. Flotte Sprüche im Werbeprospekt wie 'Tun Sie was für Ihre Gesundheit' bei H.C.M. scheinen doch etwas dick aufgetragen, wenn sich dann die amerikanische Müllentsorgungsfirma Waste Management auf der Anlageliste befindet, die in den USA wegen Grenzwertüberschreitungen arg kritisiert worden ist. Überhaupt beinhaltet eine Depotzusammenstellung nach Positivkriterien immer die Problematik, daß Aktiengesellschaften aufgenommen werden können, die zwar einerseits Umweltschutztechnologien und -produkte bereitstellen, auf anderen Gebieten jedoch selbst Umweltschädigung betreiben.

Solange hierzulande noch kein Kontrollinstrumentarium wie in den USA und Großbritannien – mit Expertenbeiräten, die die Anlagepolitik überwachen, Forschungsinstituten, Ethik-Rating-Agenturen, spezifischen Publikationen etc. – besteht, muß der Anleger allein auf das Öko-/Ethik-Verständnis der Fondsmanager vertrauen.

Mit der Ethik tut sich auch das Bundesaufsichtsamt für Kreditwesen in Berlin schwer. Die **Bank für Sozialwirtschaft** wollte ihren Rentenfonds, also einen Fonds, dessen Vermögen in festverzinslichen Wertpapieren angelegt wird, ausdrücklich als Ethikfonds betiteln, doch die Bankenaufsichtsbehörde verweigerte der Fachbank der freien Wohlfahrtspflege dieses Anliegen. Wenn man einem Investmentfonds das Ethik-Etikett zugestehen würde, müßten andere Geldanlagen als unethisch gelten, begründete die Behörde. Außerderdem könne »Ethik« nicht eindeutig definiert werden.

So heißt der Fonds der BfS nun »**Secura Rent Lux**«, dessen Anlagerichtlinien im Unterschied zu den Umwelttechnologiefonds nicht nur ökologische, sondern auch weitere Aspekte – keine Anlage in Ländern, die die Menschenrechte mißachten, keine Unternehmen mit Rüstungsgeschäften – berücksichtigen.

Die Frankfurter **Ökobank** hat bisher noch keinen Umweltfonds herausgegeben. Es ist jedoch geplant, in Zukunft eine Alternative zu den hiesigen Technologiefonds anzubieten.

Es bleibt zu hoffen, daß sich ethisches beziehungsweise ökologisches Investment weiter verbreitet, sieht man einmal von anfänglichen Ungereimtheiten ab.

Denn um einen ökologischen und sozialverträglichen Umbau der Marktwirtschaft zu erreichen, muß man auf den für alles Wirtschaften so wichtigen Kapitalmarkt Einfluß nehmen.

Und daß dazu mächtige Investmentgesellschaften eher in der Lage sind als z.B. die bisher belächelten Kleingruppen 'kritischer'Aktionäre, liegt auf der Hand. ●

Autorenteam:
Dr. Arnd Kluge
Dipl.-Volkswirt Walter Müller
Martin Wiekert
und Olaf Voß

Anzeige

SERVICE:

Literaturhinweise:
»Grünes Geld: Handbuch für umweltbewußte Anleger« von Max Deml und Michael Jungmeier, erschienen 1990 im Service Fachverlag Wien.

Die Österreicher geben in Ihrem Buch u.a. einen ausführlichen Überblick über die angloamerikanische Umwelt- und Ethik-Investmentbranche.

»Marsch in die Grünanlagen«, Finanztest Ausgabe 3/91. Hier werden Angebote für alternative Geldanlagen ausführlich untersucht.

Adressenliste Investmentfonds:
H.C.M. Hypo Capital Management
Vermögensbetreuungsges. mbH
Denningerstr. 130-132
8000 München 81
Anlageart: Anteile an Investmentfonds H.C.M.-Eco-Tech und H.C.M.- Umweltfonds (Mindestanlage ca. 100,– DM)

Focus Wertpapierverwaltungs- und
Finanzberatungsges. mbH
Guntherstr. 21
8000 München 19
Anlageart: Anteile an Focus Umwelttechnologiefonds Euroinvest (Mindestanlage 5.000,– DM)

Bank für Sozialwirtschaft GmbH
Keithstr. 2
Postfach 11 01 05
1000 Berlin 30
Anlageart: Anteile am Investmentfonds Secura Lux (Mindestanlage ca. 100,– DM)

Evangelische Kreditgenossenschaft eG
Seidlerstr. 6
3500 Kassel
(in Zusammenarbeit mit der DG Capital Management GmbH)
Anlageart: Anteile an KD Fonds Öko-Invest (Mindestanlage ca. 100,– DM)

Allgemein:
Ausgabeaufschläge und Verwaltungsgebühren der angegebenen Investmentfonds bewegen sich im marktüblichen Rahmen. Die Anteile der Fonds können prinzipiell auch über die Hausbank erworben werden.

Vermögensverwaltungen:
DG Capital Management GmbH
Am Platz der Republik
6000 Frankfurt a.M.
Anlageart: professionelle Vermögensverwaltung DG Capital Öko 2000 auf Vollmachtbasis (Mindestanlage 200.000,– DM)

Concorde-Artus
Ethische Vermögensverwaltung GmbH
Weidenauer Str. 179
5900 Siegen
Anlageart: Anteile am Gemeinschaftsdepot; es werden Investmentzertifikate amerikanischer und britischer Ethikfonds erworben (Mindestanlage 50,– DM mtl.)

Ethisches Investment Köln
Seyengasse 2
5000 Köln 1
Anlageart: Anteile am Gemeinschaftsdepot (Mindestanlage 5.000,– DM)

JOBS

Der **Fahradladen Sachsenhausen** sucht nichtrauchende/n, mitarbeitende/n Teilhaberin/Teilhaber. Eigenkapital notwendig.
Frankfurt/Main ☎ (069) 61 68 61
Di-Fr 13.30 - 18.00 Uhr

Suche **Tischler/in** zur Gründung einer **Werkstattgemeinschaft** im **Raum Göttingen**. Sehr schöne Werkstatt zur Übernahme vorhanden.
Uwe Stelter, ☎ (05502) 20 14

Selbstverwalteter Betrieb sucht
Offsetdruckerin
für GTO 1-Farben oder MILLER 2-Farben. Wir wünschen uns Berufserfahrung evtl. ist aber auch eine Umschulung möglich. Wir bieten die 35-Stunden-Woche, branchenüblichen Streß, diverse Annehmlichkeiten und angemessenen Lohn. Wir arbeiten in den Bereichen DTP, Reproduktion und Druck.
HINTERHOF DRUCKEREI Fröling KG
Telefon 040/43 22 02

JOBSUCHE

Bin **Zeichner** (Karik., Bildgesch., Illustr.) und **Erzieher** (5-jähr. Kita-Erfahrung und suche demnächst Job in graf. Büro, bei kritischer Zeitung o.ä. oder im Kinderladen/Abenteuerspielplatz.
Großraum Stuttgart-Bodensee.
Gerhard Mauch-Kahlau
Leimenstr. 7
7210 Rottweil
☎ (0 74 27) 21 31

Dipl.-Ing. (Arch.), 41, kommt mit dem Gegeneinander auf normalen Baustellen nicht klar. Suche Arbeit in Projekt/Ökodorf. Experimentelles/ökologische Bauen in Norddeutschland: Anders leben, anders arbeiten, Kommunikation, Konsensprinzip
– Illusion? Möchte außer Zeichnen auch selbst mit anfassen. LKW-Führerschein vorhanden.
Peter Konagel
Grenzweg 15
2223 Meldorf

Ich will mein Glück probieren... in einer selbstverwalteten, ökologisch arbeitenden **Tischlerei** bevorzugt im Raum 2000-3500. Ich bin Lehrling im ersten Jahr und suche eine(n) Meister(in) ab September 1992.
Jenny Katharina Mumm
Kaiserstr.10
6900 Heidelberg
☎ (06221) 2 15 01

Ich möchte gerne in einer Landkommune lebend arbeiten. Ich habe Energie für Landwirtschaft & Handwerk & Kinder; möchte noch dazulernen.
Weg in die Freiheit...
Alexandra Reith
Jenseits der Aue 10
2905 Osterscheps
☎ (04405) 3 38

ökowerk
Altersversorgung im Kollektiv statt Solidaritätszuschlag!
Informationen bei:
ökowerk e.V.
Fichtenstr. 42, 4000 D'dorf
Telefon 0211 - 97 37 150
e.V.

LANDWIRTSCHAFT

Kleine, robuste, schwere Weidekuh, rotbunt, hochtragend, günstig abzugeben. Kann evtl. auch gebracht werden.
Uli ☎ (05605) 30 17

VERSICHERUNG

Single? Rentenversicherung? Keine Gesundheitsprüfung! Besonders günstige Prämien durch individuelle Gestaltung. **versiko GmbH** – die ökologische Finanzberatung und Versicherungsvermittlung mit 16 Jahren Erfahrung! 4000 D'dorf – Fichtenstr. 42 ☎ (02 11) 97 37 111.

EUROP. SOMMERAKADEMIE

MITHILFE

sucht die niederländische Stiftung »Union« mit Sitz in Rotterdam bei der Vorbereitung zu einer »Europäischen Sommerakademie« 1992. Von 1992 an will die Stiftung in Südfrankreich jedes Jahr während einiger Wochen verschiedene Kurse organisieren, bei denen sich progressive Leute aus ganz Europa treffen können. Für ein Gelingen dieser Initiative werden Ideen und Kreativität von Euch gefordert. Ihr könnt eine Selbstdarstellung mit Fragebogen der Stiftung über den CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1 anfordern.

PROJEKTE

Fahrende Hamdwerker (-Innen?) !!
Biete warmes Winterquartier gegen Hilfe beim Innenausbau.
Raum Hohenlohe, PLZ 71.
Chiffre: Winter

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

Dokumentation zum Sommerseminar
Die Seminarzeitung zum Sommerseminar Alternative Ökonomie des Theoriearbeitskreises Alternative Ökonomie der AG SPAK mit dem Schwerpunkt Utopien kann für 15,– DM plus Porto bei Andrea Gerth, Löwenstr. 16, 6800 Mannheim 51 bestellt werden. Ebenfalls dort erhältlich ist der vierteljährlich erscheinende Rundbrief Alternative Ökonomie (pro Ausgabe 8,– DM).

LESERBRIEFE

Guten Tag!
Mit Interesse verfolgen wir Eure Serie »Auf der Suche nach alternativen Geldanlagen und Finanzierungen«.

In der Ausgabe 11/91 ist eine Übersicht über alternative Finanzdienstleistungen und Anbieter abgedruckt. In dieser Liste habt ihr auch uns mit aufgeführt. Dazu müssen wir der Ordnung halber natürlich feststellen, daß es im Versicherungssektor keine alternativen Versicherungen gibt. Unsere Mitglieder sind auf den traditionellen Markt angewiesen und arbeiten im Rahmen unserer Satzung verbraucherorientiert, was für uns eine Alternative darstellt.

Der Spielraum ist auch hier noch sehr eng begrenzt und beschränkt sich auf das Aushandeln von Gruppen- und Rahmenverträgen für verschiedene Branchen oder die Gründung des NETZ-Versorgungswerkes im Jahre 1990.

Der Vollständigkeit halber möchten wir aber noch ergänzen, daß auch wir uns in unserem Sektor viele Gedanken um alternative Geldanlagen machen. So arbeiten verschiedene Mitglieder von uns als Regionalfirmen der Ökobank und bieten darüber auch konkret Alternativen an. Darüberhinaus bietet eine Reihe von Mitgliedern auch Investmentfonds im ethisch/ökologischen Bereich an. Über ein Kooperationsprojekt mit der Firma Tandem in Bremen haben wir Beteiligungen an einem Wildpark angeboten und sind auch dabei, diese Idee verstärkt weiter zu verfolgen. Auch in anderen Bereichen haben wir Initiativen ergriffen und hoffen, daß sich hier nicht nur unter anderem Aspekt der Öffnung des Binnenmarktes etwas tut.
Mit freundlichen Grüßen
Verbund der Fairsicherungsläden eG
Harald Deerberg

Antwort auf den Leserbrief von Erich Jungnickel

Schade, daß der Leserbrief von Erich Jungnickel so pathetisch-endgültig formuliert wurde. Eine Antwort macht keinen rechten Spaß – sie scheint mir aber bezüglich des im Leserbrief zum Ausdruck kommenden fundamentalen Mißverständnisses hinsichtlich der Absicht der Artikelserie als notwendig.

Hätte Erich Jungnickel den beiden einleitenden Absätzen mehr Beachtung geschenkt, so wäre seine Aufregung wahrscheinlich in Grenzen geblieben.

Ziel des Einführungsartikels zur Serie war es, die Notwendigkeit alternativer, sprich ethischer Motive beim Angebot und der Nachfrage von Finanzdienstleistungen aufzuzeigen und sie in das für uns gegebene (und auch gesamtwirtschaftlicher Allokationsmechanismus konkurrenzlos) marktwirtschaftliche System einzuordnen, in dem es nun einmal aufgrund des Marktversagens in vielen Bereichen (soziale Kosten, negative Externalitäten) zu unsozialen, teilweise unmenschlichen Ergebnissen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Prozesse kommt.

Auch wäre es sinnvoll gewesen, dem Gebrauch des Konjunktivs Rechnung zu tragen, denn zu Anfang der Einführung in die Artikelserie wurde die These von der Marktwirtschaft als ethisches System (im Konjunktiv!) aufgestellt, um sie später durch den Hinweis auf »das entscheidende Manko« zu widerlegen.

Walter Müller, Marburg

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 DM** (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **30 DM** (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck,Geldscheinen,nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. **Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein.** Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

SCHNIPSEL

Wir haben das komplette Lieferprogramm!
Schreibwaren und Geschenkartikel aus vup-Umweltschutzpapier.
Briefumschläge - Versandtaschen - Briefpapier - selbstklebende Etiketten - Computerpapier - Schreibunterlagen - Papiertragetaschen - Schreibgeräte - Kalender - Formulardrucke - Geschenkpapier - . . . und vieles mehr
Katalog anfordern (3.- DM in Briefmarken) und staunen!
blätterwald e.G.
Vertrieb von umweltfreundlichen Produkten
Groß- und Einzelhandel
blätterwald e.G.
Weilstr. 2
6292 Weilmünster
☎ (06472) 70 31-34
Fax: (06472) 27 98

LIBERTÄR '92
Anarchistischer Wandkalender

»Gelebte Anarchie«
Selbstverwaltung in der Spanischen Revolution 1936-1939
HERAUSGEGEBEN VON »DAS ANARCHIV«

Der Wandkalender für das Jahr 1992 hat das Thema **»Gelebte Anarchie«**. Unter diesem Titel wollen wir einen Einblick in das große gesellschaftliche Experiment der generalisierten **Selbstverwaltung** geben, das in weiten Teilen Spaniens während des Bürgerkrieges 1936–39 existierte. Es handelt sich hierbei um die umfassendste Revolution unter anarchistischem Vorzeichen, die je verwirklicht wurde und in der eine ganze Gesellschaft nach libertären Prinzipien funktionierte.

Pro Monat wird ein Aspekt in Bild und Wort vorgestellt – von der Industrie über Landwirtschaft, Bildung, Transport, Gesundheitswesen bis hin zu Handwerk und Ernährung. Mit der Auswahl von weitgehend unbekanntem Bildmaterial wollen wir zeigen, daß libertäre Selbstverwaltung mehr sein kann als nur ein Konzept für Kleinfirmen in der Nischenwirtschaft von »Wohlstandsgesellschaften«: ein allgemeines Prinzip zur Organisation sozialen Lebens.

In einem einleitenden Essay vermittelt *Horst Stowasser* den historischen Zusammenhang und stellt die Frage nach der Aktualität dieser Erfahrungen. Der Kalender hat Din A 3-Format und kostet 25 DM.

Der Wandkalender »Libertär« erscheint jährlich im Anarchistischen Dokumentationszentrum »Das AnArchiv«.
Der Gewinn dient der Finanzierung des Zentrums, das seit 1971 besteht (vormals ADZ) und der FICEDL (Fédération Internationale des Centres d' Études et Documentation Libertaires) in Genf angeschlossen ist.

Bestellungen bitte an:
AnArchiv · Hauptstr. 118 · 6730 Neustadt/Wstr.
22,– DM (incl. Porto u. Verpackung)
als Scheck/Schein/dt. Marken im Couvert

Die WochenZeitung
WoZ
WEIL'S IN DER GANZEN BRD NICHTS VERGLEICHBARES GIBT.

☐ Ich will die schweizerische WochenZeitung WoZ kennenlernen und vergleichen, bitte senden Sie mir vier Nummern gratis.
Vorname:
Name:
Strasse:
PLZ/Ort:
Einsenden an:
WoZ, Postfach, CH-8059 Zürich

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
☎ (06221) 16 24 67
CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die Stammbelegschaft, während in den Regional- und Fachredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, Abonnenten- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
1000 Berlin 36, Helmut Bonn, Sebastianstr. 87, ☎ (030) 65 15 64; **3400 Göttingen**, Thomas Hardwig, Geiststr. 10/1, ☎ (0551) 5 10 35; **4700 Hamm**, Redaktion Ruhrgebiet, c/o Chaos-Zentrum Hamm, Götz Paschen, Postfach 18 44, ☎(02381) 1 36 69; **6900 Heidelberg 1**, CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, ☎(06221) 18 34 02; **7053 Stetten**, Redaktion Südwest, Andreas Küstermann, Mercedesstr. 8, ☎ (07151) 4 55 25 o. 4 15 76, Fax: 47536; **8500 Nürnberg**, Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ (0911) 26 77 68; **Österreich, 1020 Wien**, Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, ☎ (0043- 222) 26 72 84; **O-4500 Dessau**, Peter Schneider, Kurt-Weill-Str. 31, ☎ (003741) 37 93 (auch Fax); **O-8060 Dresden**, Rothenburger Str. 43, ☎ (003751) 57 09 14 (auch Fax) **Niederlande, 1019AT Amsterdam**, Waldemar Schindowski, ID-Archiv, ISSG, Cruquisweg 31, ☎ (003120) 668 58 66

Fachredaktionen :
Autonome Frauenseite: 1000 Berlin 44, REA, Ricarda Buch, Hermannstr. 229, ☎ (030) 621 88 62 · Fax: (030) 621 86 40; **Alternative Energie/Technik: 1000 Berlin 36**, Wuseltronik, Christian Sauer, Paul-Lincke-Ufer 41, ☎ (030) 618 50 71 · Fax (030) 618 50 75; **Grafische Betriebe: 1000 Berlin 36**, Constantin Bartning, Paul-Lincke-Ufer 44a, ☎ (030) 611 68 03; **Kultur: 7400 Tübingen**, Eckhard Holler, Herrenbergstr.15, ☎ (07071) 4 33 41; **Genossenschaften, Ökobank: 7800 Freiburg**, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23; **Sozialpolitik: 8000 München 2**, AG SPAK, Heinz Schulze, Adlzreiterstr. 23, ☎ (089) 77 40 77; **Kommunen: 6445 Alheim-Oberellenbach**, Riedmühle e.V., Oberer Erlenbach 9, ☎ (05664) 70 28; **Naturkost: 4500 Osnabrück**, Herrmann Cropp, Postfach 1641, ☎ (05402) 73 73; **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 1000 Berlin 19**, Elisabeth Voß, Friedbergstr. 1, ☎ (030) 323 75 10
V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎(06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2/86
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1;
Satz: Ganzseitenumbruch auf TEXTLINE-PDP 5.0
Ausgabe: Monotype-Lasercomp
Druck: Caro-Druck, Mainzer Landstr. 147, 6000 Ffm 1

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

HAMBURG

Organisationsentwicklung in kleinen Betrieben und Organisationen
Termin: 15. bis 17.1.1992
Führen..., leiten..., eine Frage der Persönlichkeit?!
Termin:31.1./1.2.92 und 7./8.2.92
Alle Veranstaltungen beim Netzwerk Hamburg
Anmeldung & Information:
Bildungs-Netzwerk e.V.
Gaußstr. 17 · 2000 Hamburg 50
☎ (0 40) 39 51 51

BONN

Erfolgreich wirtschaften solidarisch arbeiten in Genossenschaften
Mitglieder/Mitarbeiter aus selbstorganisierten Projekten sollen in die Lage versetzt werden, konkrete Planungsschritte zum Aufbau eines selbstverwalteten Betriebes in genossenschaftlicher Rechtsform zu vollziehen. Basisinformationen zum Gründungsfahrplan einer Genossenschaft und Umsetzungstechnik in Form von Planspielen sind Bestandteil des Programms.
Termin & Ort:
31. Jan. bis 2. Feb. 1992 in Hattingen.
Schriftliche Anmeldungen:
Innova-Genossenschaftsförderung
Am Hofgarten 20, 5300 Bonn 1
☎ (02 28) 21 52 90

AG SPAK

Professionsgemeinschaften
Vom 7. bis 9. Februar 1992 findet ein TAK AÖ-Seminar bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Freudenberg zum Thema »Intellektuellenkollektive und Professionsgenossenschaften« statt.
Anfragen & Informationen:
Burghard Flieger, Erwinstr. 29
7800 Freiburg

ARBEITSLOSE

Bundesarbeitsgruppentreffen der Initiativen gegen Arbeitslosigkeit und Armut
6. bis 9. Februar 1992 in Bremen
Anmeldung & Information:
Aktionsgemeinschaft arbeitsloser Bürger e.V.
Grenzstr. 22 · 2800 Bremen

FRAUEN

TISCHLERINNEN

»Die Tradition von Frauen im Handwerk damals und heute«
Bundesweites Tischlerinnentreffen vom 7. bis 9.2.1991 in der Frauenbildungsstätte Anraff – Edertal e.V.
Anmeldungen schriftlich erbeten an
Franziska Leonhardt
Muhliusstr. 49 · 2300 Kiel 1
bis spätestens 31.1.1992

FRAU & ARBEIT

Jetzt habe ich einen schönen Titel – und wie weiter?
Berufsorientierung für Akademikerinnen
Leitung: Christiane Eiche, Petra Beyer
Mo., 6.1. bis Fr. 10.1.92
jeweils 10 bis 15 Uhr
Gebühr: 100,– DM Erwerbstätige/80,– DM Erwerbslose
Buchführung am PC
Ref.: Rita Lassen, Ulrike Stock
9.1., 16., 23. u. 30.1.,
6.2. u. 13.2.92
und Wochenende 25./26.1.92
6 Abende jeweils von 18 bis 21 Uhr
und ein Wochenende 10 bis 16 Uhr
Gebühr: 250,–/120,– DM
Buchführung für Freiberuflerinnen
Ref.: Rita Lassen
10. bis 12.1.92
Fr. 16 bis 20 Uhr,
Samstag und Sonntag 10 bis 16 Uhr
Gebühr: 150,–/120,– DM
Von der Bewerbung zum Arbeitsplatz
Ref.: Petra Beyer
13. bis 17.1.92
jeweils 10 bis 14 Uhr
Gebühr: 150,–/100,– DM
Projektwerkstatt
Ref.: Dette Alfert, Gila Otto, Rita Lassen
13. bis 17.1.92
Gebühr: 250,–/180,– DM
»Hinter den Kulissen«
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Ref.: Eva Petzborn
Mo.13.1./3.2./24.2./
23.3./13.4./11.5.92
jeweils 19 bis 22 Uhr
Gebühr: 180,–/120,– DM
Anmeldung & Information:
Frau und Arbeit e.V.
Grindelallee 43
2000 Hamburg 13
☎ (0 40) 44 49 60

KULTUR

»Hearing zur Soziokultur«
Kulturausschuß des Landtags NRW
12.2.92, Landtag NRW, Düsseldorf
Information: LAG Soziokultureller Zentren NRW
☎ (02 51) 51 84 75

»Stadt – Kultur der Stadt«
21. bis 23.2.92, Club Voltaire Tübingen
Information:
☎ (0 70 71) 5 15 24 /Ralf Wenzel)

»4. Kulturbörse Freiburg«
25. bis 26.3.92, Bürgerhaus Seepark, Freiburg
Kulturamt Freiburg
Information:
☎ (07 61) 216 31 37

»Lebenswelten mitgestalten – Jugendhilfe ist gefordert«
9. Deutscher Jugendhilfetag
27. bis 29.4.1992, Hamburg
Information:
AGI, Am Neutor 2
5300 Bonn und
Klaus Nagel, BRAKULA
Bramfelder Chaussee 265
2000 Hamburg
☎ (0 40) 641 95 96

SONSTIGES

TRIER

Anti-Klerikale Woche zu Trier?
Auch bei den Kämpfern wider den dummen Geist steckt offenbar der Teufel im Detail. Enthusiastisch und voller Elan wurden die Vorbereitungen angegangen: Referenten verdingt, Räume abgescheckt, die Musikband angeheuert. Doch nach dem Motto »Es gibt viel zu tun, laufen wir weg!« zerflossen des Gott-Geistes Widersacher und aus dem einstmals angeplanten vollen Programm bleibt nun folgendes übrig:
In der Woche vom 16.-21.12.91 soll täglich eine Spontan-Demo in der Form des Straßentheaters mit Texten von Goethe, Marx und Bakunin stattfinden.
Ort: Simeonstraße, Trier
~~Dienstag den 17.12.91~~ spricht Volkmar Wölk von der VVN Göttingen zum Thema »New Age, Neu-Heidentum und Anthroposophen«. Es wird hier die Verquickung der Neuen Heiligen mit den Neuen Faschisten aufgedeckt.
Donnerstag den 19.12.91 spielt die Rock-Punk-Band »Die Fremden« aus Göttingen/Berlin. fetzig schönen Punk-Rock. Thema: Aktuelles zur Sache. Ort: Balkensaal des EX-HAUSES Trier, Zeit: 21.30 Uhr, Eintritt: 6,– DM
Donnerstag den 19.12.91 vormittags: Kollektiver Kirchenaustritt, Ort: Amtsgericht Trier.
Freitag den 20.12.91, Vortrag von Frank Schütte, IKBA-Berlin: »Rom macht mobil für ein christliches Europa« – Malteser Ritter – Opus Dei. Zeit: 19.30 Uhr
Ob es dann am Samstag zum geplanten Abschlußfest kommt und wo, steht in den Sternen.
KOMMT TROTZDEM IN MASSEN!!!

REGIONALENTWICKLUNG

NIEDERSACHSEN

Wer entwickelt die Region?
Ansätze des sozialen und ökologischen Umbaus in Niedersachsen
Vom 10. bis 12. Januar 1992
Evang. Akademie Loccum
Anmeldung & Information:
VER in Niedersachsen e.V.
Informationsbüro
Schaufelderstr. 30
3000 Hannover 1

CONTRASTE-REGISTER

Register 1984-1990
6 Jahre CONTRASTE. Sach- Personen- und AutorInnen-Register.
DM 20,– zu beziehen über:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1

ÖKOFEMINISMUS

Was hat die Frauenunterdrückung mit der Ausbeutung der Natur zu tun – wie sind beide mit der Ausbeutung der sogenannten »Dritten Welt« verbunden – und wo wird Gewalt angewendet, um diese Verhältnisse aufrecht zu erhalten? Frauen in den westlichen Industrienationen werden nicht nur selbst ausgebeutet, sondern nehmen an der Ausbeutung anderer teil. Aus unserer Doppelrolle als Mittäterin und Sich-selbst-Befreiende erwächst eine besondere Betroffenheit.
Anhand der Analyse von Maria Mies wollen wir Zusammenhänge erkennen und über Perspektiven einer ökofeministischen Gesellschaft nachdenken: Aufhebung der geschlechtlichen und internationalen Arbeitsteilung, Konsumbefreiung, leben in ökologischen Kreisläufen.
Nur für Frauen
Termin: 21. bis 23. Februar 92
Anmeldung & Information:
Verein für Ökologie, Gesundheit und Bildung e.V.
Kirchweg 1 · 3504 Kaufungen

BUKO-SEMINAR

»Utopie einer anderen Weltwirtschaftsordnung«

vom 10. bis 12.1.1992 in Niederkaufungen (bei Kassel)

»Der Sozialismus ist nicht tot. Es gab ihn noch gar nicht. Dies ist vielmehr der erste Tag seines künftigen langen Lebens.« (Eduardo Galeano, Uruguay 1990)

Spätestens seit der IWF-Kampagne taucht in Aufrufen immer wieder die Forderung nach eine »anderen Weltwirtschaftordung« auf. Doch bisher ist niemand in der Lage, über ein paar spärliche, meist reformistische Ansätze hinaus, zu erklären, was eigentlich damit gemeint ist und wie diese andere Weltwirtschaftsordnung aussehen soll. Diesen »weißen Fleck« mit Inhalten zu füllen, bedarf einer intensiven Diskussion.

Nach einem ersten Seminar im April 1991, wo die notwendigen Diskussionsstränge bestenfalls angerissen werden konnten, wollen wir, der Koordinierungskreis für Weltwirtschaft und Verschuldung des BUKO (KOWV), jetzt ein Folgeseminar veranstalten.

Anknüpfend an Themenvorschläge vom letzten Seminar entstanden Überlegungen zu den nun folgenden, auf welche erste Fragen zu einem systematischen Ansatz angegangen werden sollen. Ausgegangen wird von essentiellen Begriffen, die im Zusammenhang mit Weltwirtschaft immer wieder auftauchen und vorab der Klärung bedürfen, wie z.B. Arbeit – wofür arbeitet der Mensch; welches Menschenbild impliziert eine andere Weltwirtschaftsordnung. Von diesen Grundlagen aus soll übergegangen werden zum Aufbau von Betrieben, überbetriebliche Strukturen bis hin zur Organisation auf regionaler Ebene.

Themen des Seminars:
- Die Funktion von Utopien
- Ziele einer anderen Weltwirtschaftsordnung – Kritik an der jetzigen Weltwirtschaftsordnung
- Allgemeine Merkmale einer anderen Weltwirtschaftsordnung – Kritik an der realsozialistischen Planwirtschaft
- Wirtschaftsdemokratie – Wie kann – zunächst auf regionaler Ebene – eine demokratische Wirtschaft organisiert sein und welchen Stellenwert haben dabei Markt und Plan.

Dies ist der Anfang einer systematischen Diskussion, die auf weiteren Seminaren zu Aussagen über globale Wirtschaftsstrukturen führen soll.
Anmeldung:
BUKO-Geschäftsstelle
Nernstweg 32-34
2000 Hamburg 50
☎ (0 40) 39 31 56

atom
Nr. 36 / Sept./Okt. 91

Aus dem Inhalt :

- ➔ Atomprogramm 2000
  - Die Planungen laufen
- ➔ Anti-AKW-Diskussionsteil
  - Herbstkonferenz in Marburg
  - Auflösung des Hamburger Arbeitskreises
- ➔ Gorleben
  - Anti-AKW-Bewegung contra Rot-Grüne Landesregierung
  - Atomtransporte, Blockaden, Politiker & "Offene Briefe",
  - Weiterausbau des Schacht I
- ➔ Die Linke am Ende?
  - Debatte
  - KB Auflösung
  - Radikale Linke
  - Ökologische Linke
- ➔ Lupus Papier
  - Deutschstunde-Kritik autonomer Politik
- ➔ Der leise Putsch
  - Klammheimliche Neuordnung des Sicherheitsapperates
- ➔ EG-Option auf Atomwaffen
  - Hanau Bunker, Hanau Stillegungen
- ➔ Karlsruhe
  - WAK-Stillegung
  - Wiederinbetriebnahme Pilot-Brüter
  - Fusionsforschung
- ➔ Standorte
  - u.a. neue Genehmigung für ANF in Lingen durch Rot-Grün

Die atom erscheint zweimonatlich, 68 Seiten, Einzelpreis 5 Mark (+ Porto), Abo für 5 Ausgaben 30 DM Ab 4 Ex. 3,50DM (+ Porto)
Bestelladresse:
atom, Postfach 1109, 2120 Lüneburg

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 60,— DM bzw. 560 ÖS (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:
Adresse:
Gruppe/Betrieb/Beruf:
Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:
Geldinstitut:
Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**
☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1, einsenden.
Für Österreich an: Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, 1025 Wien.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 60,-DM (560 ÖS) abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE - Vertrieb,Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1 (Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, 1025 Wien).

Besser CONTRASTE fördern als die Kohlsuppe fettmachen !

- Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... DM pro Jahr. (mindestens 120,– DM für Einzelpersonen, mindestens 300,– DM für juristische Personen)
- Schickt mir erst mal Eure Satzung.
- Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.

Name, Vorname _____
Straße _____
Wohnort _____
Datum _____
Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE · Postfach 10 45 20 · 6900 Heidelberg